



universität  
wien

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Die Literatur im Fadenkreuz der Zensur“

Ein Vergleich der Zensurpraktiken totalitärer Systeme anhand zweier Beispiele

Verfasserin

Barbara Mold

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Zwettl, im Jänner 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 393

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Vergleichende Literaturwissenschaft

Betreuer:

Dr. Ernst Grabovszki



*„Die Zensur ist die jüngere von zwei schändlichen  
Schwestern, die ältere heißt Inquisition.“<sup>1</sup>*

(Johann Nepomuk Nestroy 1848)

---

<sup>1</sup> Wiesner, Herbert: Zensiert – gefördert – verhindert – genehmigt. Oder wie legt man Literatur aus Eis? In: »Literaturentwicklungsprozesse«. Die Zensur in der Literatur in der DDR. Bd. 782. Hg. v. Ernest Wichner u. Herbert Wiesner. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1993, S. 7



# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	7
1.1 Michel Foucaults <i>Ordnung des Diskurses</i> .....	8
1.2 Elias Canettis <i>Masse und Macht</i> .....	10
1.3 Sigmund Freuds <i>Massenpsychologie und Ich-Analyse. Die Zukunft einer Illusion</i> ..	11
1.4 Freuds und Canettis Massenmodelle in einer Gegenüberstellung.....	12
1.5 Der Befehl und seine Kette.....	15
2. Die Geschichte Russlands.....	18
2.1 Das Ende des zaristischen Russlands .....	18
2.2 Sowjetrussland und die Diktatur des Proletariats .....	22
2.3 Stalins Machtübernahme .....	29
3. Die Zensur Stalins am Beispiel Michail Bulgakow .....	31
3.1 Die literarische Mitgestaltung der Zensurbehörden .....	31
3.2 Bulgakows Leben unter der Herrschaft Stalins .....	35
3.3 Zensurmaßnahmen in <i>Der Meister und Margarita</i> .....	43
3.4 Der Weg zur Veröffentlichung von <i>Der Meister und Margarita</i> .....	48
4. Die DDR-Geschichte von den Anfängen bis 1965 .....	50
4.1 Ein Neubeginn .....	51
4.2 Die Zeit der SMAD .....	53
4.3 Der Beginn der DDR .....	61
4.4 Der Aufstand vom 17.Juni 1953 und die Strategie danach .....	65
4.5 Ein frischer Wind aus Moskau .....	67
4.6 Ein - Wirtschaftsplan.....	69
4.7 Ideologische Schulung in Bildung und Kunst .....	70
4.8 Politik und Mauerbau .....	72
5. Die Entstehung literarischer Institutionen in der DDR.....	78
5.1 Der Stellenwert der Kultur vor dem Hintergrund des „Neuen“ .....	78
5.2 Johannes R. Becher und der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands.....	81
5.3 Der DDR-Schriftsteller und „sein“ Verband .....	84
6. Zensurbehörden im Dienst politischer „Kreativität“ .....	87
6.1 Das Amt für Literatur und Verlagswesen und seine Aufgaben.....	87

6.2	Die Strukturerneuerung innerhalb der Literaturbehörden .....	91
6.3	Ein Demokratisierungsansatz? .....	93
6.4	Reform und Verschärfung des Zensursystems 1958 .....	94
6.5	Der Bitterfelder Weg 1959 und die Rolle Otto Gotsches .....	97
7.	Die Zensurpraxis in der DDR am Beispiel Werner Bräunig .....	102
7.1	Die Zensurmaßnahmen der DDR im Überblick .....	102
7.2	Werner Bräunig - Ein kurzes Leben .....	109
7.3	Bräunigs Roman <i>Rummelplatz</i> im Visier des 11. Plenums 1965 und die neue Art der Lesesteuerung .....	112
7.4	Weitere in Bräunigs <i>Rummelplatz</i> zensierte Stellen.....	117
7.5	<i>Rummelplatz</i> von Werner Bräunig – Die Veröffentlichung als Nachruf.....	119
8.	Schlussbetrachtung .....	121
9.	Anhang.....	128
9.1	Bibliographie .....	128
9.2	Abkürzungsverzeichnis und Glossar .....	132
9.3	Abstract.....	134
9.4	Danksagung .....	135
9.5	Curriculum Vitae .....	136

# 1. Einleitung

Die Diplomarbeit *Die Literatur im Fadenkreuz der Zensur* hat sich einen Vergleich der Zensurpraktiken zweier totalitärer Regime zur Aufgabe gemacht. Anhand der DDR unter Walter Ulbricht sowie der Sowjetunion unter Stalin sollen Ähnlichkeiten und Unterschiede sowohl der Zensurmaßnahmen als auch der dahinterliegenden Systeme beleuchtet werden. Aufgrund des historischen Hintergrundes stehen diese beiden untersuchten Staaten, gerade in dieser Zeit in einer besonderen Beziehung zueinander. Zwei Autoren dieser beiden Länder stehen exemplarisch für die Auswirkungen einer derartigen Zensurpraxis. Michail Bulgakows „Der Meister und Margarita“ sowie Werner Bräunigs „Rummelplatz“ sind Beispiele dafür, wie einerseits textlich in die Werke eingegriffen wurde, und andererseits zeigen sie das Bestreben die Autoren selbst sozial zu vernichten. Beide Autoren fallen in eine historische Zeitspanne, die durch Stalin politisch geprägt war und wurden bewusst gewählt um die Verbindung der frühen DDR Literatur im Kontext zur Sowjetunion Stalins zu verdeutlichen.

Zu Beginn steht ein ausführlicher historischer Abriss der wesentlichen Ereignisse der betreffenden Zeitspanne sowohl der Sowjetunion als auch der DDR. Weiters, wird das schrittweise Entstehen der Zensur mit den dafür entscheidenden politischen und behördlichen Voraussetzungen nachvollzogen. Einer vertiefenden Aufmerksamkeit wird dabei auch den sich ständig wandelnden Zensurkriterien sowie ihren angewandten Methoden der literarischen Zensur geschenkt. Die beiden Autorenschicksale zeigen die ungleiche Auseinandersetzung zwischen schriftstellerischer Freiheit und diktatorischem Machtanspruch. Das Druckmittel der Zensur wird dabei, sowohl für Michael Bulgakov in der Sowjetunion Stalins als auch für Werner Bräunig in der DDR Walter Ulbrichts, nicht nur zu einer existenziellen Frage im Allgemeinen sondern im tatsächlich lebensentscheidenden Sinn. Die Analyse betreffender Zensurstellen aus deren Werken, die mit den historischen Ereignissen abgeglichen werden, verdeutlicht die Arbeit der Zensoren. Der abschließende Vergleich der beiden Zensursysteme zeigt Parallelen auf und klärt die Forschungsfrage: Inwiefern die DDR den Diskurs der Sowjetunion übernimmt oder ein eigenständiges System der Literaturzensur entwickelt.

Innerhalb der Einleitung werden in den nächsten Kapiteln grundsätzliche Überlegungen angestellt mit welchen psychologischen und gruppenprozessualen Phänomenen wir es bei diktatorischen Regimen, wie der Sowjetunion Stalins oder der DDR Ulbrichts, zu tun haben. Eine Frage stellt sich vor allem bei der rückwirkenden Betrachtung derartiger Systeme immer

wieder: Wie können diese funktionieren? Wie ist es möglich, dass ein ganzes Volk die Hierarchie eines solchen Systems erträgt oder überhaupt zulässt? Um die anschließende Beantwortung der Forschungsfrage auf eine solide Grundlage zu stellen, werden zu diesen Themen *Die Ordnung des Diskurses* von Michel Foucault, *Masse und Macht* von Elias Canetti und *Massenpsychologie und Ich-Analyse - Die Zukunft einer Illusion* von Sigmund Freud an dieser Stelle auskunftgebend herangezogen und einleitend kurz erläutert.

## 1.1 Michel Foucaults *Ordnung des Diskurses*

*Die Ordnung des Diskurses* von Michel Foucault soll als Grundlage zur diskursiven Betrachtung der Sowjetunion unter Josef Stalin sowie der Ulbricht-DDR herangezogen werden.

Ich setze voraus, daß in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird – und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und die Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen.<sup>2</sup>

Die Eigenschaft des Diskurses ist es, Realität zu erzeugen und zu strukturieren. Dies passiert durch die Sprache, d. h. durch Regeln, Verbote, Gebote usw. Die, in diesem Rahmen erzeugte Erlebniswelt wird somit zur einzig wahrhaftigen Wirklichkeit. Der Diskurs, in dem die Bürger leben – ein Diskurs in einem totalitären Regime, ganz gleich, ob es sich hierbei um die UdSSR oder um die DDR handelt, in dem es nur Klassenfeinde oder Systemerhalter, in den Beispielen dieser Arbeit Kommunisten – gibt, ist die einzig erdenkliche Wahrheit somit gleichzeitig Realität. Der Diskurs hat bestimmte Spielregeln, damit das System in sich funktioniert. Diese Spielregeln nennt Foucault Prozeduren, und teilt sie in drei Klassen ein: die *Ausschließungssysteme*<sup>3</sup>, die *internen Prozeduren*<sup>4</sup> und schließlich die *Verknappung der sprechenden Subjekte*<sup>5</sup>. Die Ausschließungssysteme wirken von außen und betreffen den Diskurs in seinem *Zusammenspiel mit der Macht und dem Begehren*<sup>6</sup>. In einer Gesellschaft ist das Verbot als Ausschließungssystem das wohl vertrauteste und das deutlichste. *Man weiß, daß man nicht das Recht hat, alles zu sagen, daß man nicht bei jeder Gelegenheit von allem*

---

<sup>2 2</sup> Foucault, Michel: *Die Ordnung des Diskurses*. Aus dem Französischen von Walter Seitter. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag GmbH 1991, S. 10-11

<sup>3</sup> ebd. S. 17

<sup>4</sup> ebd. S. 17

<sup>5</sup> ebd. S. 26

<sup>6</sup> ebd. S. 17



sprechen kann, daß schließlich nicht jeder beliebige über alles beliebige [sic] reden kann.<sup>7</sup> Michel Foucault nennt diese drei Grundformen von Verboten: *Tabu des Gegenstandes*<sup>8</sup>, *Ritual der Umstände*<sup>9</sup> und ausschließliches oder bevorzugtes *Recht des Sprechenden Subjekts*<sup>10</sup>. Diese können sich jetzt kreuzen, sich gegenseitig aufheben oder gar verstärken, sodass sie gitterartige Linien bilden und in ständiger Bewegung sind. Es gibt zwei Gebiete, in denen die Linien eng gezogen werden, das sind einerseits die Sexualität und andererseits die Politik<sup>11</sup>. Alles was von außen in den Diskurs eindringen will, muss durch das Verbot ausgeschlossen und tabuisiert werden. Die internen Prozeduren, die ihren eigenen Diskurs durch *Klassifikations-, Anordnungs- und Verteilungsprinzipien*<sup>12</sup> kontrollieren, um die Zufälligkeit des Geschehens zu *bändigen*<sup>13</sup>. Dazu gehören wiederholte, also ritualisierte Texte und Formeln. Geschichten gleichsam, die bewahrt werden und weitergegeben. Dies können religiöse oder auch juristische Texte sein. Diskurse die über ihr *gesagt werden*<sup>14</sup> weiterbestehen und auf ihre Art unantastbar werden.<sup>15</sup> Die dritte und damit letzte Prozedur ist die Verknappung der Sprechenden Subjekte beziehungsweise deren Unterwerfung. Das gilt nur für die Menschen, die in dem jeweiligen Diskurs leben. Dieser ermöglicht Kontrolle, um *die Bedingungen ihres Einsatzes zu bestimmen, den Sprechenden Individuen gewisse Regeln aufzuerlegen und so zu verhindern, daß jedermann Zugang zu den Diskursen hat*<sup>16</sup>. Die literarische Zensur ist ein gutes Beispiel dafür. Sprechende Individuen (speziell sind hier Autoren gemeint) dürfen nur in der Sprache schreiben, die der jeweilige Diskurs vorgibt. Zu der Verknappung der Sprechenden Subjekte gehört die *Doktrin*<sup>17</sup>. Die Doktrin arbeitet mit dem Ziel, nur Aussagetypen zuzulassen. Diese Typen werden aber so vervielfältigt, dass der Diskurs von ihnen beherrscht wird. Individuen, also Bürger, werden vom Diskurs unterworfen, der wiederum von der Gruppe der Sprechenden Subjekte, beispielsweise Stalin in der UdSSR und Ulbricht in der DDR, unterworfen wird.<sup>18</sup> Josef Stalin ist Machthaber im russischen Diskurs und findet gleichzeitig rechtmäßige Anerkennung im selben Diskurs. Infolgedessen kann er andere Individuen unterwerfen, die innerhalb desselben Diskurses

---

<sup>7</sup> ebd. S. 11

<sup>8</sup> ebd. S. 11

<sup>9</sup> ebd. S. 11

<sup>10</sup> ebd. S. 11

<sup>11</sup> Vgl.: ebd. S. 11

<sup>12</sup> ebd. S. 17

<sup>13</sup> ebd. S. 17

<sup>14</sup> ebd. S. 18

<sup>15</sup> Vgl.: ebd. S. 18

<sup>16</sup> Foucault, M.: Die Ordnung des Diskurses, 1991, S. 25-26

<sup>17</sup> ebd. S. 28

<sup>18</sup> Vgl.: ebd. S. 28-29

leben. Da die DDR politisch und wirtschaftlich von der Sowjetunion abhängig ist, beugt sie sich ihrerseits diesem Diskurs.

## 1.2 Elias Canettis *Masse und Macht*

Im Folgenden soll versucht werden, Canettis *Masse und Macht* im Zusammenhang mit vorherrschenden politischen Systemen näher zu erläutern.

*Masse und Macht* ist als *ethnologische*<sup>19</sup>, *soziologische*<sup>20</sup>, oder auch als *psychologische*<sup>21</sup> Überlegung lesbar und beinhaltet außerdem eine naturwissenschaftliche Abhandlung. Allerdings erfolgt eine Positionierung im Zusammenhang mit diesen angeführten Wissenschaften nur im Ansatz. Dies ist gleichermaßen auf den Faktor zurückzuführen, dass *Masse und Macht* eine literarische Auseinandersetzung ohne augenscheinliche Zuweisung zwischen Wissenschaft und Dichtung ist.<sup>22</sup> Canettis Ziel ist es, in seinem Werk *Masse und Macht* den Menschen in all seinen Facetten so vorzustellen, wie er tatsächlich ist und immer sein wird. Natürlich ist dies mit dem klaren Bedürfnis *auf Vermittlung von Erkenntnis*<sup>23</sup> gepaart. Er definiert in seinem *Befehl-Stachel-Modell*<sup>24</sup>, dass Personen von Instruktionen und den darauffolgenden Taten gleichmütig bleiben. Sie entwickeln weder Pflichtgefühl, verspüren keine Hemmungen geschweige denn Schuldgefühle. Gleichzeitig ist es aber genau das, was unabwendbar zu völliger Schuldbefreiung der Person führt, die unter Befehl handelt. Indes lässt sich keine Ethik in Canettis Werk feststellen.<sup>25</sup>

Elias Canetti kennzeichnet die Masse durch vier Haupteigenschaften: 1. *Die Masse will immer wachsen*, 2. *Innerhalb der Masse herrscht Gleichheit*, 3. *Die Masse liebt Dichte* und 4. *Die Masse braucht eine Richtung*<sup>26</sup>. Der erste Punkt beschreibt das Wachstum der Masse, dem allerdings keine Grenze gesetzt ist. In Institutionen, können künstliche Grenzen geschaffen werden, die zur Erhaltung geschlossener Massen Benutzung finden. Masse kann auch aufbrechen, was gelegentlich vorkommt. Institutionen die das Anschwellen der Massen abwenden können, gibt es nicht. Punkt drei beschäftigt sich mit der Dichte, die ihrerseits nie

---

<sup>19</sup> Kuhnau, Petra: *Masse und Macht in der Geschichte. Zur Konzeption anthropologischer Konstanten in Elias Canettis Werk Masse und Macht*. Würzburg: Königshausen und Neumann 1996, S. 1

<sup>20</sup> ebd. S. 1

<sup>21</sup> ebd. S. 1

<sup>22</sup> Vgl.: ebd. S. 1

<sup>23</sup> ebd. S. 372

<sup>24</sup> ebd. S. 373

<sup>25</sup> Vgl.: ebd. S. 373

<sup>26</sup> Canetti, Elias: *Masse und Macht*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 2011, 32. Aufl., S. 30

zu dicht sein kann, sie selber sein, *nichts zwischen sie fallen*<sup>27</sup> oder dazwischenstehen soll. Bei der Entladung erfährt sie das größte Dichtegefühl. Wichtig in diesem Zusammenhang sind der zweite und der vierte Punkt. Hier bestimmt Canetti die Gleichheit als Zustand der Masse, wodurch diese nicht in Frage gestellt beziehungsweise absolut gleichgestellt wird. *Um dieser Gleichheit willen wird man zur Masse.*<sup>28</sup> Ganz gleich welche Form der Ablenkung erfolgt, sie wird nicht wahrgenommen. Interessant ist Punkt Vier: *Die Masse braucht eine Richtung*<sup>29</sup>. Die Masse ist in Vorwärtsbewegung. Die Bewegung in eine Richtung stärkt wiederum *das Gefühl von Gleichheit.*<sup>30</sup> Für ihre Existenz ist die Richtungsgleichheit schier lebensnotwendig.<sup>31</sup> *Die Furcht vor Zerfall, die immer in ihr rege ist, macht es möglich, sie auf irgendwelche Ziele zu lenken. Die Masse besteht, solange sie ein unerreichtes Ziel hat.*<sup>32</sup> Bedeutend dabei ist, dass man in der Masse „unsichtbar“ wird und sie gleichermaßen Schutz bietet. Die Auflösung und den Zerfall der Masse beschreibt Elias Canetti mit folgender Methapher. Sie ist für ihn mit der Panik in einem Theater, wo letztendlich Feuer ausbricht zu vergleichen. *Je mehr man um sein eigenes Leben kämpft, desto klarer wird es, daß man gegen die anderen kämpft, die einen auf allen Seiten behindern.*<sup>33</sup>

### **1.3 Sigmund Freuds Massenpsychologie und Ich-Analyse. Die Zukunft einer Illusion**

Sigmund Freud beschreibt in seinem Werk *Massenpsychologie und Ich-Analyse. Die Zukunft einer Illusion* Massen folgendermaßen:

Es gibt sehr flüchtige Massen und höchst dauerhafte; homogene, die aus gleichartigen Individuen bestehen, und nicht homogene; natürliche Massen und künstliche, die zu ihrem Zusammenhalt auch einen äußeren Zwang erfordern; primitive Massen und gegliederte, hoch organisierte.<sup>34</sup>

Freud beginnt mit den dauerhaften, künstlichen und hoch organisierten Massen, das bedeutet mit dem Kollektiv der gottesfürchtigen Menschen, der Streitmacht, beziehungsweise des Heers, sowie der Kirche. Die Armee und die Kirche sind demnach also künstliche Massen. Ein äußerer Zwang kommt zum Einsatz, um sich schlussendlich vor Auflösung und

---

<sup>27</sup> ebd. S. 30

<sup>28</sup> ebd. S. 30

<sup>29</sup> ebd. S. 30

<sup>30</sup> ebd. S.31

<sup>31</sup> Vgl.: ebd. S. 30-31

<sup>32</sup> ebd. S. 31

<sup>33</sup> ebd. S. 27

<sup>34</sup> Freud, Sigmund: Massenpsychologie und Ich-Analyse. Die Zukunft einer Illusion. Frankfurt am Main u. Hamburg: Fischer Bücherei GmbH 1967, S. 32

Strukturveränderung zu schützen. In der Regel wird auf Beitrittsfragen verzichtet, ebenfalls steht es einem nicht frei, sich bezüglich einer solchen zu entscheiden. Ein Austrittsversuch wird an Konditionen geknüpft oder einfach bestraft. Jetzt haben Kirche und Heer aber eines gemeinsam und zwar die Illusion eines Anführers. In der katholischen Kirche ist es Christus, im Heer der Feldherr. Hinzu kommt, dass beide „Führer“ jeden Einzelmenschen in der Masse lieben, also der Feldherr seine Soldaten und Christus seine Glaubensanhänger. Jeder Einzelne dieser künstlichen Masse ist libidinös einerseits an die Massenindividuen, andererseits an den Führer gebunden. *In dem Phänomen der Panik*<sup>35</sup> lässt sich die in ihr vorhandene libidinöse Bindung feststellen. Wenn Masse zerfällt, entsteht Panik. Kein Befehl der jeweiligen Führungsperson wird gehört. Jeder hilft sich selbst. Schlagartig hören die wechselseitigen Bindungen auf und Furcht wird freigesetzt. Zum Charakteristikum der Panik gehört auch, dass sie nicht im richtigen Verhältnis zur Gefahr steht. Demnach kann ein nichtiger Anlass genügen, um ein Panikauslöser zu sein. Der Einzelne, der sich unter Angst und daraus resultierender Panik um sich selbst zu sorgen beginnt, bezeugt die Einsicht, dass diese *affektiven Bindungen aufgehört haben*<sup>36</sup>. Die panische Angst setzt also eine Entkrampfung der libidinösen Verbindung voraus und in ausschlaggebender Weise reagiert die Masse darauf. Nicht also umgekehrt, dass nämlich die Libidobindungen der Masse aus Furcht vor der Gefährdung zugrunde gehen.<sup>37</sup>

#### **1.4 Freuds und Canettis Massenmodelle in einer Gegenüberstellung**

Sigmund Freuds Führer-Masse-Modell soll veranschaulichen, wie sich Massen mit und ohne Führer verhalten, beziehungsweise ob nicht generell die Massen mit Führer die *vollständigeren*<sup>38</sup> und natürlicheren sind. Was passiert aber, wenn man anstelle eines Anführers eine Idee setzen würde, oder gar wie bei Glaubensrichtungen eine Abstraktion?<sup>39</sup> Josef Stalin ist der Führer oder anders gesagt das Hauptsprechrohr innerhalb des russischen Diskurses und Walter Ulbricht ist als DDR-Führer innerhalb des DDR-Diskurses von ihm abhängig, beziehungsweise ihm unterworfen. Vereinfacht ausgedrückt: Der eine führt und der andere folgt ihm. Es lässt sich folglich feststellen, dass es sich hierbei nach Freud um

---

<sup>35</sup> ebd. S. 34

<sup>36</sup> ebd. S. 35

<sup>37</sup> Vgl.: ebd. S. 32-35

<sup>38</sup> ebd. S. 39

<sup>39</sup> Vgl.: ebd. S. 39

künstliche Massen handelt, die einen Führer haben, ganz gleich ob es sich um die Sowjetunion oder die DDR handelt.

Dieses Abstrakte könnte sich wiederum mehr oder weniger vollkommen in der Person eines gleichsam sekundären Führers verkörpern, und aus der Beziehung zwischen Idee und Führer ergäben sich interessante Mannigfaltigkeiten. Der Führer oder die führende Idee könnten auch sozusagen negativ werden; der Haß gegen eine bestimmte Person oder Institution könnte ebenso einigend wirken und ähnliche Gefühlsbindungen hervorrufen wie die positive Anhänglichkeit. Es fragt sich dann auch, ob der Führer für das Wesen der Masse wirklich unerläßlich ist und anderes mehr.<sup>40</sup>

Aber solange die Massenbildung anhält, verhalten sich die einzelnen Personen uniform und dulden die Besonderheiten des anderen und sind ihm gleich – es wird *kein Gefühl der Abstoßung*<sup>41</sup> empfunden. Diese *Einschränkung des Narzissmus*<sup>42</sup> wird nur durch die *libidinöse Bindung*<sup>43</sup> an andere Individuen bewirkt. Wenn folglich innerhalb der Massen die *Einschränkungen der narzisstischen Eigenliebe*<sup>44</sup> so auftreten, dass sie außerhalb nicht wirken, so stellt das einen Hinweis dar, *daß das Wesen der Massenbildung in neuartigen libidinösen Bindungen der Massenmitglieder aneinander besteht*.<sup>45</sup> *Um solche Sexualziele kann es sich in der Masse offenbar nicht handeln*.<sup>46</sup> Konzentriert sich Freud ausschließlich auf die künstliche Masse, so differenziert Canetti die Massen in geschlossene und in offene Massen mitsamt den von ihnen kennzeichnenden Systemen. Die *offene Masse*<sup>47</sup> ist eine *natürliche Masse*<sup>48</sup>, ihr Wachstum ist nicht zu stoppen. *›Offen‹ ist hier in jedem Sinn zu verstehen*<sup>49</sup>, es gibt keine Tore oder Riegel und auch keine Behausungen, die Widerstand leisten können, sie ist schlicht weg überall. Solange die *offene Masse*<sup>50</sup> zunimmt, existiert sie.<sup>51</sup> Wegen des freien Wachstums ist sie jedoch eine instabile und gleichermaßen empfindliche Konstruktion. Sobald ihr Zerfall einsetzt, hört sie auf zu wachsen. Indessen verzichtet die *geschlossene Masse*<sup>52</sup> auf das Wachstum und zeichnet sich durch begrenzte Räumlichkeit sowie durch einen fixierten Platz aus.<sup>53</sup> Diese Grenzen verhindern

---

<sup>40</sup> ebd. S. 39

<sup>41</sup> ebd. S. 41

<sup>42</sup> ebd. S. 41

<sup>43</sup> ebd. S. 41

<sup>44</sup> ebd. S. 42

<sup>45</sup> ebd. S. 42

<sup>46</sup> ebd. S. 42

<sup>47</sup> Canetti, E.: Masse und Macht, 2011, S. 15

<sup>48</sup> ebd. S. 15

<sup>49</sup> ebd. S. 15

<sup>50</sup> ebd. S. 15

<sup>51</sup> Vgl.: ebd. S. 15

<sup>52</sup> ebd. S. 15

<sup>53</sup> Vgl.: Kuhnau, P.: Masse und Macht in der Geschichte. Zur Konzeption anthropologischer Konstanten in Elias Canettis Werk Masse und Macht, 1996, S. 64

gleichermaßen ein selbständiges Wachstum, jedoch bremst und stört sie das Auseinanderlaufen. Demzufolge wird das Wachstum eingeschränkt, beziehungsweise sogar *geopfert*<sup>54</sup>, allerdings gewinnt sie dabei an Standhaftigkeit. Durch die Möglichkeit auf Wiederversammlung übertölpelt sich die Masse *über ihre Auflösung jedesmal*<sup>55</sup> selbst. Sigmund Freud bezeichnet die Kirche und die Armee als künstliche Massen, Canetti dagegen bezeichnet diese beiden Formen als *Massenkristalle*<sup>56</sup>. Zu ihrer Eigenschaft zählen Beständigkeit und die Konstanz der Größe. Mitglieder sind auf ihre *Gesinnung und Verrichtung*<sup>57</sup> eingelernt. Des Weiteren können sie verschiedene Aufgaben innehaben, aber eines steht fest und zwar, dass sie als Einheit oder anders ausgedrückt *als Ganzes in Erscheinung treten*<sup>58</sup>. Wer diese Form der Masse kennenlernt, muss feststellen, dass sie nie auseinanderfällt. Eine Uniform stellt ein Kennzeichen der Massenkristalle dar. Sobald Menschen sich uniformieren, sind sie ganz anders. Mönche und Soldaten sind bezeichnend für diese Art: Selbst dann noch, wenn sie einzeln auftreten, assoziiert man sie mit der festen Struktur der Einheit, der sie angehören, demnach die Truppe oder eben das Kloster. *Aber am Kristall ist alles Grenze; jeder einzelne, der dazu gehört, ist als Grenze konstituiert.*<sup>59</sup> Bemerkenswert ist, dass der Massenkristall unbeweglich ist. Jede Form der Aktivität ist beordert und es kommt hinzu, dass sich der Massenkristall jeder *Äußerung oder Bewegung*<sup>60</sup> völlig bewusst ist.<sup>61</sup>

Allerdings verzichtet Canetti hier, wie auch an anderen Stellen, darauf, das Agens dieser Vorschriften anzugeben [...], d. h. die Beziehung zwischen Machthaber, Massenkristall und Masse entfallen [...], was neben der Ablehnung des Freudschen Führer-Masse-Modells auch auf die starke Zweiteilung der Darstellung von *Masse und Macht* zurückzuführen ist, deren Chronologie die Behandlung von Machtaspekten im Bereich der Analyse der Masse nahezu ausschließt.<sup>62</sup>

Zwar differenziert auch Freud in der Morphematik die Massen als *dauerhafte; homogene, die aus gleichartigen Individuen bestehen, und nicht homogene; natürliche Massen und künstliche, die zu ihrem Zusammenhalt auch einen äußeren Zwang erfordern; primitive Massen und gegliederte, hoch organisierte*<sup>63</sup>. Dabei geht er allerdings nur von dem Modell

<sup>54</sup> Canetti, E.: Masse und Macht, 2011, S. 16

<sup>55</sup> ebd. S. 16

<sup>56</sup> ebd. S. 84

<sup>57</sup> ebd. S. 84

<sup>58</sup> ebd. S. 84

<sup>59</sup> ebd. S. 85

<sup>60</sup> ebd. S. 85

<sup>61</sup> Vgl.: ebd. S. 85

<sup>62</sup> Kuhnau, P.: Masse und Macht in der Geschichte. Zur Konzeption anthropologischer Konstanten in Elias Canettis Werk Masse und Macht, 1996, S. 66-67

<sup>63</sup> Freud, S.: Massenpsychologie und Ich-Analyse. Die Zukunft einer Illusion, 1967, S. 32

aus, dass die Masse von einem Führer abhängig ist.<sup>64</sup> Genau darin liegt jetzt der große Unterschied zu Elias Canetti. So beschreibt dieser die *offene Masse*<sup>65</sup> als die eigentliche, die ihrem Bedürfnis nacheilt, völlig frei zu wachsen und kein Wissen darüber hat, wie riesig sie eigentlich werden kann. Die Größe ist freilich auch nicht fixiert, eines steht aber fest: Sie benötigt immer mehr Personen, um zu wachsen.<sup>66</sup>

Als *Ausbruch* bezeichne ich also den plötzlichen Übergang einer *geschlossenen* in eine *offene* Masse. Dieser Vorgang ist häufig, doch darf man ihn nicht zu räumlich verstehen. Oft sieht es so aus, als ob eine Masse überfließe, aus einem Raum, in dem sie wohlbehütet war, auf den Platz und auf die Straßen einer Stadt, wo sie, alles an sich ziehend und allem ausgesetzt, sich frei ergeht. Wichtiger als dieser äußere ist aber der innere Vorgang, der ihm entspricht: die Unzufriedenheit mit der Begrenztheit in der Zahl der Teilnehmer, der plötzliche Wille *anzuziehen*, die leidenschaftliche Entschlossenheit, *alle* zu erreichen.<sup>67</sup>

## 1.5 Der Befehl und seine Kette

Ein ebenfalls wichtiger Punkt, der hier kurz angerissen werden soll ist *der Befehl*<sup>68</sup>. Sein Charakter setzt sich aus dem *Endgültigen und Indiskutablen*<sup>69</sup> zusammen. Das hat dazu beigetragen, *daß man über ihn so wenig nachgedacht hat*.<sup>70</sup> Canetti entwickelt ein *mechanisches Modell des Befehls*<sup>71</sup> entsprechend seiner Funktion (Befehl) und seiner Struktur (Pfeil) und zergliedert beide wiederum in zwei Teile.<sup>72</sup>

Jeder Befehl besteht aus einem *Antrieb* und einem *Stachel*. Der Antrieb zwingt den Empfänger zur Ausführung, und zwar so, wie es dem Inhalt des Befehls gemäß ist. Der Stachel bleibt in dem zurück, der den Befehl ausführt.<sup>73</sup>

Der Stachel entsteht unterdessen bei der Durchführung des Geheißenes. Das stellt eine Abbildung des Befehls dar. Demzufolge geht kein erledigter Befehl verloren, da die Botschaft für immer und ewig im Stachel abgelegt wird.<sup>74</sup>

Ein Befehl kann auch eine Anweisung *zum Töten sein*<sup>75</sup> demzufolge kommt es dann zur Hinrichtung. Allerdings ist dieser Vorgang auf zwei Personen aufgeteilt. Einer ist der

---

<sup>64</sup> Vgl.: ebd. S. 32

<sup>65</sup> Canetti, E.: Masse und Macht, 2011, S. 20

<sup>66</sup> Vgl.: ebd. S. 20

<sup>67</sup> ebd. S. 21-22

<sup>68</sup> ebd. S. 355

<sup>69</sup> ebd. S. 357

<sup>70</sup> ebd. S. 357

<sup>71</sup> Kuhnau, P.: Masse und Macht in der Geschichte. Zur Konzeption anthropologischer Konstanten in Elias Canettis Werk Masse und Macht, 1996, S. 208

<sup>72</sup> Vgl.: ebd. S. 208

<sup>73</sup> Canetti, E.: Masse und Macht, 2011, S. 360

<sup>74</sup> Vgl.: Kuhnau, P.: Masse und Macht in der Geschichte. Zur Konzeption anthropologischer Konstanten in Elias Canettis Werk Masse und Macht, 1996, S. 209

Adressat des Befehls und der andere wird getötet. *Der Henker steht wie jeder, der sich einem Befehl unterwirft, unter Todesdrohung.*<sup>76</sup> Er kann sich aber von dieser Drohung entlassen, indem er hinrichtet.

Es ist ihm gesagt worden: Du mußt töten, und er tötet. Er ist nicht in der Lage, sich gegen einen solchen Befehl zur Wehr zu setzen; er wird ihm von einem erteilt, dessen überlegene Macht er anerkennt.<sup>77</sup>

Folglich gibt der Henker exakt *das weiter, was er empfängt*<sup>78</sup>, und in diesem Punkt geht die *Rechnung des Befehls*<sup>79</sup> auf. Der Henker kann den Befehl mit der nötigen Ruhe entgegennehmen, da er weiß, dass die Durchführung in ihm gar nichts verändern wird. Es ist ja durchaus bekannt, dass Individuen zu den abscheulichsten Handlungen fähig sind, zumindest diejenigen, die unter Befehl handeln.<sup>80</sup> Wenn man davon ausgeht, dass die Quelle des Befehls versickert ist und man die Personen nötigt, auf die Folter oder Tötung zurückzublicken, *erkennen sie sich selbst nicht*<sup>81</sup>. Sie werden leugnen, das getan zu haben, beziehungsweise ist es ihnen überhaupt nicht bewusst, dass sie nicht die Wahrheit sagen, auch wenn plötzlich Augenzeugen auftreten. *So bin ich nicht, das kann ich nicht getan haben. Sie suchen nach den Spuren der Tat in sich und können sie nicht finden.*<sup>82</sup> Die Durchführung der Folter oder der Tötung hat sie in keinsten Weise geprägt. *Sie fühlen sich nicht schuldig, sie bereuen nichts.*<sup>83</sup> Es handelt sich ja durchaus um Personen, die in der Lage sind, ihre Taten abzuwägen. Deshalb würden sie auch vor Scham erröten, foltern oder töten sie ein schutzloses Lebewesen.<sup>84</sup>

Es ist also wahr, daß Menschen, die unter Befehl gehandelt haben, sich für vollkommen unschuldig halten. Wenn sie imstande sind, ihre Lage ins Auge zu fassen, mögen sie etwas wie Staunen darüber empfinden, daß sie einmal so vollkommen unter der Gewalt von Befehlen standen. Aber selbst diese einsichtige Regung ist wertlos, da sie sich viel zu spät meldet, wenn alles längst vorüber ist.<sup>85</sup>

Die Befehls- und Befehlsketten-Problematik ist gerade in totalitären Regimen eine sehr wesentliche. Seien es nun die Geschehnisse der Stalin-Ära oder die Ereignisse um den

---

<sup>75</sup> Canetti, E.: Masse und Macht, 2011, S. 390

<sup>76</sup> ebd. S. 390

<sup>77</sup> ebd. S. 390

<sup>78</sup> ebd. S. 390

<sup>79</sup> ebd. S.390

<sup>80</sup> Vgl.: ebd. S. 390-391

<sup>81</sup> ebd. S. 391

<sup>82</sup> ebd. S. 391

<sup>83</sup> ebd. S. 391

<sup>84</sup> Vgl.: ebd. S. 392

<sup>85</sup> ebd. S. 392-393



Mauerbau der DDR und ihres Bestehens. Seien es Übergriffe der Besatzungsmacht oder Verfolgungen ethnischer Natur. Überall werden Befehle vollstreckt, und zwar von anderen Leuten und Hierarchien als jene die diese anordnen.

Verlassen wir den Pfad der grundlegenden Gedanken von Foucault, Canetti und Freud, wenden wir uns den politischen und historischen Begebenheiten der DDR und der Sowjetunion zu, die direkt und indirekt mit der Entwicklung von Literaturprozessen in Zusammenhang stehen. Schließlich sind sie es, und nicht die Psyche des Menschen, die im Laufe dieser Arbeit analysiert werden soll.

## 2. Die Geschichte Russlands

Die drei russischen Revolutionen 1905-1907, Februar 1917 bis zur Oktoberrevolution stellen einen einheitlichen Prozess dar, der von dem Proletariat und der Bauernschaft ausgeht. Auch ohne die gesamte Geschichte Russlands als durchgehende Entwicklung zur Oktoberrevolution zu betrachten, kann man davon ausgehen, dass sich die Bolschewiki an der Spitze dieser revolutionären Massenbewegungen positionierten. Sie gewinnen deshalb an Macht, weil sie es als Partei verstehen, die allgemeinen, demokratischen Forderungen mit sozialistischen Zielsetzungen zu verbinden und werden demzufolge der historischen Situation Russlands gerecht. Den Kern dieser bolschewistischen Revolutionsvorgehensweise beschreibt Lenin im Dezember 1916 wie folgt<sup>86</sup>:

Man muss es verstehen, den Kampf um die Demokratie und den Kampf um die sozialistische Revolution zu vereinigen, indem man den ersten dem zweiten unterordnet. Darin liegt die ganze Schwierigkeit; darin liegt das ganze Wesen der Sache.<sup>87</sup>

### 2.1 Das Ende des zaristischen Russlands

Die erste Erschütterung der zaristischen Alleinherrschaft ereignet sich 1905-1907 revolutionär. Ausschlaggebend ist zunächst: die Krise des semifeudalen Agrarsystems, die sich seit der Jahrhundertwende anhaltend zuspitzt, dann *die sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise*<sup>88</sup> von 1900-1903 und der Krieg zwischen Russland und Japan, der die Not der arbeitenden Bevölkerung noch weiter steigert. Die Folge sind Massenstreiks, die von nun an zum Tagesgeschehen gehören. Am 9. Jänner 1905 ziehen ca. 140.000 Arbeiter zum Winterpalast des Zaren, um eine Bittschrift zu überbringen. Das Militär schießt auf die Arbeiter. Tausende Tote sind die Folge. Das Vertrauen in den Zaren wird dadurch abrupt zerstört. Jene bluttriefende Massentötung löst eine gewaltige Streikbewegung aus, die sich über das ganze Land erstreckt. Den Höhepunkt der Streikkämpfe erreicht die russische Arbeiterschaft in den letzten Monaten des Jahres 1905, die gleichsam immer mehr politische Form erlangt. Im Oktober *kommt es zu einem gesamtrussischen Generalstreik gegen die zaristische Selbstherrschaft*<sup>89</sup>, die in Petersburg, Moskau sowie in mehr als fünfzig anderen Städten und Industriesiedlungen entsteht. Räte der zugewiesenen Arbeiter, die sich auf Basis

---

<sup>86</sup> Vgl.: Lorenz, Richard: Sozialgeschichte der Sowjetunion I. 1917-1945. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1976, S. 47

<sup>87</sup> ebd. S. 47-48

<sup>88</sup> ebd. S. 48

<sup>89</sup> ebd. S. 48

gewählter Streikkomitees gründen publizieren ihre eigenen Beschlüsse, führen in einigen Betrieben den achtstündigen Arbeitstag ein, überwachen die Lebensmittelpreise und nehmen Polizeibeamte in Haft. Dies geschieht ohne Rücksichtnahme auf die zaristischen Behörden. Dadurch entsteht ein temporäres politisches Gleichgewicht zwischen dem Zarismus und den Revolutionären. Am 17. Oktober 1905 unterschreibt Nikolaj II. ein Manifest, in dem Folgendes festgelegt wird: *bürgerliche Freiheiten, die Unantastbarkeit der Person, Gewissensfreiheit, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit*<sup>90</sup>. Die Duma erhält das Recht auf Gesetzgebung, die vorher in der Beratung fungiert. Russland ist also im Begriff, sich in eine westliche Monarchie zu verwandeln und auf diese Weise den politischen Entwicklungen des Westens nachzueifern. Eine derartige Aussicht erfreut die Opposition der russischen Bourgeoisie, die zu Beginn die Revolution befürwortet sowie auch unterstützt hat und nun ein Übereinkommen mit dem Zarentum sucht. Ihr Hauptaugenmerk liegt nun auf dem Bewahren der Monarchie. Bemerkenswerterweise sind die zwei großen bürgerlichen Parteien (die Mitte Oktober 1905 ihre Gründung feierten) die liberale Konstitutionell-Demokratische Partei (auch Kadetten genannt) und der konservative Bund vom 17. Oktober (namentlich Oktobristen), bereit mit dem Zarentum zusammenzuarbeiten.<sup>91</sup>

Während das russische Bürgertum versucht mit dem Zarentum einen politischen Mittelweg einzugehen, der natürlich Beteiligung an der Staatsmacht sichert, gehen die Streikämpfe der Arbeiter weiter. Ihr Schwerpunkt, von Petersburg ausgehend, verlagert sich zusehends nach Moskau. Die Arbeiter der Hauptstadt sind zunehmenden Druckmittel und Aussperrungen ausgesetzt. Dem steht ein gut geregelter militärischer und politischer Apparat gegenüber. Anfang Dezember 1905 wird der „*Petersburger Sowjet*“ verhaftet. Jetzt greift der Kampf auch auf Moskau über. Hier entwickelt sich der Massenstreik, nach Karambolagen mit dem Militär, zu einem bewaffneten Aufstand. Die Moskauer Arbeiter kämpfen ohne Führung, besitzen kaum Waffen und verfügen über wenig Erfahrung im Kampf. Demzufolge unterliegt das Proletariat dem zaristischen Kommandostab. Schlussendlich sehen sich die Arbeiter gezwungen, vor der militärischen Überlegenheit aufzugeben. Die Streikämpfe dauern bis in den Sommer 1907, allerdings gehen diese aufgrund des Besiegt werdens im bewaffneten Dezemberaufstand von 1905, langsam zurück. Abgesehen von den städtischen Klassenkämpfen entwickelt sich eine bäuerliche Aufstandsbewegung mit folgenden Kampfstrategien: Gutsbesitzer werden vertrieben, um die eigenen Äcker auszudehnen, Streik

---

<sup>90</sup> ebd. S. 49

<sup>91</sup> Vgl.: ebd. S. 50

und Boykottbewegungen organisiert um eine Erhöhung der Löhne sowie um eine Herabsetzung der Pacht zu erzwingen, ferner weigern sie sich Steuern zu zahlen, Schulden zu begleichen oder Rekruten zu stellen. Vielerorts werden Bauern- und Sowjetkomitees aufgebaut, welche Aktionen leiten und dadurch eine organisierte Form darstellen. Im Sommer 1905 gibt es den *Gesamtrussischen Bauernbund*<sup>92</sup>. Unmittelbar nach dem Oktoberstreik von 1905 gipfelt der Bauernaufstand. Trotz behördlicher Gegenmaßnahmen werden von den Bauern die Gutshöfe demoliert und eingeäschert, um die Rückkehr der Gutsherren zu verhindern. Die Fortsetzung der Aufstände dauert bis ins Jahr 1906 an und richtet sich ausschließlich gegen die benachbarten Gutsbesitzer und nicht gegen die zaristische Alleinherrschaft.<sup>93</sup>

*Nachdem die Kämpfe um politische Freiheit und soziale Veränderungen etwa zweieinhalb Jahre andauert hatten, ging der Zarismus zur Gegenoffensive über*<sup>94</sup>. Pjotr Stolypin, der Vorsitzende des Ministerrats, löst Anfang Juli 1907 die II. Duma auf und lässt die sozialdemokratische Dumafraktion festnehmen. Beifolgend wird ein neues Wahlgesetz in Kraft gesetzt, das das Wahlrecht gänzlich limitiert. Diese Maßnahme Stolypins kommt einem Staatsstreich gleich, der das Ende der ersten russischen Revolution ankündigt, und somit einer völligen Niederlage gleichkommt, aber immerhin die zaristische Autokratie stark erschüttert und diese zu einer Reihe von Zugeständnissen zwingt. Zum ersten Mal gibt es, wenn auch nur temporär, *Rede-, Koalitions-, und Versammlungsfreiheit*<sup>95</sup>. Zudem entstehen, neben den Parteien (Kadetten/Oktobristen) Gewerkschaften und Vereine für Arbeiter sowie eine legale Arbeiterpresse. Ferner gibt es Lockerungen beziehungsweise Verbesserungen der betrieblichen Arbeitsverhältnisse, Lohnerhöhungen (wenn auch nur partiell), Aufhebung der bäuerlichen Ablösezahlungen und die Pacht- und Bodenpreise werden gesenkt. Der Aufstand zwingt das Zarentum, in Form der Reichsduma, eine Vertretungskörperschaft (mittels Wahlen) zu bilden. Der Zar verzichtet also, aufgrund der neuen Reichsgrundgesetze vom April 1906, auf zwei sehr bedeutende Vorrechte. Erstens auf das vollständige Recht der Gesetzgebung und zweitens auf die freie Verfügungsgewalt des Staatshaushaltes. Die Verordnungen und Gesetze, sowie auch das Staatsbudget bedürfen der Zustimmung der Duma, wenn auch nicht uneingeschränkt. Die Regierung verfügt über einen Ausnahmeparagraphen 87 der ermöglicht, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, dann

---

<sup>92</sup> ebd. S. 51

<sup>93</sup> Vgl.: ebd. S. 50-51

<sup>94</sup> ebd. S. 52

<sup>95</sup> ebd. S. 53

bedarf es auch nicht mehr deren (Duma) Zustimmung. Nichtsdestotrotz bedeutet dies eine rechtliche Einschränkung des Zarentums.<sup>96</sup> Aufgrund der innenpolitischen Bedingungen, die zwischen 1907-1917 in Russland vorherrschen, kann sich die Duma nicht zu einer funktionierenden *Vertretungskörperschaft*<sup>97</sup> entwickeln. Allerdings bleiben die juristischen Richtlinien für die Duma bis zum Jahre 1917 aufrecht. Der zaristischen Autokratie gelingt es dagegen durch extreme Einschränkung des Wahlrechts, neben der politischen Mitbestimmung der Arbeiter- und Bauernschaft auch die nationalen Minderheiten durchwegs auszuschalten und *die oppositionellen Bestrebungen der bürgerlichen Parteien zu kanalisieren und in ihrem Sinne umzufunktionieren*<sup>98</sup>. Somit agiert die Duma als Mechanismus des Zarentums und nicht als antizaristischer Gegenpol. Zu einer völligen Erneuerung der bestehenden Machtverhältnisse mittels Revolution sind beide bürgerlichen Parteien nicht bereit. Ihre Bestrebungen zielen auf bestimmte politische und soziale Aspekte ab, die durch Reformen umzusetzen sind. Die Kadetten, die sich als *Partei der Volksfreiheit*<sup>99</sup> bezeichnen, treten für eine konstitutionelle Monarchie sowie gleichsam für Reformen, die den sozialen Bereich beinhalten, ein. Dennoch suchen sie eine gemeinsame Interessensgrundlage mit dem Zarenregime, gilt es doch jede Form von Revolte zu unterdrücken beziehungsweise diese zu verhindern. In der Praxis, das beinhaltet die Jahre von 1907 bis 1917, bleibt die Duma von allen wesentlichen Entscheidungen außen vor.<sup>100</sup>

Das Regierungssystem, das sich nach der ersten russischen Revolution herausbildete, gestattete eine begrenzte Beteiligung der bürgerlichen Parteien an der Staatsgewalt, ohne dabei die realen Machtverhältnisse wesentlich zu verändern. Seine politische Funktion bestand in erster Linie darin, die spätabsolutistische Entwicklung anzupassen, die sich inzwischen in ganz Rußland vollzogen hatte.<sup>101</sup>

Die Schwierigkeiten des Landes bleiben auch nach den Aufständen von 1905 bis 1907 und trotz der Kompromisse des Zaren gänzlich ungeklärt. Immer wieder kommt es zu Bauernaufständen und Arbeiterrevolten. Eine neue direkte aufständische Stimmung entsteht dagegen erst unter dem Krieg, als das zaristische Heer gegen die Streitmacht der Mittelmächte massivste Niederlagen erlebt.<sup>102</sup> Infolgedessen droht der wirtschaftliche Zusammenbruch des Landes. Zwei Kriegsjahre reichen aus, um Russland in eine tiefe Krise zu stürzen, das Ende 1916 volkswirtschaftlich völlig zerrüttet ist. Die Nahrungsmittelknappheit und ständigen

---

<sup>96</sup> Vgl.: ebd. S. 51-53

<sup>97</sup> ebd. S. 54

<sup>98</sup> ebd. S. 54

<sup>99</sup> ebd. S. 54

<sup>100</sup> Vgl.: ebd. S. 54

<sup>101</sup> ebd. S. 55

<sup>102</sup> Vgl.: ebd. S. 55

Preiserhöhungen treffen in erster Linie die Arbeiterfamilien. Soldaten weigern sich die Befehle ihrer militärischen Oberbefehlshaber auszuführen, da sie physisch rundweg erschöpft sind und tausende Soldaten fahnenflüchtig werden. Folglich unterliegen sie ständigen militärischen Niederlagen und die stetig wachsenden wirtschaftlichen Verfallprozesse schwächen inzwischen auch den Regierungsmechanismus, der immer plan- und zielloser handelt.<sup>103</sup> Ende 1916 unterliegt das Zarentum seiner Inkompetenz. Politisch, ökonomisch und militärisch können sie mit den Schwierigkeiten des Landes nicht mehr zurechtkommen. Die nationale Misere, sei es gesellschaftlich oder ökonomisch, erreicht hier ihre Blütezeit.<sup>104</sup>

Bereits im August 1915 hatte sich eine große Gruppe von Dumaabgeordneten (Kadetten, Progressisten, Oktobristen, zum Teil Nationalisten) unter Führung der Kadettenpartei zum sogenannten Progressiven Block zusammengeschlossen, um so die Interessen der russischen Bourgeoisie besser vertreten zu können.<sup>105</sup>

Die bürgerlichen Parteien wollen eine Regierungsform, die sich im Stande sieht, die wirtschaftlichen Ressourcen so einzusetzen, dass die Kriegsweiterführung möglich sei, aber gleichzeitig ein neuerlicher revolutionärer Schub unmissverständlich unterdrückt werden würde. Demzufolge beteiligen sie sich Ende 1916 an der Vorarbeit zum Protest. Dabei wird Nikolaj II. in Haft genommen und gezwungen auf den Thron zu verzichten, allerdings zum Vorteil seines Sohnes. Obendrein soll der *Großfürst Michajl, ein Bruder des Zaren, zum Regenten ausgerufen werden*<sup>106</sup>. Aufgrund einer Massenaktion in der Hauptstadt können derartige Planungen jedoch vernichtet werden.

## 2.2 Sowjetrussland und die Diktatur des Proletariats

Anfang 1917 nimmt die Streikbewegung des Proletariats Massencharakter an, wobei sie sich immer öfter mit politischen Demonstrationen verbindet. Am 23. Februar 1917, dem Internationalen Frauentag, streiken rund 128.000 Arbeiter in Petrograd (am 18. August wurde Petersburg in Petrograd umbenannt; erst seit 26. Jänner 1924 heißt die Stadt Leningrad). Die Frauen schließen sich der spontanen Demonstration an. Am darauffolgenden Tag streiken ca. 200.000 Arbeiter. Gleichzeitig wird im großen Stil demonstriert. Hinzu kommt, dass sich am 25. Februar ein politischer Generalstreik herauskristallisiert, dem sich auch Kleinstbetriebe anschließen. Nun fordern die Streikenden Lebensmittel, das Kriegsende sowie die Auflösung

---

<sup>103</sup> Vgl.: ebd. S. 55-56

<sup>104</sup> Vgl.: ebd. S. 57

<sup>105</sup> ebd. S. 57

<sup>106</sup> ebd. S. 57

der Alleinherrschaft. Es kommt zu den ersten blutigen Zusammentreffen mit den Truppen und der Polizei, eine Vielzahl wird verwundet, getötet und verhaftet. Am 26. Februar geht der politische Aufstand in einen bewaffneten über. Parallel dazu entsteht unter den Soldaten eine Revolte. Dabei entladen sich die Belastungen der Kriegsjahre.<sup>107</sup> Zeitgleich schlagen sich die ersten Truppen auf die Seite der rebellierenden Arbeiter und sind folglich Revolutionäre. Sie greifen das Hauptarsenal an und erbeuten viele Waffen.

Außerdem wurden die Gefängnisse gestürmt und die politischen Gefangenen befreit. Man besetzte Brücken, Bahnhöfe, das Telefonamt, das Hauptpostamt sowie weitere Schlüsselstellungen. Bereits am 27. Februar befand sich die Hauptstadt fast völlig in den Händen der aufständischen Arbeiter und Soldaten. Am folgenden Tag schlossen sich ihnen dann auch die restlichen Truppen der Petrograder Garnison an. Der Versuch des alten Regimes, zusätzliche Truppen aus der Umgebung herbeizuholen, scheiterte; die zaristische Regierung verfügte über keine Soldaten mehr zu ihrer Verteidigung. [...] Die dreihundertjährige Herrschaft der Romanovs war damit zu Ende.<sup>108</sup>

Aus jenen Februartagen entspringt eine neue Regentschaft. Am 27. Februar 1917 wird der *Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten gebildet, der ein einheitliches politisches Führungszentrum der aufständischen Massen darstellte*.<sup>109</sup>

Die vorläufige Regierung setzt sich aus Sozialisten und Liberalen zusammen. Ihr Ziel ist es, Russland zum Ende des Ersten Weltkriegs zu bringen und *zur demokratischen Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung zu führen*<sup>110</sup>. Jedoch zerbröseln ihre politische Autorität, da Bauern, Soldaten und Arbeiter ihre eigenen örtlichen Revolutionskomitees gründen, hauptsächlich betrifft das die Sowjets, um eine soziale Revolte heraufzubeschwören. *Im Namen der Sowjets ergriffen Lenins Bolschewiki im Oktober 1917 die Macht*<sup>111</sup>. Die Bolschewiki haben 350.000 Mitglieder und vertreten den *revolutionären Flügel der Sozialdemokratischen (marxistischen) Partei*<sup>112</sup>. Die Menschewiki sind gemäßiger, und unterstützen die Übergangsregierung.<sup>113</sup> Im März 1918 kommt es zu einer Umbenennung der Bolschewiki in die Kommunistische Partei Russlands. Nun an der Regierungsspitze, werden die Mitglieder der Bolschewiki gebeten, sich genauso beispielhaft wie die Revoltierenden im zaristischen Russland zu verhalten, um sich der Sache des Volkes zu widmen und dem Proletariat dienlich zu sein. Sie lassen den Kult eines *selbstlosen Revolutionärs*,<sup>114</sup> sowie eine

---

<sup>107</sup> Vgl.: ebd. S. 57-58

<sup>108</sup> ebd. S. 58-59

<sup>109</sup> ebd. S. 59

<sup>110</sup> Figes, O.: Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland. Berlin: Berlin Verlag 2007, S. 42

<sup>111</sup> ebd. S. 42

<sup>112</sup> ebd. S. 42

<sup>113</sup> Vgl.: ebd. S. 42

<sup>114</sup> ebd. S. 42

neue Moral entstehen. Der Dienst an der Partei ist das oberste Gebot. Der Revolutionär ist sozusagen der Prototyp des neuen Menschen, und zwar in Form einer *kollektiven Persönlichkeit*<sup>115</sup>. Diese werde sich nun ausnahmslos dem Wohl aller widmen und *die künftige kommunistische Gesellschaft bevölkern*<sup>116</sup>. Dies scheint einer utopischen Vorstellung zu entspringen, aber bei den Bolschewiki bedeutet das *die Hülle des Privatlebens zu sprengen*.<sup>117</sup> Demzufolge ist das Privatleben des Menschen politisch und man müsse daher diese persönliche Sphäre der Kontrolle und Aufsicht unterwerfen. Privaträume gelten als brandgefährliche Nistplätze für Gegner der Revolution, die zerstört werden müssen.<sup>118</sup> Die Bolschewiki fertigen die erste Variante der Planwirtschaft an, die später als Muster für Stalins Fünfjahrespläne und dazu dienen sollen, die Weißen niederzuschlagen. Ihrerseits versuchen sie nun eine Abschaffung des Privateigentums- und Handels; das Getreide der Bauern wird weggenommen, damit die Streitkräfte und die Stadtbewohner ernährt werden können; *Millionen von Menschen werden in Arbeitsarmeen*<sup>119</sup> eingezogen, um an der *Wirtschaftsfront*<sup>120</sup> zu dienen, ferner werden sie für den Straßen- und Eisenbahnbau eingesetzt; sie jagen Gläubige und Kirchendiener. Hinzukommt, dass die Bolschewiki jegliche Widerrede (von Seiten der Opposition) gegen die Diktatur des Proletariats zum Schweigen bringen. Daneben entfesseln sie, sozusagen an der *inneren Front*<sup>121</sup>, einen Terrorfeldzug – den *Roten Terror*<sup>122</sup> gegen die Bourgeoisie. Dazu zählen *frühere zaristische Beamte, Grundbesitzer, Kaufleute, »Kulaken«, kleine Händler und die alte Intelligenzija*<sup>123</sup>. Sie gelten insofern als gefährlich, da sie potenzielle Anhänger der Weißen und anderer *Konterrevolutionäre*<sup>124</sup> darstellen. Aufgrund dieser brutalen Gesellschaftssäuberung glauben die Bolschewiki eine Abkürzung auf dem Pfad zur *kommunistischen Utopie*<sup>125</sup> gefunden zu haben.<sup>126</sup> Bis ins Frühjahr 1921 wird die Sowjetwirtschaft zur Gänze zerstört und die meisten Bürger leiden an Hunger, wovon ein Viertel der Bauern betroffen ist. Auf Grund dessen, erheben sich die Bauern gegen das Regime der Bolschewiki und dessen Getreidebeschlagnahme. In Folge hört die Sowjetmacht auf zu bestehen, und die Bauern

---

<sup>115</sup> ebd. S. 42

<sup>116</sup> ebd. S. 43

<sup>117</sup> ebd. S. 42

<sup>118</sup> Vgl.: ebd. S. 43

<sup>119</sup> ebd. S. 44

<sup>120</sup> ebd. S. 44

<sup>121</sup> ebd. S. 44

<sup>122</sup> ebd. S. 44

<sup>123</sup> ebd. S. 44

<sup>124</sup> ebd. S. 45

<sup>125</sup> ebd. S. 45

<sup>126</sup> Vgl.: ebd. S. 44-45



übernehmen die Führung über ihre Dörfer. Infolgedessen wird kein Getreide in die Stadt geliefert, was wiederum die Arbeiter in eine Hungersnot stürzt und einen Streik derer auslöst. *Ihre anarchistisch inspirierten Banner forderten freie Wahlen zu den Sowjets, [...] Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit für alle Arbeitenden [...] sowie [...] Freiheiten für die Bauern, den Boden nach eigenem Gutdünken zu bestellen [...].*<sup>127</sup> Jetzt werden die Bolschewiki mit einem revolutionären Zustand konfrontiert. Sie versuchen mittels Militär und erbarmungslosem Terror die Aufstände zu zerschlagen, so kommt es zu ca. 100.000 Inhaftierungen oder Deportierungen-, schätzungsweise 15.000 Menschen finden den Tod. Lenin veranlasst, dass die Bolschewiki den Kriegskommunismus aufgeben, die Möglichkeit des freien Handels wiederaufnehmen, sowie die Aufstände zu stoppen, um Lebensmittellieferungen zu sichern. Die Bolschewiki sehen sich gezwungen, gegenüber der Weißen Armeen und den Bauern zu kapitulieren.<sup>128</sup>

Die Neue Ökonomische Politik (NÖP; russisch NEP), die Lenin auf dem X. Parteitag im März 1921 einführt, ersetzt die Lebensmittelrequisitionen durch eine relativ milde Naturaliensteuer und legalisierte die Rückkehr des kleinen Privathandels und der privaten Manufaktur. Sie begünstigte die Landwirtschaft und die Konsumgüterproduktion gegenüber der Entwicklung der Schwerindustrie. Nach Lenins Einschätzung war die NÖP eine zeitweilige, doch notwendige Konzession an das Kleinbauerntum – verbunden mit den Prinzipien der privaten Familienproduktion -, damit die Revolution gerettet wurde und das Land wieder auf die Beine kam. Er sprach davon, dass die NÖP »nicht weniger als ein Jahrzehnt und wahrscheinlich länger« dauern werde. Die Wiederherstellung des Marktes ließ die Sowjetwirtschaft aufleben.<sup>129</sup>

Aber die Bolschewiki interpretieren dies als Hochverrat an der Revolution. Hauptsächlich meinen die Stadtarbeiter, dass die NÖP ihre *Klasseninteressen*<sup>130</sup> für die der Bauern aufgeben, die wegen der Lebensmittelpreiserhöhungen auf Kosten der Arbeiter vermögend würden. Es erweckt den Anschein, als müsse der Aufschwung des Privathandels zu einer sozialen Ungleichheit zwischen Arm und Reich sowie zum Aufschwung des Kapitalismus führen. Der Kampf gegen die alte Mittelschicht und der Intelligenzija hört auf. In den Jahren zwischen 1924 und 1928 kommt es allerdings nur vorübergehend zu einer Entspannung bezüglich Religionsausübung und Familientradition.<sup>131</sup> Die Bolschewiki befürchten, dass die Gebräuche und die Mentalität des russischen Bürgertums (dazu zählen Händler und Hersteller, deren Anzahl aufgrund der NÖP ansteigen) die revolutionäre Entfaltung aufhalten werde. Die Bolschewiki glauben an die *kommunistische Utopie* und kämpfen für eine Überwindung der

---

<sup>127</sup> ebd. S. 45

<sup>128</sup> Vgl.: ebd. S. 45-46

<sup>129</sup> ebd. S. 46

<sup>130</sup> ebd. S. 47

<sup>131</sup> Vgl.: ebd. S. 46-47

Gewohnheiten. Nach dem Bürgerkrieg werden sie für die Freiheit der *kommunistischen Persönlichkeit*<sup>132</sup> sorgen. Dabei sollten das individualistische (»bürgerliche«) Verhalten und die von der alten Gesellschaft übernommenen abnormen Gewohnheiten (Prostitution, Alkoholismus, Rowdytum und Religion) ausgemerzt werden.<sup>133</sup> Einigkeit gibt es unter den Bolschewiki, bezüglich der Prognose dass es Jahrzehnte dauern werde bis der Charakter der Menschen umgestaltet sein würde. Uneinig ist man sich allerdings, über den Zeitpunkt, wann die Schlacht initiiert werden müsse.<sup>134</sup>

Marx hatte gelehrt, dass die Wandlung des Bewusstseins von einer veränderten materiellen Basis abhängt, und Lenin bekräftigte bei der Einführung der NÖP, dass es keinen Zweck habe, ein kommunistisches Moralsystem im Privatleben zu installieren, bevor die materiellen Voraussetzungen für eine kommunistische Gesellschaft geschaffen seien – ein Prozess, der eine ganze Epoche erfordere. Die meisten Bolschewiki akzeptierten jedoch nicht, dass die NÖP einen Rückzug aus der Privatsphäre nötig machte. Im Gegenteil, sie neigten zunehmend zu der Ansicht, dass aktiver Einsatz in jedem Moment und auf jedem Schlachtfeld des Alltagslebens unverzichtbar sei: in der Familie, im Zuhause und in der Innenwelt des Individuums, wo das Beharrungsvermögen der alten Mentalität eine bedeutende Gefahr für die ideologischen Grundsätze der Partei darstelle.<sup>135</sup>

Die erste ideologische Kampfbühne bildet die Familie, da sie als sozial schädlich gilt. Die Bolschewiki vertreten in den 1920er Jahren die Meinung, dass Familien nach innen gerichtet seien, ferner stelle sie den Zusammenhalt von Glaube und Aberglauben dar, sowie Voreingenommenheit und Ignoranz. Die Familie fördere die Selbstsucht und die Habgier, außerdem unterwerfe sie Frauen und deren Kinder. Die Bolschewiki vertreten die Annahme, dass sich die Familien auflösen, sobald sich das Sowjetrussland zu einem gänzlich *sozialistischen System entwickelt habe*<sup>136</sup>. In diesem System solle nun der Staat die Verantwortung für sämtliche Aufgaben übernehmen, die folgenden Bereiche umfassen: Haushalt, Kindergärten, Wäschereien, sowie die Bereitstellung von Wohnvierteln. Das Ehebündnis solle verschwinden und die damit *verbundene Sexualmoral*<sup>137</sup> solle durch *freie Liebesbündnisse*<sup>138</sup> ersetzt werden.<sup>139</sup>

Einstweilen verfolgten die Bolschewiki mehrere Strategien – darunter die Umgestaltung des häuslichen Raumes –, um die Auflösung der Familie zu beschleunigen. Sie versuchten, den Wohnungsmangel in den überbevölkerten Städten zu bewältigen, indem sie wohlhabende

---

<sup>132</sup> ebd. S. 48

<sup>133</sup> ebd. S. 48

<sup>134</sup> Vgl.: ebd. S. 48

<sup>135</sup> ebd. S. 48-49

<sup>136</sup> ebd. S. 49

<sup>137</sup> ebd. S. 49

<sup>138</sup> ebd. S. 49

<sup>139</sup> Vgl.: ebd. S. 49

Familien zwangen, ihre Behausungen mit den verarmten Städtern zu teilen – eine Maßnahme, die als »Verdichtung« [...] bekannt geworden ist.<sup>140</sup>

Dies solle nicht nur dem Abbau von Vorrechten, sondern auch der *Propaganda des neuen Regimes*<sup>141</sup> dienlich sein. Die Bolschewiki meinen, sie können der Bevölkerung, die unter dem Joch steht, sich Wohnungen zuteilen und zu einem prinzipiellen kommunistischen Gedankengut und kommunistischen Verhaltensweisen veranlassen. Privateigentum beziehungsweise Räumlichkeiten würden abhandenkommen und die individuelle Familie durch kommunistische Organisationen ersetzt werden.<sup>142</sup> Jetzt wurde auf materiellen Wert verzichtet. Das steht sogleich im Mittelpunkt des ideologischen Sowjetregimes.<sup>143</sup>

Ähnlich wie das aristokratische Ethos das öffentliche Leben im zaristischen Russland dominiert hatte, wurde das Ethos der Partei rasch zum bestimmenden Faktor für jeden Aspekt des öffentlichen Lebens in Sowjetrußland. Lenin selbst hatte die Bolschewiki mit dem Adel verglichen, und wer nach 1917 in die Partei eintrat, machte gewissermaßen einen sozialen Sprung. Damit stieg man leichter zu bürokratischen Posten auf, erhielt Privilegien und einen Elitestatus sowie einen persönlichen Anteil am Parteistaat. Am Ende des Bürgerkriegs hatten sich die Bolschewiki in allen führenden Positionen der Regierung etabliert, deren bürokratischer Apparat sich aufblühte, während fast jeder Lebensbereich in Sowjetrußland unter Staatskontrolle gebracht wurde. Um 1921 war die sowjetische Bürokratie zehnmal größer, als es die zaristische je gewesen war. Es gab 2,4 Millionen staatliche Amtsträger, mehr als das Doppelte der Zahl von Arbeitern in Rußland. Dieser Staatsapparat bildete die soziale Basis des Regimes.<sup>144</sup>

Die Person muss allerdings beweisen, dass sie den Kommunismus gut heißt, *ein höheres moralisches und politisches Bewusstsein*<sup>145</sup> besitzt und der Sache aufopfernd ergeben ist. Zudem wird ein „*anderes*“ Moralsystem integriert, d.h. die christlichen bzw. abstrakten Ideen werden strikt abgelehnt und durch den Klassenkampf des Proletariats, das ganz im Dienst der Revolution steht, ersetzt. Unmoralisch sei dann alles was den Klassenkampf aufhalte oder behindere. Der Glaube wird zu einem öffentlichen Ereignis, Beichtgespräche im westlichen Sinne gibt es nicht. Der bolschewistische Diskurs verlangt die marxistisch-leninistische Gesinnung zur Erlangung einer höheren Moral. Es wird freilich nicht erwartet, dass das gewöhnliche Volk die volle *Kenntnis der Parteiideologie*<sup>146</sup> besitzt; es reicht demnach aus, an den Zeremonien teilzunehmen und ihre Lieder zu singen usw. Ein Rechtsspruch wird ohne

---

<sup>140</sup> ebd. S. 50

<sup>141</sup> ebd. S. 51

<sup>142</sup> Vgl.: ebd. 51

<sup>143</sup> Vgl.: ebd. S. 58

<sup>144</sup> ebd. S. 81

<sup>145</sup> ebd. S. 82

<sup>146</sup> ebd. S. 83

Verteidigung hingenommen, alles andere sei widerparteilich gewesen und einem Vertrauensbruch gleichgekommen.<sup>147</sup>

Die Säuberungen beginnen lange vor Stalins Machtübernahme<sup>148</sup>. Der Ausgangspunkt findet sich im Bürgerkrieg, als die Partei rasch anwächst. Die *frühen Säuberungen*<sup>149</sup> betreffen ganze Gemeinschaften, sogenannte „*Kulaken*“, und *abtrünnige bürgerliche Elemente*<sup>150</sup>, demnach Bauern, ehemalige Aristokraten usw. Eine Ausnahme bilden die bolschewistischen Arbeiter, sie werden von den Inspektionen ausgenommen, es sei denn, es läge eine denunziatorische Beschuldigung vor. Der Verfahrensschwerpunkt wird allerdings immer mehr auf das private Verhalten und die privaten Ansichten des Einzelnen verlagert.<sup>151</sup>

Zu den Aufgaben der Mitglieder zählen nun die gegenseitige Überwachung und der Eingriff ins Privatleben, denn nur so könne eine kommunistische Gesinnung gefördert werden, die ohnehin *seit Jahrhunderten ein Teil des russischen Staatswesens*<sup>152</sup> darstelle. Dieser Denunziationskult nimmt jedoch ein neues Ausmaß an. Die Sowjetbevölkerung wird somit bestärkt, *Nachbarn, Kollegen, Freunde und sogar Verwandte zu bespitzeln*<sup>153</sup>. Wachsamkeit gilt als ernstzunehmende Pflicht für jeden guten Bolschewiki. Demzufolge werden Parteimitglieder regelrecht angeleitet ihre Kameraden zu bewachen, wenn sie auch nur den Anschein einer Bedrohung für die Partei erwecken. In den 1920er Jahren stehen die Aufrufe zu Denunziationen im Mittelpunkt der Säuberung.<sup>154</sup>

Alles im Privatleben des Parteimitglieds war von gesellschaftlicher und politischer Bedeutung; alles was er tat, stand im direktem Zusammenhang mit den Interessen der Partei. Das war der Sinn der »Parteieinheit«: der völligen Verschmelzung des Individuums mit dem öffentlichen Leben der Partei.<sup>155</sup>

In der realen Praxis bewirken diese gegenseitigen Kontrollen genau das Gegenteil. Sie veranlassen nun die Leute, sich so darzustellen, dass sie den *bolschewistischen Idealen gerecht*<sup>156</sup> werden, und dabei *ihr wahres Ich*<sup>157</sup> geheim halten. Diese Form der Heuchelei soll

---

<sup>147</sup> Vgl.: ebd. S. 82-83

<sup>148</sup> ebd. S. 84

<sup>149</sup> ebd. S. 84

<sup>150</sup> ebd. S. 84

<sup>151</sup> Vgl.: ebd. S. 84-85

<sup>152</sup> ebd. S. 86

<sup>153</sup> ebd. S. 86-87

<sup>154</sup> Vgl.: ebd. S. 86-87

<sup>155</sup> ebd. S. 88

<sup>156</sup> ebd. S. 89

<sup>157</sup> ebd. S. 89

sich im gesamten Sowjetsystem bemerkbar machen. Nach außen hin wird Loyalität zur Schau gestellt und gleichzeitig werden die *Äußerungen einer abweichenden Meinung*<sup>158</sup> bestraft.<sup>159</sup>

Während des Terrors der dreißiger Jahre, als Geheimhaltung und Verschleierung zu notwendigen Überlebensstrategien für fast jeden Sowjetbürger wurden, entstand ein ganz neuer Persönlichkeits- und Gesellschaftstyp. Aber dieses Doppelleben war bereits in den zwanziger Jahren Realität für breite Bevölkerungskreise, besonders für Parteifamilien, die der öffentlichen Aufmerksamkeit ausgesetzt waren, und für diejenigen, denen infolge ihrer gesellschaftlichen Herkunft oder ihrer Überzeugungen Repressionen drohten. Die Menschen lernten, eine Maske zu tragen und die Rolle des loyalen Sowjetbürgers zu spielen, selbst wenn sie sich in ihrem Privatbereich an ganz andere Prinzipien hielten.<sup>160</sup>

Jede Unterhaltung ist gefährlich. Wiederholt Familiengespräche können von Festnahmen bis zu Inhaftierungen führen.

## 2.3 Stalins Machtübernahme

Wie bereits erwähnt, sind die Bolschewiki zwiespältig gegenüber der NÖP eingestellt, da sich viele ihrer Anhänger die Preise in den Privatgeschäften nicht leisten können und nicht zuletzt deshalb die Wirtschaftsform entscheidend ablehnen. Durch die starken Marktschwankungen steigt das Misstrauen weiter an. In den Jahren 1923-24 bricht der Markt zusammen, und die Sowjets beginnen nun gegen die NÖP-Männer vorzugehen. Sie versuchen die Arbeiter bezüglich der Preisinflation zu besänftigen. Dieser Feldzug gegen die NÖP ist untrennbar mit dem Aufstieg Stalins verbunden. Seine Parteirivalen Leo Trotzki und Nikolai Bucharin setzen sich weiterhin für die Mischwirtschaft ein, die seinerzeit Lenin 1921 eingeführt hat. Doch es kommt bereits in den Jahren 1927-28 zu einem neuerlichen Marktzusammenbruch, Missernten, Engpässen, sodass die Bereitstellung von Konsumgütern in sich zusammenfallen.<sup>161</sup> Das veranlasst die Bauern, ihr Getreide nicht in staatliche Depots zu liefern, sondern für sich selber zu nutzen, dieses auf ihren Dachböden zu speichern und es an ihr Vieh zu verfüttern. Die NÖP-Befürworter wissen nicht, wie sie mit der Krise umgehen sollen. Bucharin ist für die Anhebung der Ankaufspreise, um den Marktmechanismus zu stabilisieren beziehungsweise die Bauern zu besänftigen. Zögerlich stehen allerdings Trotzki, Kamenew und Sinowjew dem Vorschlag gegenüber, da sie zum einen die Opposition bilden und gegen weitere Zugeständnisse sind, die eine sozialistische Industrialisierung hinausziehen würde. Die Opposition vertritt die Meinung, dass das Getreide zeitweilig beschlagnahmt

---

<sup>158</sup> ebd. S. 89

<sup>159</sup> Vgl.: ebd. S. 88-89

<sup>160</sup> ebd. S. 89

<sup>161</sup> Vgl.: ebd. S. 134

werden solle, um das Lebensmittel- sowie Kapitalaufkommen sicherzustellen. Stalin gibt Bucharin vorübergehend Recht (bezügl. Mischwirtschaft), nur um dann am XV. Parteitag im Dezember des Jahres 1927 die Niederlage Trotzki und Sinowjews für seine Zwecke auszunutzen. Jetzt stellt er sich gegen die NÖP und Bucharin. Stalin macht einen „Kulakenstreik“ *für die Getreidekrise verantwortlich und forderte eine Rückkehr zu den Requisitionsmaßnahmen des Bürgerkriegs, mit der sich ein Fünfjahrplan zur Industrialisierung der Sowjetunion stützen ließe.*<sup>162</sup> Stalins Aufruf zum revolutionären Klassenkampf und Bürgerkrieg zurückzukehren, findet Zustimmung innerhalb der Parteibasis, die jetzt befürchtet, dass die Bourgeoisie (in Form der NÖP-Männer und Kulaken) zurückkehrt.<sup>163</sup>

Stalin machte sich diese romantische Vorstellung zunutze, nach denen der Bürgerkrieg eine „heroische Zeit“ und die Sowjetunion ein Staat war, der permanent im In- und Ausland gegen kapitalistische Feinde kämpfen musste. Er erfand die „Kriegsangst“, um im Jahr 1927 die Sowjetpresse mit gefälschten Geschichten über britische „Spione“ und „Invasionspläne“ gegen die UDSSR zu füllen und zu Massenverhaftungen von potenziellen „Feinden“ („Monarchisten“ und „Reaktionären“) aufzurufen. Darüber hinaus war ihm die Kriegsgefahr ein willkommenes Instrument, seine Forderungen nach einem Fünfjahrplan und nach dem Ausbau der Streitkräfte zu begründen. Die NÖP sei zu langsam für die Industrialisierung und nicht verlässlich genug für die Getreideversorgung im Kriegsfall. Stalins Konzept des Fünfjahrplans bedeutete einen permanenten Kampf mit dem Feind. In den politischen Schlachten, die er sich in den Jahren 1928/29 mit Bucharin um die Parteikontrolle lieferte, warf er seinem Rivalen vor, den gefährlichen Standpunkt zu vertreten, dass sich der Klassenkampf mit der Zeit abschwächen werde und dass „kapitalistische Elemente“ mit einem sozialistischen System auszusöhnen seien (in Wirklichkeit erklärte Bucharin, dass sich der Kampf in der Wirtschaftssphäre fortsetzen werde). Diese Auffassung, so Stalin, könne die Partei verleiten, in ihrem Kampfwillen gegen kapitalistische Feinde nachzulassen, wodurch das Sowjetsystem Gefahr laufe, infiltriert und unterhöhlt zu werden. In einer Vorwegnahme der Behauptungen, mit denen Stalin die Repressionswellen des Staates während des Großen Terrors rechtfertigte, verkündete er, dass sich der Widerstand der Bourgeoisie auf dem Weg des Landes zum Sozialismus unweigerlich verstärken werde. Deshalb müsse man ständig neue Energie aufbringen, „um die Opposition der Ausbeuter aufzuspüren und zu zermalmen“. Dies war die Beweisführung, mit der Stalin seine Kräfte um sich scharte und die ihm den Sieg über Bucharin sicherte. Terror war die Inspiration, nicht die Folge des Fünfjahrplans.<sup>164</sup>

Mit der Ausschaltung der NÖP, Bucharins, Trotzki und somit der „linken Opposition“, eröffnet Stalin ein radikales Vorgehen gegen nicht konforme Parteimitglieder. Mittels zahlreicher Amtsenthebungen in Zeitschriften und Zeitungen, macht er seinen Anspruch auf völlige Unterwerfung der Kultur sowie der Literatur im Sinne des Sozialismus überaus deutlich. Die freie literarische Arbeit ist während des sowjetischen Staatssozialismus unter Josef Stalins nicht möglich.

---

<sup>162</sup> ebd. S. 135

<sup>163</sup> Vgl.: ebd. S. 134-135

<sup>164</sup> ebd. S. 137-138

### 3. Die Zensur Stalins am Beispiel Michail Bulgakow

Was die Schreckensherrschaft Stalins für die russische Literatur bedeutet soll anhand eines Beispiels fassbar gemacht werden. So behandeln folgende Kapitel sowohl den Mechanismus der Zensur als auch die Auswirkungen auf den davon betroffenen Menschen. Michail Bulgakow steht dabei als prominentes Opfer im Mittelpunkt dieser Betrachtung.

#### 3.1 Die literarische Mitgestaltung der Zensurbehörden

Für die Umsetzung der Idee der „neuen“ kommunistischen Gesellschaft werden alle Medien d.h. alle Printmedien, Theater, Film und Rundfunk verwendet. Das prominenteste und nachhaltigste Kontrollsystem in der Geschichte Russlands, ist die Zensur, die fast lückenlos arbeitet. Demnach werden jegliche Arten und Formen einer Gegnerschaft so effektiv unterdrückt, dass an ein Aufkommen dieser nicht mehr zu denken ist.<sup>165</sup> *Der Aufbau eines zentralistisch aufgebauten Systems von Zensur-, Kontroll-, Weisungs- und Verfolgungsmechanismen wurde durch die Indoktrinierung des öffentlichen Bewusstseins ergänzt, die mit Hilfe der bildungsvermittelnden Instanzen erreicht wurde.*<sup>166</sup> Auf diese Weise schirmt sich der Sowjetstaat sozial-kulturell gegenüber anderen Staaten ab. Folglich kommt es zu einer Einheitskultur die vom Staat beziehungsweise parteipolitisch kontrolliert wird. Die kulturelle Reichhaltigkeit verschiedenster Gesellschaftsnormen gehen damit verloren. Mit dieser radikalen Vorgehensweise sichert man sich Macht, die nun ihrerseits erhalten bleiben will, beziehungsweise ausgebaut werden soll.<sup>167</sup>

Der 6. Juni 1922 gehört zu den schlimmsten, ja verhängnisvollsten Daten der russischen Geschichte. An diesem Tag wurde das Dekret des Rates der Volkskommissare über die Gründung der Hauptverwaltung für Literatur und Verlagswesen (GLAVLIT) verabschiedet. Die bolschewistische Regierung 'vergaß' ihre Versprechen, die sie beim Anbruch der Revolution gegeben hatte und stellte die Institution der totalen Vorzensur in vollem Umfang wieder her, und zwar in Form der härtesten Zensurvorschriften, die es je gegeben hatte. Der GLAVLIT existierte fast siebzig Jahre.<sup>168</sup>

Die Vorzensur prüft also ein Werk bevor es veröffentlicht wird, d.h. ein Text wird in Manuskriptform übergeben und vom Zensor auf seine Konkordanz und hinsichtlich bestehender Gesetze und Normen begutachtet. Dies führt entweder zum Verbot oder zur

---

<sup>165</sup> Vgl.: Bljum, Arlem V.: Zensur in der UdSSR. Hinter den Kulissen des „Wahrheitsministeriums“. 1917-1929. Bochum: projekt Verlag 1999, S. I

<sup>166</sup> ebd. S. I

<sup>167</sup> Vgl.: ebd. S. I

<sup>168</sup> ebd. S. 89

Beanstandung einzelner Textpassagen, die jetzt vom Prüfer gestrichen oder vom Schriftsteller geändert werden können. Bei der Nachzensur findet die Durchsicht nach der Veröffentlichung, z. B. in Folge einer Anzeige, statt. Gleichfalls kann es hier zum völligen Verbot oder auch zur Beschlagnahme der Auflage kommen, und des Weiteren können Maßnahmen gegen den Verlag oder Schriftsteller verhängt werden. Im Fall der Rezension beziehen sich die Prüfungen auf weitere Auflagen. Daneben geht die Präventivzensur generell von einem Erlaubnisverbot aus, daher wird ein Werk notwendigerweise vor der Veröffentlichung begutachtet. Die Prohibitivzensur duldet zwar die Veröffentlichung eines bereits erschienenen Werkes, allerdings behält sie sich ein prinzipielles Verbot vor.<sup>169</sup>

Der aufkeimende Buchmarkt macht die Gründung der GLAVLIT-Behörde notwendig. Liegt doch die Befürchtung, dass die Verlage aus der staatlichen Kontrolle ausbrechen könnten, klar ersichtlich auf der Hand.<sup>170</sup> Der Zensor P.I. Lebedev-Poljanaskij *meldete dem ZK der Partei, daß der GLAVLIT sich in seiner Tätigkeit nach dem Dekret des Rates der Volkskommissare vom 6. Juni 1922 richte.*<sup>171</sup> Das Zentralkomitee (ZK) gibt dem GLAVLIT nun folgende Anweisungen:

- a) Der für Belletristik, Kunst, Theater und Musik zuständige GLAVLIT liquidiert die gegen den sowjetischen Aufbau gerichtete Literatur.
- b) Ausgesprochen idealistisch ausgerichtete Literatur zu Fragen der Philosophie und Soziologie wird verboten.
- c) Nichtmaterialistisch ausgerichtete naturwissenschaftliche Literatur wird untersagt.
- d) Kinder- und Jugendbücher sind nur dann zur Veröffentlichung freigegeben, wenn sie zur kommunistischen Erziehung beitragen.
- e) Auf religiösem Gebiet wird nur liturgische Literatur – etwa Meßbücher – zum Druck genehmigt.<sup>172</sup>

Der GLAVLIT erhält die Anweisung zur Überprüfung der Druckerzeugnisse.

Seit 1923 wurde jedes Druckerzeugnis – sei es ein Buch, eine Zeitschrift, eine Zeitung oder andere Veröffentlichung – von der Politikontrolle der GPU [...] aufmerksam geprüft, um mögliche „Mißgriffe“, die die Vorzensur übersehen hatte, auszumerzen. In diesem Falle wurden sofort Maßnahmen ergriffen, „Konsequenzen“ gezogen, die im besten Fall für den Zensor mit einer Rüge oder Entlassung endeten, natürlich nur, wenn kein Fall von „böswilliger Absicht“, oder noch schlimmer, „ein Anschlag des Klassenfeindes“, vorlag.<sup>173</sup>

Am 9. Februar 1923 beschließt der Rat der Volkskommissare, dass der GLAVREPERTKOM beziehungsweise der GRK in den GLAVLIT eingegliedert wird, und nun die Aufgabe hat,

---

<sup>169</sup> Vgl.: Plachta, Bodo: Zensur. Stuttgart: Philipp Reclam jun. GmbH & Co 2006, S. 21-22

<sup>170</sup> Vgl.: Bljum, A. V.: Zensur in der UdSSR. Hinter den Kulissen des „Wahrheitsministeriums“. 1917-1929, 1999, S. 89

<sup>171</sup> ebd. S. 93

<sup>172</sup> zitiert aus: Bljum, Arlen, V.: Zensur in der UdSSR. Hinter den Kulissen des „Wahrheitsministeriums“. 1919-1929, 1999, S. 93

<sup>173</sup> ebd. S. 116



alle Repertoire und Schauspielvorstellungen zu kontrollieren.<sup>174</sup> So beschreibt der Bühnensensor Osaf Litovskij die vorherrschende Situation:

Die sowjetische Kontrolle konnte ihre Tätigkeit nicht auf Genehmigung und Verbote beschränken – sie mußte zum innersten Kern des kreativen Bühnenprozesses vorstoßen. Eine solche Zensur hatte es in der ganzen Weltgeschichtsschreibung des Theaters noch nie gegeben.<sup>175</sup>

Die darstellende Kunst, beziehungsweise Künste benötigen wegen ihrer gefühlsbetonten, sowie ideologischen Auswirkung auf den Zuseher eine ganz spezielle Kontrolle. Überwacht wird jetzt die Darbietung der Schauspieler, Regie und das Repertoire selbst.<sup>176</sup> Nicht nur der GLAVREPERTKOM sondern auch die uneingeschränkte Geheimpolizei (GPU) beschäftigt sich mit dem Spielplan. Die Vollendung der Kontrollpyramide gipfelt in der ideologischen Abteilung des Zentralkomitees.<sup>177</sup> Als Glanzstück *bürokratischer Erfindungsgabe*<sup>178</sup> gilt das dreibändige GLAVREPERTKOM-Register. Hier werden Bühnenstücke entweder mit dem Buchstaben A (d.h. das Stück darf allorts aufgeführt werden) oder B (es darf nur in Arbeiterbezirken aufgeführt werden) gekennzeichnet.<sup>179</sup> Die allgemeine Bezeichnung für diesen Vorgang ist *Literierung*<sup>180</sup>.

Lit. A: Ein Bühnenwerk, das sowohl ideologisch als auch formal von uns akzeptiert wird, von bedeutendem Wert ist und darum vom GRK überall zur Aufführung empfohlen wird; Lit. B: Ein ideologisch absolut akzeptables Werk; Lit. C: Ein in ideologischer Hinsicht unzulängliches Werk, das aber immerhin nicht so mangelhaft ist, daß es verboten werden müßte. Für die örtlichen Kontrollorgane ist Lit. C als eine Art Signal für eine aufmerksame und vorsichtige Haltung dem fraglichen Stück aufzufassen [...] Es ist gerade einigermaßen tragbar, und deshalb ist die Inszenierung nur dann zulässig, wenn die soziale Vertretbarkeit des Stückes verstärkt und im Vergleich zum Text nicht vermindert wird [...] Im Zusammenhang damit werden die Kontrollorgane verpflichtet, im voraus Einsicht in den Regieplan zu fordern und sich die erste Aufführung zeigen zu lassen.<sup>181</sup>

Lit. D wirkt skurril. Die Bühnenstücke sind zwar *ideologisch vertretbar*<sup>182</sup> jedoch *primitiv*<sup>183</sup> und somit in Arbeiterbezirken und Revolutionsfeiern aufzuführen. Der erste Band des Spielplan- oder Repertoireregisters enthält über tausend Theaterstücke, die mit der entsprechenden Benennung A, B, C, D oder gleich mit der Notiz „verboten“ gekennzeichnet sind. Zum Beispiel werden Michail Bulgakows Werke: *Sojkas Wohnung*, *Die Tage der*

---

<sup>174</sup> Vgl.: ebd. S. 95

<sup>175</sup> zitiert aus: ebd. S. 170

<sup>176</sup> Vgl.: ebd. S. 171

<sup>177</sup> Vgl.: ebd. S. 173

<sup>178</sup> ebd. S. 174

<sup>179</sup> Vgl.: ebd. S. 174

<sup>180</sup> ebd. S. 175

<sup>181</sup> zitiert aus: ebd. S. 175

<sup>182</sup> ebd. S. 175

<sup>183</sup> ebd. S. 175

*Geschwister Turbin*, *Die Flucht*, und *Die Purpurinsel* verboten. Solche Beschlüsse konnten natürlich geändert werden, wie im Fall Bulgakows mit dem Stück *Die Tage der Geschwister Turbin*. Stalin selbst erlaubt die Aufführung im Moskauer Künstlertheater. Ganz generell werden seine Bühnenstücke von der GLAVLIT geprüft. 1926 unterzeichnet der Leiter der GLAVLIT Lebedev-Poljanskij folgendes Geheimrundsreiben, indem angeordnet wird, dass<sup>184</sup>

Bulgakows Stücke *Die weiße Garde* (*Die Tage der Geschwister Turbin*) und *Sojkas Wohnung* nur in bestimmter Interpretation innerhalb Moskaus erlaubt sind. Aufführungen in der Provinz sind kategorisch verboten.<sup>185</sup>

Fedor Raskol'nikov, der Leiter des GRK, spricht sich gegen die Aufführungen von Bulgakows Werken aus, die im Vachtangov-Theater aufgeführt werden sollen. Im März 1928 verfasst er die *Prinzipien der Tätigkeiten seiner Organisation*<sup>186</sup>:

Das Repertoirehauptkomitee ist ein Organ, das die Kunstpolitik unserer Partei verwirklicht. Selbstverständlich müssen wir solchen Bühnenstücken den Vorrang einräumen, die gegenwartsnah sind und den revolutionären Alltag spiegeln. Freilich werden wir uns noch lange Zeit an das klassische Repertoire halten müssen, um das Bildungsniveau des Zuschauers und die Qualifikation der Bühnenautoren zu erhöhen. Gegen ungesunde Tendenzen, die den Geschmack der breiten Zuschauermasse verderben und eine falsche Einstellung in der Theaterarbeit ergeben, wie Inszenierung nach Art von Zojkina kvartira [*Sojkas Wohnung*] muß ein rigoroser Kampf geführt werden.<sup>187</sup>

Bei der Konferenz der Inspektoren des *LenOBLLIT*<sup>188</sup> (Bühnenkunstpolitik und Leitungsorgane) gerät der Name Bulgakow in den Bericht. Darin heißt es, dass seine Stücke *Sojkas Wohnung*, *Die Flucht* und *Die Tage der Geschwister Turbin* als Beispiele für die *Verschärfung des Klassenkampfes in der Kunst*<sup>189</sup> gelten.

Wir haben es [hier] mit einer Großoffensive der Rechten zu tun. Bulgakov, der Ideologe dieser Offensive, glorifiziert [sic! A.B] die weiße Bewegung. Bugakov ist der Ideologe der NÖP-Bourgeoisie.<sup>190</sup>

Im Jahr 1929 werden die Register überarbeitet und der zweite Band 1931 überrascht mit Verboten oder Absetzung der Theaterstücke kaum. Aus Lit. B. wird Lit. C und die Stücke, die im Jahr 1929 im Register mit Lit. C. gekennzeichnet werden, werden sämtlich verboten.<sup>191</sup>

---

<sup>184</sup> Vgl.: ebd. S. 175-176

<sup>185</sup> zitiert aus: ebd. S. 176

<sup>186</sup> ebd. S. 176

<sup>187</sup> zitiert aus: ebd. S. 177

<sup>188</sup> ebd. S. 177

<sup>189</sup> ebd. S. 177

<sup>190</sup> zitiert aus: ebd. S. 177

<sup>191</sup> Vgl.: ebd. S. 177

1926 bezeichnet Lebedev-Poljanskij Bulgakows Werke als *unverhüllte Konterrevolution*<sup>192</sup> und richtet eine dienstliche Mitteilung an das Zentralkomitee:

Bulgakows Erzählung 'Die verhängnisvollen Eier' (bei Nedra erschienen) ist höchst zweifelhaft. Derselbe Verlag bemühte sich auch um die Veröffentlichung von 'Aufzeichnungen auf den Manschetten' und 'Hundeherz' desselben Bulgakov, absolut konterrevolutionäre Werke, die GLAVLIT verboten hat.<sup>193</sup>

Schon in den zwanziger Jahren kommt die totalitäre und ideologische Gesinnung zur Literatur voll zur Geltung. Dem scharfen Blick der GLAVLIT mitsamt seinen Filialen entgehen keine Autoren, die offenkundig der Politik fern stehen, eben diese Haltung wird ihnen geradewegs zum Verhängnis.<sup>194</sup> So kann Bulgakow im Jahr 1930 im ersten Band der *Literaturnaja Enciklopedija*; Folgendes lesen:

Bulgakows ganze literarische Laufbahn ist die Karriere eines der sowjetischen Wirklichkeit gegenüber klassengemäß feindlich eingestellten Menschen. Bulgakov ist ein typischer Vertreter der 'inneren Emigration'.<sup>195</sup>

Michail Bulgakow ist unter Stalin und seinen Institutionen unbeschreiblichen Repressalien ausgeliefert. Seine Biographie gibt erschütternde Einblicke in das Zusammenspiel von Autor und den vorherrschenden politischen Machenschaften die den literarischen Prozess so nachhaltig geprägt haben.

### 3.2 Bulgakows Leben unter der Herrschaft Stalins

Michail Bulgakow wird am 15. Mai 1891 in Kiew geboren. Nach seinem Medizinstudium arbeitet er als Landarzt und zieht im Jahre 1921 nach Moskau, um sich ganz der Literatur zu widmen. Dies ist auch das Jahr, indem die Privatwirtschaft wieder eingeführt und ganz Russland von einer Inflation heimgesucht wird. Wohlstand gibt es nur unter den NÖP-Männern, hieraus ergibt sich die heikle finanzielle Lage, in der sich Bulgakow und seine damalige Frau Tassja befinden. Durch journalistische Arbeiten in den *Handels- und Industrienachrichten*<sup>196</sup> gibt es zumindest kurzzeitige Einnahmen. Die Zeitung meldet bald darauf den Konkurs an. Jetzt hält Bulgakow sich mit den verschiedensten Gelegenheitsjobs über Wasser, um sich bis spät nachts seinen Werken zu widmen. Anfänglich (von 1921-1925)

---

<sup>192</sup> ebd. S. 253

<sup>193</sup> zitiert aus: ebd. S. 253

<sup>194</sup> Vgl.: ebd. S. 258

<sup>195</sup> zitiert aus: ebd. S. 258

<sup>196</sup> Curtis, Julie: Manuskripte brennen nicht. Eine Biographie in Briefen und Tagebüchern. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag GmbH 1991, S. 43

schreibt er Prosa, um sich später von 1925-1929 mit Dramen zu befassen. Er unterschreibt einen Vertrag bei der in Berlin gegründeten Zeitung *Nakanune* (zu Deutsch *Am Vorabend*). Diese wird 1922 von Emigranten ins Leben gerufen, die wieder eine Verbindung zu der *Sowjetunion und der bolschewistischen Regierung*<sup>197</sup> aufnehmen wollen. Die Zeitung vertritt die Auffassung, dass die Bolschewiki als einzige in der Lage sind das Land zu regieren und ihre Machtposition unumstritten ist.<sup>198</sup> Bulgakow steht den Bolschewiki kritisch gegenüber, was er in dem Zeitungsartikel *Zukunftsperspektiven* aus dem Jahr 1919 zum Ausdruck bringt.<sup>199</sup> Am 26. Oktober 1923 schreibt er in sein Tagebuch

Die Literatur ist jetzt eine schwierige Angelegenheit. Mit meinen Ansichten [...] ist es schwer, zu veröffentlichen und überhaupt zu leben.[...] Man muß schon ein besonderer Held sein, um vier Jahre lang zu schweigen, zu schweigen, ohne jede Hoffnung, in Zukunft den Mund aufmachen zu dürfen.<sup>200</sup>

Im gleichen Jahr tritt er dem Allrussischen Schriftstellerverband bei, mit der folgenden Auflage:

Im Mittelpunkt seiner Ziele soll der Allrussische Schriftstellerverband den Zusammenhalt des Schriftstellerkollektivs in der Arbeit für Partei und Volk, im Kampf für den Aufbau des Kommunismus sehen. Die russischen Schriftsteller sollen zusammen mit ihren Kollegen aus anderen Völkern – und ihnen voran – die Fahne des sozialistischen Realismus hochhalten.<sup>201</sup>

Diese Mahnungen zeigen nur allzu deutlich, dass die Sorge um das Nationalkolorit und um das Eigenleben der russischen Literatur nur einen Vorwand bildet, um die politischen und zentralistischen Ziele der Regierung durchzusetzen. Zwischen 1922 und 1924 schreibt Bulgakow etwa 25 Prosatexte für *Nakanune*, und versucht schon zu dieser Zeit einen scherzhaften Einblick in die NÖP-Periode und die Entwicklungen in Moskau zu vermitteln. *Gudok* (zu Deutsch *Signalpfeife*) ist die Eisenbahnergewerkschaftszeitung, für die Bulgakow arbeitet, und stellt damit eine völlig andersartige Publikationsmöglichkeit dar. Bulgakow schreibt absurde kurze Briefe, welche angeblich von Lesern eingeschickt wurden, die sich nun über die Auswirkungen der NÖP oder über das Leben in den entlegensten Ecken des Hinterlandes auslassen.

---

<sup>197</sup> ebd. S. 44

<sup>198</sup> Vgl.: Figes, O.: Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland, 2007, S. 43-44

<sup>199</sup> Vgl.: Curtis, J.: Manuskripte brennen nicht. Eine Biographie in Briefen und Tagebüchern, 1991, S. 43-44

<sup>200</sup> ebd. S. 73-74

<sup>201</sup> [www.zeit.de/1958/51/Allrussischer-Schriftstellerverband](http://www.zeit.de/1958/51/Allrussischer-Schriftstellerverband)

zuletzt eingesehen am: 15. Mai 2011

Im Jahr 1922 kann Bulgakow in der literarischen Gesellschaft ernsthaft auf sich aufmerksam machen.<sup>202</sup> 1921 bis 1925 schreibt er *Notizen auf Manschetten*, *Die Diaboliade*, *Die verhängnisvollen Eier* und *Hundeherz*. Letzteres gilt als Satire auf den *neuen Menschen*<sup>203</sup>, den der Kommunismus hervorzubringen gedachte, und wird demzufolge erst 62 Jahre später in der Sowjetunion veröffentlicht. Ein Brief von Boris Leontjew aus dem Frühherbst des Jahres 1925 vom Verlag Nedra, Moskau, enthält folgende Nachricht für Bulgakow: *In den höheren Sphären zieht ein Gewitter auf anlässlich des Buches »Diaboliade«. Eine vorläufig undurchsichtige Attacke gegen uns. Das Buch wird demnächst beschlagnahmt.*<sup>204</sup> Gleichzeitig gilt die Erzählung *Hundeherz* als eine *ätzende Attacke auf unsere gegenwärtigen Verhältnisse und kommt auf keinen Fall für eine Veröffentlichung in Betracht....*<sup>205</sup> Generell führt Bulgakow endlose, allerdings meist vergebliche, Verhandlungen mit den Verlagen, um überhaupt veröffentlichen zu können. Ein Vorabdruck von *Die Weißen Garden* und *Diaboliade*, die fünf Erzählungen beinhaltet, erscheint im Verlagshaus Nedra. Damit glaubt Bulgakow sich als Schriftsteller etabliert zu haben. Er kann nicht ahnen, dass die Veröffentlichung zu den *Weißen Garden* abbricht und nie fortgesetzt werden wird. Die sowjetischen Behörden verbieten die Zeitschrift *Rossija*, in der *Die Weißen Garden* erschienen ist. Dies stellt die letzte Publikation dar, die er zu seinen Lebzeiten sieht.<sup>206</sup>

Bulgakow erhält im April 1925 eine Einladung von Boris Werschilow. Dieser ist Regisseur am Moskauer Künstlertheater und will eine Adaption des Romans *Die Weißen Garden* besprechen. Bulgakow fertigt daraus ein Theaterstück. Die gekürzte Version besteht aus vier Akten. Nach einer sechsmonatigen Probezeit findet im Juni 1926 die Generalprobe statt. Der GLAVREPERTKOM (Repertoire-Hauptkomitee) ist die sowjetische Zensurstelle für das Theaterwesen und greift erstmal tadelnd ein. Dies stellt den Auftakt einer langen Reihe von Interventionen dar, die in die Werke Bulgakows eingreifen.<sup>207</sup> *Die Weißen Garden* gilt als völlig inakzeptabel, da es eine Verteidigung der Weißen Armee darstellt. Bulgakow muss einschneidende Veränderungen vornehmen. Zuerst wird das Stück auf drei Akte gekürzt; der Schluss muss umgeschrieben werden und zwar so, dass der jüngste Turbin-Bruder sich den Bolschewiki annähert und am Ende des Stückes ertönt die Internationale. Der Titel muss auf *Die Tage der Turbins* geändert werden, und damit ist das provokative Wort „*Weiß*“

---

<sup>202</sup> Vgl.: ebd. S. 44-45

<sup>203</sup> ebd. S. 46

<sup>204</sup> ebd. S. 96

<sup>205</sup> ebd. S. 96

<sup>206</sup> Vgl.: ebd. S. 45-47

<sup>207</sup> Vgl.: ebd. S. 83-85

ausgelöscht.<sup>208</sup> Am 24. Juni 1926 schreibt Bulgakow von Moskau in einem Brief an den *Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare*<sup>209</sup>:

Am 7. Mai dieses Jahres führten Mitarbeiter der GPU bei mir eine Haussuchung[sic] durch (Durchsuchungsbefehl 2287, Aktenzeichen 45), in dessen[sic]Verlauf folgende Manuskripte beschlagnahmt und in das Durchsuchungsprotokoll eingetragen wurden, die für mich von sehr großem persönlichen Wert sind: die Novelle „Hundeherz“ in zwei Exemplaren und mein Tagebuch (3 Hefte). Ich bitte dringend um Rückgabe.<sup>210</sup>

Ohne Zweifel hat ihn das Eindringen der Geheimpolizei (GPU ist die Nachfolgeorganisation der WTCHK (siehe Anhang) seit 1922)<sup>211</sup> in sein Privatleben zutiefst erschüttert, da seine Tagebücher sicherlich einen entlarvenden Inhalt boten und ist seine literarische Position im Hinblick der Behörden gefährdeten. Bulgakows Erzählungssammlung *Diaboliade* wird im Sommer 1925 beschlagnahmt, um dafür im darauffolgenden Jahr, April 1926, eine Neuauflage zu genehmigen. *Hundeherz* wird nicht zur Veröffentlichung zugelassen.<sup>212</sup>

Am 5. Oktober 1926 wird *Die Tage der Turbins* im Moskauer Künstlertheater uraufgeführt. Trotz zahlreicher Textveränderungen ist es ein großartiger Publikumserfolg in Bulgakows Sinne. Die Kritiker sehen in dem Stück eine reaktionäre Idee, da die Weißen nicht als blutrünstige Unterdrücker dargestellt werden. Die parteigetreuen Literaturkritiker überschütten Bulgakow mit Rezensionen, die ihn als ideologischen Abweichler zeichnen. Die Kluft zwischen Popularität und Schmähungen seiner Kritiker beziehungsweise Gegner formen Bulgakows Position. Das Stück wird ausschließlich nur für das Moskauer Künstlertheater zugelassen, das heisst es darf in keinem anderen sowjetischen Theater jemals aufgeführt werden, somit bleibt ihm eine sichere Einkommensquelle verwehrt.<sup>213</sup>

Die anhaltenden Pressekampagnen zeigen aber erst im Sommer 1928 ernsthafte Konsequenzen für Bulgakow. Im April 1928 wird das Theaterstück *Die Flucht* nicht für die Bühne zugelassen und das Repertoire-Hauptkomitee setzen *Die Tage der Turbins* sowie *Sojkas Wohnung* ab. Des Weiteren erhält Bulgakow die durchaus positive Nachricht, dass, nachdem das Repertoire-Hauptkomitee das Stück *Die Purpurinsel* eineinhalb Jahre lang geprüft hat, es nun doch freigegeben wird. Gleichfalls wird Anfang Oktober *Die Flucht* zugelassen, nur um im selben Atemzug wieder vom Spielplan gestrichen zu werden. Das

---

<sup>208</sup> Vgl.: ebd. S. 85

<sup>209</sup> ebd. S. 100

<sup>210</sup> ebd. S. 100-101

<sup>211</sup> Vgl.: Figes O.: *Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland*, 2007, S. 82

<sup>212</sup> Vgl.: Curtis, J.: *Manuskripte brennen nicht. Eine Biographie in Briefen und Tagebüchern*, 1991, S. 85-86

<sup>213</sup> Vgl.: ebd. S. 86-87

Stück *Die Purpurinsel* hat im Dezember, trotz schwerster Bedenken, die der Künstlerrat des Kammertheaters äußert, eine nicht für die Öffentlichkeit zugängliche Premiere. Die Erfolge die Bulgakow ab 1925 zu verbuchen hat, sind Anfang 1929 allesamt bedroht.<sup>214</sup>

Es ist Stalin selbst, der die Stücke Bulgakows aus der Öffentlichkeit ausschließt - der erste Auftakt einer ganzen Reihe von direkten Interventionen. Stalin erklärt in einem Brief, datiert auf den 2. Februar 1929, im Fall Bulgakow Folgendes: *In der Flucht manifestiert sich das Bestreben, Mitleid, wenn nicht gar Sympathie für eine bestimmte Gruppierung unter den verabscheuungswürdigsten anti-sowjetischen Emigranten heraufzubeschwören; [...]. Im selben Brief beschrieb Stalin Die Purpurinsel als Schund.*<sup>215</sup> Stalin hat allerdings augenscheinlich Gefallen an *Die Tage der Turbins* gefunden und dies ist vermutlich auch der einzige Grund, warum Bulgakow nicht verhaftet worden ist. Angesichts all der Schwierigkeiten, seine Stücke zu veröffentlichen oder zu inszenieren, beginnt er im Frühjahr 1929 mit seinem großen Roman *Der Meister und Margarita*, an dem er nun mit einigen Unterbrechungen bis zu seinem Tod arbeiten wird. Im Juli 1929 schreibt er einen Brief an die Mitglieder der sowjetischen Regierung, in dem Stalin, Kalinin, Swiderskij und Gorkij genannt werden. Darin schildert er seine durchaus verdrießliche Lage und die vergeblichen Versuche, seine Werke zu veröffentlichen beziehungsweise aufzuführen. Er bittet, auch im Namen seiner Frau um Ausweisung aus der Sowjetunion. Bulgakow wird niemals eine Antwort auf diesen Brief erhalten.<sup>216</sup>

Im Oktober 1929 beginnt er mit dem biographischen Stück über Jean-Baptiste Molière. Er verdichtet seine Materialien und zeichnet die widrigen Umstände nach, unter denen Molière arbeiten musste. Bulgakow hebt folgende zwei Schwierigkeiten hervor: erstens der Druck des öffentlichen Standpunktes und zweitens die Beziehung zwischen Herrscher und Schriftsteller. Die Spekulation über mögliche Analogien zur sowjetischen Gegenwart werden gründlich untersucht. Am 18. März 1930 erklärt ihm das Repertoire-Hauptkomitee, dass es keine Genehmigung für die Aufführung des Stückes gibt. Dies bietet ihm Anlass, seinen wichtigsten Brief am 28. März 1930 an die Regierung zu schreiben. Hier schildert Bulgakow die Pressedenunziationen, denen er ausgesetzt ist.<sup>217</sup>

Beim Sichten der Zeitungsausschnitte stellte ich fest, daß es innerhalb von zehn Jahren in der sowjetischen Presse 301 Besprechungen meiner Werke gegeben hat. 3 davon haben mich

---

<sup>214</sup> Vgl.: ebd. S. 89-90

<sup>215</sup> ebd. S. 90

<sup>216</sup> Vgl.: ebd. S. 91-92

<sup>217</sup> Vgl.: ebd. S. 93

gelobt, 298 – feindselig verrissen. [...] „Die Tage der Turbins“, Alexej Turbin, wurde in einem öffentlichen Gedicht als „HUNDESOHN“ bezeichnet und der Verfasser als „TOLLER ALTER HUND“. Man titulierte mich als eine „literarische PUTZFRAU“, die in der KOTZE von einem Dutzend Gäste Eßbares zusammensucht“. [...] MISCHKA Bulgakow [...] IST AUCH, WENN SIE DEN AUSDRUCK ENTSCULDIGEN WOLLEN; SO EIN SCHRIFTSTELLER; DER IM ALTEN KEHRRICHT WÜHLT...[...] Ich, als ein Mensch mit Manieren, MÖCHTE SO EINEM AM LIEBSTEN MIT DER WASCHSCHÜSSEL EINS ÜBERBRATEN! [...] Wir haben diesen Spießler Turbin genauso nötig, wie EIN KÖTER EINEN BH...[...] Man schrieb über Bulgakow, der sei geblieben, was er schon immer war, „eine NEOBOURGEOISE MISSGEBURT, die ihren giftigen, senilen Speichel auf die Arbeiterklasse und deren kommunistische[sic] Ideale spuckt“. („Komsomolskaja prawda“, 14. November 1926) [...] Der Kampf gegen die Zensur, wie auch immer sie beschaffen ist und unter welchem Regime auch immer sie existiert, ist für mich eine Pflicht des Schriftstellers, ebenso wie die Forderung nach Pressefreiheit. [...] JEDER SATIRIKER IN DER UDSSR VERÜBT EIN ATTENTAT AUF DAS SOWJETISCHE SYSTEM. [...] Heute bin ich vernichtet. [...] Ich bitte die sowjetische Regierung zu berücksichtigen, daß ich kein Politiker, sondern ein Schriftsteller bin, [...] ICH BITTE DIE REGIERUNG DER UDSSR, ANZUORDNEN, DASS ICH DAS TERRITORIUM DER SOWJETUNION IN BEGLEITUNG MEINER EHEFRAU LJUBOW JEWGENJEWNA BULGAKOWA UMGEHEND ZU VERLASSEN HABE.<sup>218</sup>

Im selben Brief betont Bulgakow, die Regierung müsse ihm eine Anstellung geben, solle er nicht vor Armut umkommen. Diesmal erhält Bulgakow eine Antwort und bekommt im Mai 1930 eine offizielle Anstellung am Moskauer Künstlertheater als assistierender Regisseur sowie am TRAM (Theater der jungen Arbeiter). 1930 stellt sich für Bulgakow als „glückliches“ Jahr heraus, einzig und allein seine finanziellen Sorgen überschatten dies. In den Sommermonaten 1931 beendet er *Adam und Eva, ein Science-Fiction-Drama über die Gefahren des Krieges*<sup>219</sup>. Das Stück ist ein Auftragsstück vom Leningrader Roten Theater. Im Herbst wird das Stück sowohl vom Roten Theater als auch vom Wachtangow Theater in Moskau abgelehnt.<sup>220</sup> Dieses völlige literarische Scheitern seit 1929 führt letztendlich dazu, dass Bulgakow sich intensiv mit seinem Roman *Der Meister und Margarita* auseinandersetzt; eine Fassung dieses Werkes hat er im Jahr 1928 verbrannt. Der Text, ursprünglich als Satire über die Moskauer Kulturszene angelegt, weist nun auch einen biographischen Hintergrund auf. Die vollständige Fassung stellt Bulgakow zwischen 1932-36 fertig. Durch den namenlosen Meister erhält das Werk eine autobiographische Dimension. Bulgakow zeichnet die Geschichte von Christus und Pontius Pilatus nach und Margarita trägt klar Jelena Sergejewnas (Bulgakows zweite Frau) Charaktereigenschaften. Ab 1. September 1933 schreibt Jelena im Auftrag Bulgakows Tagebuch. Diese Aufzeichnungen geben eine detaillierte Schilderung seiner Aktivitäten, seiner gesellschaftlichen Umgebung und seiner wachsenden Verzweiflung - zugleich zeichnet sie ein lebhaftes Bild von der elitären

---

<sup>218</sup> ebd. S. 125-132

<sup>219</sup> ebd. S. 139

<sup>220</sup> Vgl.: ebd. S. 138-139



Moskauer Kulturszene.<sup>221</sup> Parallel dazu steigt der Terror unter Stalins Herrschaft, der nach dem Mord an Kirow im Dezember 1934 zu völlig neuen Höhepunkten gelangt. Ein neuer Vorwand für weitere Verschärfungen, der Verfolgten (Regimegegner) wird damit begründet. Jelena spiegelt in ihren Aufzeichnungen die permanente Anspannung resultierender Beobachtungen von Regimeinformanten wider. Es ist eine Zeit der Verhaftungen, Deportation und Verbannungen. Die Todesstrafe gehört zum schrecklichen Alltag des Lebens.<sup>222</sup> Stalin spielt mit Vergnügen ein Katz-Maus-Spiel mit den führenden Persönlichkeiten der Kultur<sup>223</sup>, indes greift er auch in Karrieren ausgewählter Moskauer Intellektueller ein. Wenn Stalin will, haben Literaten Erfolg beim Publikum oder er sieht in ihnen Regimegegner. In Folge würde das Gefangenschaft und Tod bedeuten. So wird im Mai 1934 Ossip Mandelstam verhaftet und Stalin telefoniert mit Boris Pasternak, um ihm zu erläutern, dass der Fall Mandelstam erneut geprüft werde und sich die Sache in Wohlgefallen auflösen würde. Stalin toleriert offensichtlich einige der eigenwilligsten Künstler seiner Zeit, etwa Achmatova, Pasternak, Prokofjew, Schostakowitsch und Bulgakow, immer Grund vorausgesetzt, sie richten sich nicht persönlich gegen Stalin, wie Mandelstam das getan hat. Er akzeptiert ihre literarische Anwesenheit beziehungsweise ihre generelle Existenz, solange Stalins Macht unangetastet bleibt.<sup>224</sup>

Hinzu kommen im Jahr 1936 weitere anti-intellektuelle Hetzkampagnen. Attackiert werden Künstler, Literaten und Komponisten. Am 9. März 1936 kann Bulgakow einen weiteren Verriss in der Zeitung *Prawda* lesen. Das Theater setzt kurzerhand alle Stücke ab. Projekte wie *Puschkin* und *Iwan Wassiljewitsch* werden einfach fallengelassen. Von einer so schlimmen Niederlage soll sich Bulgakow nie wieder erholen.<sup>225</sup> Damit es trotzdem zu einer vermeintlichen Aufführung kommt, muss er die Stücke *Molière* und *Puschkin* verändern. Bulgakow, nun restlos desillusioniert, weigert sich einfach die Stücke durchzuführen, da nun alles von den Zensoren abgesegnet sein solle. Ein Beauftragter des Zentralkomitees sieht die Generalprobe zu *Iwan Wassiljewitsch*, worauf es auf der Stelle abgesetzt wird. Bulgakow kündigt die Stelle am Künstlertheater und trennt sich damit voller Zorn von Stanislawskij und Nemirowitch-Dantschenko, den Gründern des Künstlertheaters. Er unterschreibt einen Vertrag mit Bolschoj und muss jetzt ein Opernlibretto pro Jahr abliefern.<sup>226</sup> Das Jahr 1936

---

<sup>221</sup> Vgl.: ebd. S. 176-177

<sup>222</sup> Vgl.: ebd. S. 178

<sup>223</sup> ebd. S. 136

<sup>224</sup> Vgl.: ebd. S. 137

<sup>225</sup> Vgl.: ebd. S. 181-182

<sup>226</sup> Vgl.: ebd. S. 255-256

neigt sich dem Ende zu und Bulgakow erhält eine Nachricht von seinem Bruder Nikolaj aus Paris: Dort solle die Premiere von *Sojkas Wohnung* stattfinden. Eindringlich bittet Bulgakow seinen Bruder jede eingefügte Anspielung auf Stalin oder Lenin zu streichen.

Im Zeitraum vom Winter 1936 bis zum Frühjahr 1937 arbeitet er an dem Roman *Theaterroman*, der später in *Aufzeichnungen eines Toten* umbenannt wird und gelegentlich arbeitet er an *Der Meister und Margarita*. In *Aufzeichnungen eines Toten* parodiert er schonungslos die Eigentümlichkeiten eines Stanislawskij und Nemirowitsch-Dantschnko. Wie der Roman *Der Meister und Margarita*, darf der Roman *Aufzeichnungen eines Toten* die bulgakowsche Wohnung nicht verlassen. Demzufolge wissen nur wenige Zeitzeugen von dessen Existenz. Bulgakow hat diesen Theaterroman nie fertiggestellt.<sup>227</sup>

Die Jahre 1937/38 sind wohl die schwärzesten in der sowjetischen Geschichte. Etwa 1,3 Millionen Menschen werden wegen vermuteter Staatsverbrechen inhaftiert. In diesen beiden Jahren werden nach lückenhaften Statistiken mindestens 681. 692 Personen wegen anscheinenden Staatsverbrechen zum Tod durch Erschießen verurteilt, Grund vorausgesetzt, dass die NKWD-Zahlen glaubwürdig sind. Mehr als 140.000 Menschen kommen in Gulag-Arbeitslagern um, die Opferzahlen während des Transportes nicht mitgerechnet. Dies stellt die größte Hinrichtungswelle unter Stalins Herrschaft dar.<sup>228</sup> Als die Verhaftungswellen über die Intellektuellen hinweg rollen, kommen auch Regimebefürworter zu Schaden, wie Jelena Bulgakowa in ihren Tagebuchaufzeichnungen festhält. Auch Kritiker Ossaf Litowskij, der die literarische Laufbahn Bulgakows in eine *systematische Hetzjagd*<sup>229</sup> verwandelt hat, ist davon betroffen. In Ungnade fällt auch Platon Kerschenezew, der wiederholt versucht aus Bulgakow einen angepassten Autor zu machen. Dieser versucht mit seiner Arbeit fortzufahren und beschäftigt sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 bis Anfang 1938 intensiv mit *Der Meister und Margarita* und überarbeitet die Erstfassung noch einmal.<sup>230</sup> So schreibt Jelena Sergejewna in ihrem Tagebuch, datiert auf den 1. März 1938: *An eine Veröffentlichung ist natürlich nicht zu denken. Jetzt korrigiert Mischa ihn Nacht für Nacht im Eiltempo, er möchte ihn im März abschließen.*<sup>231</sup>

Im September 1938 wird Bulgakow vom Künstlertheater gefragt, ob er nicht ein Stück über Stalin schreiben wolle, anlässlich dessen 60. Geburtstags. Trotz zwiespältigen Gefühlen

---

<sup>227</sup> Vgl.: ebd. S. 257-258

<sup>228</sup> Vgl.: Figes, O.: Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland, 2007, S. 350

<sup>229</sup> Curtis, J.: Manuskripte brennen nicht. Eine Biographie in Briefen und Tagebüchern, 1991, S. 259

<sup>230</sup> Vgl.: ebd. S. 259- 260

<sup>231</sup> ebd. S. 301

nimmt er den Auftrag an. Bis in die späten achtziger Jahre wird das Stück weder erwähnt, noch darf es veröffentlicht werden. Er schreibt ein historisches Stück namens *Batum*, das von den Führerfähigkeiten Stalins zu Beginn seiner politischen Laufbahn handelt. Das Besondere an *Batum* ist, dass sich Bulgakow öffentlich Gedanken über den Tyrannen machen kann. Es ist kaum vorstellbar was passiert wäre, wenn das Stück jemals aufgeführt worden wäre. Nichtsdestotrotz geht Bulgakow daran zugrunde. Während einer Dienstreise nach Batum im August 1939 erhalten er und seine Frau die Nachricht, dass das Stück nicht aufgeführt werden solle. Die Reise wird sofort abgebrochen und sie kehren nach Moskau zurück. *Zunächst malte er sich aus, daß sie nunmehr ihrem Tod entgegenfuhren – eine nicht unbedingt absurde Annahme, wenn Stalin tatsächlich mit der Darstellung seiner eigenen Person unzufrieden sein sollte.*<sup>232</sup> Dem Ehepaar bleiben verheerende Folgen erspart. Bis zu seinem Tod arbeitet Bulgakow mit Hilfe seiner Frau am Roman *Der Meister und Margarita*. Sie können nicht wissen, dass es fast ein Vierteljahrhundert dauern wird, bis der große Roman veröffentlicht werden würde. Michail Bulgakow stirbt am 10. März 1940.<sup>233</sup>

Das nächste Kapitel setzt sich mit dem Roman *Der Meister und Margarita* auseinander. Hier sollen die einzelnen zensurierten Textstellen hervorgehoben werden, die es damals unmöglich machten, eine Veröffentlichung durchzusetzen. Zudem soll die Frage, wann und wie es letztendlich zur Publikation kommt, beantwortet werden.

### **3.3 Zensurmaßnahmen in *Der Meister und Margarita***

Ohne Zweifel ist der Roman *Der Meister und Margarita* eines der bedeutendsten Werke und mittlerweile wohl auch eines der bekanntesten von Michail Bulgakow. Den Schauplatz bildet das Moskau der 1930er Jahre. An einem Frühlingsabend diskutieren ein junger Lyriker namens Besdomny und der Vorsitzende einer Literaturgesellschaft namens Berlioz miteinander über die Nichtexistenz Christi. Ein Fremder mischt sich in die Diskussion ein und erzählt, dass er mit Kant gefrühstückt hätte und beim zweiten Verhör Jesu durch Pontius Pilatus zugegen gewesen sei. Beide Literaten staunen über diese Geschichten. Der Fremde stellt sich unter den Namen Voland vor, ein angeblicher Professor der schwarzen Magie. So eröffnet Voland, dass Berlioz noch am selben Abend durch Enthauptung sterben würde, was sich auch bewahrheitet. Der Teufel selbst stürzt Moskau, ein Ort der Korruption und

---

<sup>232</sup> ebd. S. 263

<sup>233</sup> Vgl.: ebd. S. 260-265

Heuchelei, in ein Chaos aus Hypnose, Spuk und Zerstörung. Verschont werden nur ein namenloser Meister, seine Margarita und ein Schriftsteller.<sup>234</sup>

Die zensurierten Stellen umfassen insgesamt rund 13 Prozent des Gesamttextes und enthalten über 100 gestrichene Stellen. Das zweite Buch ist nicht weniger betroffen als das erste Buch, außerdem ist die Moskau-Handlung strenger zensuriert worden als die Jerusalem-Handlung. Vor allem ist das Kapitel 15 des ersten Buches betroffen, hier haben die Zensoren nur mehr den Handlungsrahmen toleriert. Das heißt, dass das Verhör auf der Polizeistation sowie der anschließende Transport in die Nervenheilanstalt des Protagonisten Nikanor Iwanowitsch noch als zulässig betrachtet wird. Am Ende des Kapitels erhält Nikanor eine Beruhigungsspritze von einem Arzt, auch die Stelle gilt als unbedenklich. Anders jedoch verfahren die Zensoren mit Nikanors Traum, der gänzlich gestrichen wird.<sup>235</sup> Demnach die Seiten 202-213 in der Ausgabe der Sammlung Luchterhand 2005. Als Beispiel dient der folgende Auszug aus dem Roman:

»So, Nikanor Iwanowitsch, nun geben Sie uns bitte ein Beispiel«, sagte der junge Schauspieler herzlich, „und liefern Sie Ihre Devisen ab.“ [...] »Ich schwöre bei Gott, ich...« [...] »Wenn ich Sie richtig verstehe«, sagte der Conférencier, »wollten Sie bei Gott schwören, daß Sie keine Devisen besitzen?« [...] »So ist es, ich besitze keine«, antwortete Nikanor Iwanowitsch. »So«, versetzte der Schauspieler, »verzeihen Sie die unbescheidene Frage, aber wo kommen dann die vierhundert Dollar her, die in der Toilette der Wohnung gefunden wurden, deren einzige Bewohner Sie und Ihre Gattin sind?« [...] »Die wird wohl einer hingezaubert haben!« sagte jemand im dunklen Saal mit deutlicher Ironie. »So ist es, die hat einer hingezaubert«, antwortete Nikanor Iwanowitsch schüchtern, und man wußte nicht genau, ob er zum Schauspieler sprach oder in den dunklen Saal hinein, dann erläuterte er: »Der Böse war's, der karierte Dolmetscher hat sie mir untergejubelt.«<sup>236</sup>

Nikanor Iwanowitsch wird im Rahmen von inszenierten Schauprozessen (z. B. Duntschil, der gleichfalls Devisen abliefern soll, die er nicht besitzt) Zeuge vieler Angeklagter, die sich selbst beschuldigen. Das bezeugt die deutliche Nähe zu Stalins-Regime, dies betrifft vor allem die Jahre 1937/38, wo es zu unzähligen Schauprozessen kommt. Der Ursprung des Großen Terrors ist weder leicht zu erklären noch ist es begreifbar, warum er sich gerade auf jene zwei Jahre konzentriert. Fakt ist, dass es sich hierbei weder um ein unkontrolliertes oder gar zufälliges Ereignis handelt, vielmehr ist es eine von Stalin geplante, sowie eine durchdachte

---

<sup>234</sup> Vgl.: Bulgakow, Michail: Der Meister und Margarita. München: Sammlung Luchterhand 2005, siehe Klappentext

<sup>235</sup> Vgl.: Fieseler, Margret: Stilistische und motivische Untersuchungen zu Michail Bulgakows Romanen „Belaja gvarija“ und „Master i Margarita“. Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag 1982, S. 30

<sup>236</sup> Bulgakow, M.: Der Meister und Margarita, 2005, S. 204

Strategie des Massenmordes. „*Feinde*“ sind all jene, die in den Verdacht des Terrors oder der Spionage gerieten.<sup>237</sup>

In den beiden Jahren 1937 und 1938 wurde nach unvollständiger Statistik eine erschütternde Zahl von mindestens 681 692 Personen – wahrscheinlich viel mehr – wegen angeblicher „Staatsverbrechen“ erschossen (91 Prozent aller Todesurteile aufgrund politischer Verbrechen zwischen 1920 und 1940, wenn man den NKWD-Zahlen glauben darf). Die Zahl der Insassen von Gulag-Arbeitslagern und –kolonien wuchs im selben Zeitraum von 1196 369 auf 1881 570 (mindestens 140 000 Todesfälle in den Lagern selbst und eine unbekannte Zahl von Opfern während der Transporte nicht mitgerechnet). Auch in anderen Zeiten der Sowjetgeschichte war es zu Massenverhaftungen von „Feinden“ gekommen, doch nie zuvor hatte man so viele Inhaftierte ermordet. Mehr als die Hälfte der während des Großen Terrors Verhafteten wurde später erschossen – im Vergleich dazu betrug dieser Anteil im Jahr 1930, das mit 20 201 vollstreckten Todesurteilen die zweitgrößte Zahl an Hinrichtungen während der Stalinzeit aufwies, weniger als zehn Prozent. Auch während der „Entkulakisierungskampagne“ von 1929 bis 1932 war die Zahl der Verhaftungen sehr hoch (586 904) gewesen, doch nur sechs Prozent (35 689) der Inhaftierten wurden später erschossen.<sup>238</sup>

Im Jänner 1937 werden Karl Radek, Georgi Pjatakow, ein Volkskommissarstellvertreter für Schwerindustrie, sowie weitere fünfzehn Trotzki-Anhänger wegen Industriespionage und –sabotage schuldig gesprochen. Des Weiteren werden im April/März 1937 acht Militärbefehlshaber vom höchsten Rang, unter ihnen befinden sich: Marschall Tuchatschewski (stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung), General Jakir (Befehlshaber des Kiewer Militärbezirks) und General Uborewitsch (Befehlshaber des Weißrussischen Militärbezirkes), inhaftiert, gefoltert und wegen Spionage und Verrat verurteilt. Man vermutet, dass diese Männer von den Deutschen und Japanern entlohnt wurden. Am selben Tag sind sie durch ein Erschießungskommando exekutiert worden. Der letzte große Schauprozess findet im März 1938 statt. Hier werden Jagoda, Rykow und Bucharin und 13 weitere Funktionäre verurteilt und erschossen. Angeblich hätten sich diese Herren mit den Trotzkiisten sowie Sinowjewisten dazu verschworen, die Sowjetführer zu töten, unter Anweisung der faschistischen Mächte zu spionieren und die Wirtschaft zu sabotieren.<sup>239</sup> Demzufolge greift der Terror von der höchsten Parteiführung auf die Gesellschaft über. Viele Angehörige der Partei- und Intelligenzjakreisen verschwinden in diesen beiden Jahren. Gerade diese Verhaftungen wirken so willkürlich, dass der Eindruck erweckt wird, jeden Einzelnen könne das gleiche Schicksal ereilen. Die meisten Häftlinge wissen nicht, welchem angeblichen Verbrechen sie sich schuldig gemacht haben sollen.<sup>240</sup> Wladimir, ein realer Zeitzeuge, erinnert sich an die vorherrschende Atmosphäre:

---

<sup>237</sup> Vgl.: Figes, O.: Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland, 2007, S. 350

<sup>238</sup> ebd. S. 350-351

<sup>239</sup> Vgl.: ebd. S.: 355-356

<sup>240</sup> Vgl.: ebd. S. 360

In dem düsteren Gebäude waren mehr als 500 Wohnungen für hohe Parteiarbeiter, und Verhaftungen fanden regelmäßig statt. Da ich immer auf dem Hof und in den Korridoren spielte, beobachtete ich mehrere derartige Fälle. Abends, wenn es dunkel wurde, lag das Haus still und wie verlassen. Die Bewohner schienen sich versteckt zu haben, als rechneten sie mit einer Katastrophe. Plötzlich fuhren dann mehrere Autos in den Hof, Männer in Uniformen und Zivil sprangen heraus und schritten auf Hauseingängen zu – jeder kannte den Weg zu „seiner“ Adresse. Dann sah man, wie die Lichter in einigen Wohnungen aufleuchteten. Da ich wusste, wo er wohnte, konnte ich mir ausrechnen, wer gerade verhaftet wurde. Wenn alle Lichter in der Wohnung angingen, so fand dort eine Durchsuchung statt. In jenen Tagen erwarteten viele, verhaftet zu werden, doch keiner wusste, wann er an der Reihe war.<sup>241</sup>

Viele Bolschewisten treten dermaßen für ihre kommunistischen Überzeugungen ein, dass sie bereit waren Verbrechen zu gestehen, die sie nicht begangen haben, wenn, Grund vorausgesetzt, die Parteieinheit dies verlangte.

Aufgrund dieses eben geschilderten historischen Hintergrundes wirkt es verständlich warum gerade das Kapitel 15 aus *Der Meister und Margarita* derartigen Zensurmaßnahmen ausgesetzt ist.

Im Kapitel 28 des zweiten Buches gehen die Zensoren nicht weniger radikal vor: Gestrichen wird die gesamte Szene im Ausländerladen,<sup>242</sup> die die Seiten 431-437 umfasst. Ein kurzer Ausschnitt soll veranschaulichen, woran die Kritiker Anstoß nehmen. Die Akteure Korowjew und Behemoth gehen in einen Laden zur Feinkostabteilung und Folgendes passiert:

»Heiß heute«, sprach Korowjew die blutjunge rotwangige Verkäuferin an, erhielt jedoch keine Antwort; da erkundigte er sich: »Was kosten die Mandarinen?« »Dreißig Kopeken das Kilo«, antwortete die Verkäuferin. »Bißchen happig«, sagte Korowjew seufzend, »ach ...ach...« Er überlegte und lud dann seinen Begleiter ein: »Iß, Behemoth.« Der Dickwanst [...] fraß sie mitsamt der Schale und griff nach der zweiten. [...] Korowjew, beugte sich weit über den Ladentisch und zwinkerte der Verkäuferin zu, »wir sind heute nicht bei Devisen, aber was soll man da machen? Ich schwöre Ihnen, beim nächstenmal, spätestens am Montag, zahlen wir alles in bar! [...]« [...]»Er ist erschöpft vor Hunger und Durst, und ihm ist heiß! Nun, und da hat er sich eine armselige Mandarine genommen. Die kostet höchstens drei Kopeken. Und schon pfeifen sie wie die Nachtigallen im Frühlingwald, behelligen die Miliz, halten sie von ihren Pflichten ab. Aber er darf, der da!!« Korowjew wies auf den fliederblauen Ausländer, [...]»Wer ist das überhaupt? Na? Wo kommt er her? Wozu? Haben wir etwa Sehnsucht nach ihm gehabt? Haben wir ihn etwa eingeladen? Natürlich«, brüllte der ehemalige Kantor aus vollem Halse und verzog sarkastisch den Mund, »seht nur, er trägt einen fliederblauen Parademantel, und vom Lachs ist er schon ganz fett geworden, und mit Devisen ist er vollgestopft, aber unsereiner, aber unsereiner? Bitter ist das! Bitter, bitter!« [...]»<sup>243</sup>

Die Zensoren, sehen in der Textstelle eine regimekritische Äußerung. Durch die NÖP kommt es damals zu Wohlstand, aber das gilt nicht für jedermann. Die Privatwirtschaft wird wieder

---

<sup>241</sup> ebd. S. 361

<sup>242</sup> Vgl.: Fieseler, M.: Stilistische und motivische Untersuchungen zu Michail Bulgakows Romanen „Belaja gvarija“ und „Master i Margarita“, 1982, S. 30

<sup>243</sup> Bulgakow, M.: Der Meister und Margarita, 2005, S. 433-436

eingeführt und westlicher Einfluss ist erkennbar. Bolschewiki-Arbeiter, Parteimitglieder und Staatsfunktionäre können sich diese Güter leisten. Diejenigen die nicht zur Partei gehören, oder Bauern, „*Kulaken*“ beziehungsweise ehemalige Aristokraten sind, haben vom Wohlstand nichts. Sie können sich die Delikatessen oder andere Luxusgüter schlichtweg nicht leisten.

Des Weiteren wird das Kapitel 7<sup>244</sup>, vor allem die Schilderungen des mysteriösen Verschwindens der Hausbewohner, durch Kürzungen erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Die betroffenen Textstellen stehen in Analogie zu Stalins Massenverhaftungen in den späten zwanziger beziehungsweise frühen dreißiger Jahren sowie 1937/38, wo Stalins eiserne Herrschaft die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt und ein „*Sich-in-Sicherheit Wähnen*“ eine völlige Illusion darstellt. Folgende Textauszüge schildern das Verschwinden einiger Romanfiguren:

Genau vor zwei Jahren hatten unerklärliche Ereignisse eingesetzt: Menschen verschwanden spurlos aus der Wohnung. [...] Über die Verschwundenen und die verfluchte Wohnung liefen im Hause noch lange Legenden um, zum Beispiel in der Art, die dürre und fromme Anfissa hätte auf ihrer vertrockneten Brust ein Wildlederbeutelchen mit fünfundzwanzig großen Brillanten getragen, die Anna Franzewna gehörten. [...] dann zogen der nun verblichenen Berlioz mit seiner Gattin und Stjopa, ebenfalls nebst Gattin, ein. Ei ist ganz natürlich, daß auch bei ihnen, kaum hatten sie das verwunschene Quartier bezogen, etwas nicht mit rechten Dingen zugeht! Im Verlauf eines einzigen Monats verschwanden beide Ehefrauen.<sup>245</sup>

Im zweiten Buch birgt vor allem das Anfangskapitel mit der Nummer 19 eine aufsehenerregende Textstelle, nämlich Margaritas Traum. Im Traum sieht sie den Meister in der Verbannung.<sup>246</sup>

Im Traum hatte sie eine unbekannte Gegend gesehen, trostlos, trübselig, unter einem düsteren Frühlingshimmel. Sie hatte ihn gesehen, den zerzausten, dahineilenden grauen Himmel, in dem lautlos ein Krähenschwarm flog. Ein knorriges Brücklein, darunter ein trüber Frühlingsbach. Freudlose, armselige, halb kahle Bäume. Eine einsame Espe; weiter weg zwischen den Bäumen, hinter einer Art Zaun, ein kleines Blockhaus, eine Sommerküche vielleicht oder ein Badehäuschen oder sonstwas! Alles ringsum ist dermaßen tot und trostlos, daß man sich am liebsten an dieser Espe bei dem Brücklein aufhängen möchte. Kein Lüftchen weht, keine Wolke rührt sich, keine lebendige Seele ist zu sehen. Ein höllischer Platz für einen lebendigen Menschen! Und dann, stellen Sie sich vor, geht die Tür des Blockhäuschens auf, und er erscheint. Ziemlich weit entfernt, aber deutlich sichtbar. Zerlumpt, man erkennt nicht, womit er bekleidet ist. Die Haare verfilzt, unrasiert. Die Augen krank, gehetzt. Er winkt ihr, ruft. Fast erstickend in der toten Luft, läuft Margarita über die Blüten auf ihn zu und erwacht.<sup>247</sup>

---

<sup>244</sup> Vgl.: Fieseler, M.: Stilistische und motivische Untersuchungen zu Michail Bulgakows Romanen „*Belaja gvarija*“ und „*Master i Margarita*“, 1982, S. 30

<sup>245</sup> Bulgakow, M.: *Der Meister und Margarita*, 2005, S. 96-98

<sup>246</sup> Vgl.: Fieseler, M.: Stilistische und motivische Untersuchungen zu Michail Bulgakows Romanen „*Belaja gvarija*“ und „*Master i Margarita*“, 1982, S. 30

<sup>247</sup> Bulgakow, M.: *Der Meister und Margarita*, 2005, S. 276

Bulgakows Beschreibung dieser Gegend führt den Leser nach Norilsk. Im Jahr 1935 wird der NKWD (Volkskommissariat des Inneren) beauftragt, riesige Bauprojekte mit „Hilfe“ von Gulag-Häftlingen in den entferntesten Regionen Russlands, hier Norilsk, zu organisieren beziehungsweise aufzubauen. Norilsk ist bekannt für sein Nickel- beziehungsweise Kupfererz- und Platinvorkommen. Einen entscheidenden Nachteil hat die Gegend, sie ist faktisch nicht bewohnbar. Die Temperaturen sinken auf -45°C, Schneestürme und monatelang andauernde Dunkelheit bestimmen den Winter. Dagegen wird in den Sommermonaten der Boden zu einer Sumpflandschaft, überflutet von Mücken.<sup>248</sup> Anna Darwina, eine Zeitzeugin, ist 16 Jahre alt, als sie verhaftet und nach Norilsk geschickt wird. Sie erinnert sich:

Es war kalt, als wir aus dem Zug stiegen. Wir waren in Sandalen abgereist, doch hier lag bereits Schnee. Die Menschen waren sehr arm und mit Lumpen gekleidet. Trotzdem gaben sie uns Decken und Filztiefel. Sie dachten, wir seien Freiwillige. Man hatte ihnen gesagt, wir seien die Waisen von im Krieg gefallenen Soldaten. In Wirklichkeit jedoch hatte das Militär uns alle gefangen genommen und nach Norilsk geschickt, ohne dass wir eine Wahl gehabt hätten. Da Krieg herrschte, benötigte es uns alle, wie schwach wir auch sein mochten, als Arbeiter.<sup>249</sup>

Wenn man diese beiden Textstellen gegenüberstellt, wird einem bewusst, wie realitätsnah Bulgakow Verbannung, Leid, Armut, Elend und Trostlosigkeit beschreibt, und es kaum verwundert, warum die Zensoren Margaritas Traum streichen. Das letzte hier angeführte Beispiel findet sich im Jerusalem Kapitel mit der Nummer 25. So lautet es im Text: *Ich möchte mich um keinen Preis von Ihnen trennen. Mag man Sie auf andere Weise ehren.*<sup>250</sup> Diesen Ausschnitt können die Zensoren als eine Anspielung auf Stalins Persönlichkeitskult interpretiert und ihnen missfallen haben.

Wie schafft Bulgakows Werk, das derartigen Zensurmaßnahmen zum Opfer fiel, den Weg in die Öffentlichkeit? Ein gewisser Konstantin Simonow soll den Weg des großen Romans geebnet haben. Wer war er? Und wie konnte er die Zensurbehörden umgehen?

### 3.4 Der Weg zur Veröffentlichung von *Der Meister und Margarita*

Konstantin Simonow (1915-1979) ein sowjetischer Schriftsteller, Lyriker und Kriegsberichterstatter, fungiert seit Mitte der 1960er Jahre als Repräsentant der literarischen Elite. So wie Bulgakow ist auch er, allerdings erst Mitte der 1960er Jahre, Repressionen des Sowjetregimes ausgesetzt. Durch die Unterstützung seiner Frau wird er zu einem Förderer

<sup>248</sup> Vgl.: Figes, O.: Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland, 2007, S. 608

<sup>249</sup> ebd. S. 612

<sup>250</sup> Bulgakow, M.: Der Meister und Margarita, 2005, S. 382



und Privatsammler von sowjetischen Kunstwerken. Simonow bemüht sich, die Arbeiten von Schriftstellern und Malern zu fördern, die gerade unter der Ära Stalins Repressalien erdulden müssen oder generell zensuriert werden. Sein persönlicher Einsatz gilt der Veröffentlichung der Werke von Ossip Mandelstam, Wsewolod Iwanow und Kornej Tschukowski.

Michail Bulgakows Roman *Der Meister und Margarita* liegt seit seinem Tod im Jahr 1940 in einer Schublade versteckt. Jelena Bulgakowa überträgt Simonow im Jahr 1956 die Verwaltung des literarischen Nachlasses ihres Gatten. Dieser übergibt das Manuskript Shenja Laskina. Sie arbeitet damals für die Zeitschrift *Moskwa*. Simonow hegt berechtigte Zweifel daran, dass es Shenja Laskina gelingen wird, die Druckgenehmigung für den Roman zu erwirken, denn Zensur steht wieder in Großbuchstaben über alle literarische Werke geschrieben. Als der Chefredakteur von *Moskwa* Jewgeni Popowkin *Der Meister und Margarita* gelesen hat, gesteht er Shenja seine Angst, es zu drucken. Shenja solle es einem Außenredakteur weitergeben, der gute Beziehungen zur GLAVLIT, der für literarische Zensur zuständigen Behörde, habe. Mit Hilfe dieses Außenredakteurs, der gleichsam ein Zensor im Ruhestand ist, wird das Manuskript mit geringen Kürzungen freigegeben. Im November des Jahres 1966 wird *Der Meister und Margarita* von der Zeitschrift *Moskwa* als Fortsetzungsroman veröffentlicht. Die Novemberausgabe mit 150.000 Exemplaren ist binnen kürzester Zeit ausverkauft.<sup>251</sup>

Nicht wenige Kritiker halten den Roman *Der Meister und Margarita* für das beste sowjetische Werk des 20. Jahrhunderts. Eines seiner Leitmotive: „*Manuskripte brennen nicht*“.

---

<sup>251</sup> Vgl.: Figes, O.: Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland, 2007, S. 870-872

## 4. Die DDR-Geschichte von den Anfängen bis 1965

Die DDR wird am 7. Oktober 1949 gegründet. Kennzeichen dieses zweiten deutschen Staates sind: die Abhängigkeit von der Union der Sozialistischen Sowjetrepublik (UdSSR) mit ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Integration innerhalb des Ostblocks, sowie der uneingeschränkte Machtanspruch der „*Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*“ (SED), die auch bis zuletzt nicht müde wird, ein Trugbild von wachsendem Wohlstand und Fortschritt innerhalb und außerhalb der DDR zu kolportieren. Realität sind allerdings andauernde wirtschaftliche-, sowie Versorgungsprobleme, wie auch die Einschränkung der Freiheit des Soziallebens, der Medien und der Kultur mittels Vorschriften und Restriktionen. Erst bei genauer Betrachtung und Einbeziehung der Entstehungsgeschichte der DDR werden Wandlungen innerhalb ihres 40-jährigen Bestehens sichtbar.<sup>252</sup>

Die Veränderung des Parteiensystems zwischen 1945 und 1950, die Umformung der SED selbst, die Anpassung an den Stalinismus, der ständige Wechsel der Methoden in der politischen Praxis zwischen „hartem“ und „weichem“ Kurs – all dies belegt neben der Kontinuität auch Wandlungen der DDR. Insgesamt ist ein Prozeß von einem total von der Besatzung abhängigen Regime zum Juniorpartner der Sowjetunion, vom administrativ-diktatorisch stalinistischen System zur „sozialistischen“ Leistungs- und Konsumgesellschaft zu konstatieren, wobei die stalinistischen Grundstrukturen bis zuletzt existierten.<sup>253</sup>

Dabei ist festzuhalten, dass die Entwicklungsbedingungen der DDR auf zwei Hauptprobleme stoßen. Einerseits ist die DDR ein Teilstaat, dessen Staatsangehörige sich an der Bundesrepublik orientierten. Andererseits werden auf die DDR Herrschafts- und Gesellschaftsformen übertragen, die auf der Rückständigkeit der Sowjetunion und des Stalinismus basieren. Die DDR selbst stellt zu Beginn ein noch sozioökonomisches hochentwickeltes Gebiet dar. Widersprüche sowie Konflikte vielfältiger Art entspringen vor allem dieser Systemanpassung, welche die Bedingungen des Zusammenbruches gleichsam erschaffen. Die DDR kann aufgrund des hohen technischen Standards eine Industriegesellschaft errichten, dies jedoch erst, als die meisten Kriegsfolgen überwunden sind. Parallel werden jetzt die Leitungs- und Herrschaftsmethoden von der UdSSR auf den deutschen Teilstaat übertragen. Dies provoziert Widerspruch und verschärft Konflikte, da die gewählten Praktiken sich gegen den Willen der Bevölkerung richten und von der Besatzungsmacht erzwungen werden. Mit dem Sieg der Alliierten wird dem

---

<sup>252</sup> Vgl.: Weber, Hermann: Die DDR. 1945-1990. München: R. Oldenbourg Verlag, 4. Aufl., 2006, S. 3

<sup>253</sup> ebd. S. 3

nationalsozialistischen Regime ein Ende gesetzt - gleichzeitig wird, ohne es zu wissen, der Grundstein für eine Jahrzehnte andauernde Spaltung Deutschlands gelegt.<sup>254</sup>

#### 4.1 Ein Neubeginn

Nach Kriegsende ist der Wiederaufbau die dringlichste aller Aufgaben, nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die Besatzungsorgane, die natürlich noch weitgehendere Ziele verfolgen. Die UdSSR strebt gemeinsam mit den Westalliierten die Zerschlagung der deutschen Rüstungsindustrie, der Militärmacht sowie des Nationalsozialismus an. Hinzukommt, dass die Sowjetunion große Zerstörungen erlitten hat und nun umfassende Reparationen verlangt. In den laufenden Kriegsjahren hat die UdSSR ihre Deutschlandpolitik verändert. So schwankt Stalin zwischen Friedensverhandlungen für ein einheitliches Deutschland und Teilungsplänen, die bei den Konferenzen mit Großbritannien und den USA im November 1943 in Teheran sowie im Februar des Jahres 1945 in Jalta stattfinden. Es ist das erklärte Ziel, das russische System 1945 in Deutschland zu verankern, denn nur so können, laut Doktrin, der Militarismus und der Faschismus als Folgen des Kapitalismus bekämpft und zur Gänze zerstört werden. Trotzdem ist im Jahre 1945, aufgrund des aktuellen Interesses der UdSSR an Ressourcen für ihren Wiederaufbau, eine andere Politik vonnöten. Internationales Ansehen und die Ausdehnung ihres Machtbereichs erfordern vermehrt Diplomatie und die Verschleierung politischer Absichten.<sup>255</sup>

Nach den schweren Kriegsverlusten benötigte sie Ruhe für den Wiederaufbau, und dazu brauchte sie dringend Reparationen. Deshalb war sie bestrebt, jeden Anschein einer „kommunistischen“ Entwicklung oder einer Übertragung des Sowjetsystems in Osteuropa und erst recht im gemeinsam mit den Westalliierten besetzten Deutschland zu vermeiden. Weil sich die Sowjetunion Reparationen vor allem aus dem Westen Deutschlands, insbesondere dem Ruhrgebiet, erhoffte, mußte sie eine gesamtdeutsche Regelung favorisieren. Daher trat die Moskauer Führung nach der deutschen Kapitulation vom 8. Mai 1945 nachdrücklich für eine gesamtdeutsche Lösung ein. Zugleich leitete sie jedoch mit der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ in ihrer eigenen Besatzungszone Strukturreformen ein, die Grundlage für ein kommunistisches Herrschafts- und Gesellschaftssystem sein konnten, sei es nun für eine gesamtdeutsche Perspektive oder für eine „kleine“, auf die SBZ begrenzte Variante.<sup>256</sup>

Die jeweiligen Besatzungsmächte bestimmen nun über die von ihnen eingenommenen Gebiete in Deutschland, zumindest bis Anfang Juni 1945. Die Alliierten übernehmen am 5.

---

<sup>254</sup> Vgl.: ebd. S. 3-4

<sup>255</sup> Vgl.: ebd. S. 3-4

<sup>256</sup> ebd. S. 4

Juni mit der *Juni-Deklaration* die *oberste Regierungsgewalt in Deutschland*.<sup>257</sup> Das höchste Machtorgan errichtet der Kontrollrat der Alliierten, bestehend aus den jeweiligen Oberkommandierenden der einzelnen Besatzungstruppen. Allerdings können die Befehlshaber der einzelnen Zonen Gesetze erlassen und Befehle anordnen. Aufgrund dieser Ausgangssituation kommt es zu unterschiedlichen Entwicklungen zwischen den drei Westzonen und der Sowjetischen Besatzungszone.<sup>258</sup>

Schon vor der Kapitulation werden drei Gruppen deutscher emigrierter Kommunisten aus der UdSSR nach Berlin, Mecklenburg-Pommern und nach Sachsen eingeflogen. Unter der Führung von Walter Ulbricht, Gustav Sobottka und Anton Ackermann soll das sowjetische Militär beim Neuaufbau unterstützt werden. Anfangs gilt es, zunächst auf lokaler Ebene, neue Verwaltungen entstehen zu lassen. Noch bevor die Vereinigten Staaten und Großbritannien Anfang Juli und Frankreich am 12. August 1945 in Berlin einziehen, hat man in ihren Sektoren politisch für vollendete Tatsachen gesorgt.

Am 3. Mai 1945 begann die organisierte Tätigkeit: Jedes Mitglied der »Gruppe Ulbricht« bekam einen bestimmten Berliner Bezirk zugewiesen und erhielt von Ulbricht ausgehändigte Namenslisten (die in der DDR-Geschichtsschreibung nicht erwähnt werden), um sich aufgrund dieser Listen bestimmte Antifaschisten auszusuchen. Ulbricht erklärte, die Berliner Bezirksverwaltungen müßten »politisch richtig zusammengestellt« sein.<sup>259</sup>

Die Initiativgruppen, wie jene von Ulbricht achteten schon damals sehr genau darauf, wen sie in welcher Form und an welche Stelle setzten. So gab Ulbricht äußerst scharfe Direktiven zur Auflösung spontan entstandener antifaschistischer Komitees und Ausschüsse, die zwar sehr effizient die anstehenden Probleme angingen, sich jedoch seiner Kontrolle entzogen<sup>260</sup>: *Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben*.<sup>261</sup> Am 14. Mai 1945 setzt der russische Stadtkommandant Nikolai Erastowitsch Bersarin, mit dem parteilosen Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner an der Spitze, einen Magistrat für Groß-Berlin ein. Dies ist allerdings nur durch die gründliche Vorarbeit der Gruppe Ulbricht möglich. Von insgesamt 16 Mitgliedern erhalten neun Kommunisten eine Schlüsselposition. Auch in anderen Städten wird ein ähnliches Verfahren von der sowjetischen Besatzung vollzogen. Es

---

<sup>257</sup> ebd. S. 5

<sup>258</sup> Vgl.: ebd. S. 5

<sup>259</sup> Leonhard, Wolfgang: Das kurze Leben der DDR. Berichte und Kommentare aus vier Jahrzehnte. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, 1990, 23

<sup>260</sup> Vgl.: ebd. S. 22-25

<sup>261</sup> ebd. S. 24

ist das erste Mal, dass Kommunisten innerhalb Deutschlands führend in der Verwaltung tätig sind, und das obwohl oder gerade weil ihre Partei offiziell noch nicht zugelassen war.<sup>262</sup>

## 4.2 Die Zeit der SMAD

Nur kurz nachdem die Befehlshaber der alliierten Truppen im Auftrag ihrer Regierungen die oberste Gewalt in Deutschland übernehmen, wird am 9. Juni 1945 die SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) installiert. Ihr oberster Chef ist Marschall Georgi Konstantionowitsch Shukow. Die Besatzung übt die alleinige Macht aus, wodurch die SMAD für die Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) an Bedeutung gewinnt. Dieserart werden die Interessen der Sowjetunion als erstes durchgesetzt. Es gilt die Reparationen sicher zu stellen, da diese dringend für den Neuaufbau benötigt werden. Die SMAD lenkt aber auch Wirtschaft und Verwaltung, sowie Politik und Kultur in dieser Besatzungszone. Der UdSSR gelingt es nun, mit Hilfe der SMAD ihre Vorstellungen in die Realität umzusetzen, natürlich unter der Berücksichtigung der politischen Ansichten der Alliierten. Die SMAD hat ihren Sitz in Berlin-Karlshorst und gilt bis zu ihrer Auflösung im Oktober 1949 als oberste Instanz. Ihre Hauptaufgabe ist es, die politische, ökonomische, soziale und kulturpolitische Umwandlung der SBZ zu vollziehen und damit den Grundstein für die allerdings erst später folgende Eingliederung der DDR in den Ostblock zu legen.<sup>263</sup> Am 10. Juni 1945 erlaubt die SMAD mit dem Befehl Nummer 2 eine Parteienbildung. Diese dürfen allerdings nur unter der Aufsicht der SMAD und unter Berücksichtigung ihrer Instruktionen tätig sein. Es werden nur Parteien zugelassen, die den Begriffen antifaschistisch, demokratisch, sowie den Werten bürgerlicher Freiheiten entsprechen. Mit derartigen Zugeständnissen und Vorbehalten wird ein Parteiensystem, das einen pluralistischen Charakter enthält, gestattet. Dies überrascht nicht nur die deutschen Politiker, sondern auch die westlichen Alliierten. Dabei bleiben Begriffe wie beispielsweise „Demokratie“ sowjetideologisch auslegbar. Hinzu kommt, dass die SMAD in ihrem eigenen Besatzungsgebiet diese Form des Pluralismus jederzeit wieder ausschalten kann.<sup>264</sup>

Im Nachkriegsdeutschland wird die Kommunistische Partei Deutschland (KPD) als erste Partei gegründet. Die Kommunisten haben die Pflicht, aufgrund des Aufrufes ihres Zentralkomitees vom 11. Juni 1945, die Folgen der NS-Zeit, sowie die Rückkehr einer

---

<sup>262</sup> Vgl.: Weber, H.: Die DDR. 1945-1990, 2006. S. 5

<sup>263</sup> Vgl.: ebd. S. 4-5

<sup>264</sup> Vgl.: ebd. S. 6

Diktatur, die einen faschistischen Charakter aufweist, abzuwenden. Infolgedessen fordert die KPD die Säuberung vom Nationalsozialismus, die damit einhergehende Kooperation aller antifaschistischen Parteien und nicht zuletzt den Aufbau demokratischer Verwaltungen. Auch die *Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums*<sup>265</sup> sind erklärtes Ziel der Partei und sie bekennt sich gleichzeitig zum Marxismus-Leninismus, sowie zur Sowjetunion Stalins. Die Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) ist die zweite Partei, die von der SMAD zugelassen wird. Am 15. Juni 1945 erklärt der Zentral-Ausschuss (ZA), dass die Partei für *Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft*<sup>266</sup> stehe. Das Ziel für den Zentral-Ausschuss besteht darin, die deutsche Arbeiterbewegung organisatorisch zu vereinen und die SPD mit der KPD zusammenzuschließen. Im Juni desselben Jahres lehnt die SPD eine Vereinigung ab, da es erstmals optimalere Voraussetzungen für ihre Politik zu schaffen gilt. Dennoch erhofft die KPD-Führung, mit Hilfe der SMAD die Vorherrschaft der Parteiensysteme zu erringen. Am 19. Juni 1945 entsteht aus jeweils fünf Vertretern beider Parteiführungen ein gemeinsamer Arbeitsausschuß. Dies ermöglicht der KPD ihre Außenseiterposition zu verlassen. Die Christlich-Demokratische Union wird am 26. Juni 1945 gegründet und stellt somit die dritte Partei dar. Zu den Gründern zählen Personen aus dem früheren katholischen Zentrum, aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Partei und aus dem protestantisch-konservativen Lager. Die CDU verfolgt eine christliche, demokratische und soziale Politik, die Forderungen allerdings bleiben interpretationsfähig. Die CDU versteht sich als Sammelbewegung und bleibt daher für die SMAD nicht einschätzbar. Die Besatzungsmacht geht bisher von der Annahme aus, dass eine katholische Partei würde, die durch die überwiegend evangelische SBZ wohl kaum Massenwirksamkeit erlangen könnte. Die Gründung der CDU als Sammlungspartei untergräbt diese Kalkulation. Jetzt gilt es eine einheitliche bürgerliche Partei zu verhindern, indem die SMAD eine weitere Partei, in diesem Fall die Vierte, zulässt. Am 5. Juli 1945 wird die Liberal-Demokratische Partei (LDP) in Berlin gegründet. Die LPD fordert freie Wirtschaft, Erhaltung des Privateigentums, unabhängige Berufsbeamte und eine ebenfalls unabhängige Justiz. Bereits am 14. Juli desselben Jahres schließen sich die vier Parteien zusammen und bilden die *Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien*<sup>267</sup>, den Antifa-Block. Mit dem aus

---

<sup>265</sup> ebd. S. 6

<sup>266</sup> ebd. S. 7

<sup>267</sup> ebd. S. 7

Parteiführern bestehenden Ausschuss, soll eine gemeinsame Politik erarbeitet werden die sich folgenden Zielen verschreibt:

Säuberung Deutschlands von der NS-Ideologie, wirtschaftlicher Wiederaufbau, Herstellung eines demokratischen Rechtsstaates, Geistesfreiheit sowie Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung waren Kompromißformeln, auf die sich die Parteien trotz verschiedener Konzeptionen einigten.<sup>268</sup>

Parallel zur Parteienbildung werden auch Massenorganisationen von der SMAD zugelassen. Am 15. Juni 1945 etabliert sich ein Gewerkschaftsausschuss mit vorbereitender Funktion, dem neben einem kommunistischen- und sozialdemokratischen Gewerkschafter auch Vertreter der einstigen Hirsch-Dunckerschen sowie christlichen Gewerkschaften angehören. Neben der Zusammenfassung früherer Ziele soll gleichzeitig eine Einheitsgewerkschaft gebildet werden. Diese entsteht jetzt mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB). Es überrascht nicht, dass die Sozialdemokraten von den Kommunisten verdrängt werden, da diese sich der SMAD-Unterstützung sicher sein können und zugleich eine strenge Organisations- und Betriebsarbeit leisten.<sup>269</sup>

Schon am 4. Juli 1945 gründen Intellektuelle und Künstler den *Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands* <sup>270</sup>. Sowohl die Überwindung der nationalsozialistischen Ideologie als auch eine freiheitliche, demokratische sowie neue Weltanschauung werden angestrebt. Johannes R. Becher, ein kommunistischer Schriftsteller, wird ihr erster Präsident. Die SMAD erlaubt Ende Juli 1945 einheitliche Jugendausschüsse, die Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) wird vorbereitet. Die Kommunisten unter Erich Honecker wirken von Anbeginn mit. Bemerkenswert ist dabei, dass nur eine Organisation pro Zielgruppe zugelassen wird. Die dadurch entstehenden Monopolverbände sollen den gesellschaftlichen sowie politischen Pluralismus verhindern. Die Kommunisten besitzen in den Verbänden, von Beginn an überwiegenden beziehungsweise erheblichen Einfluss – der Vorstrukturierung bezüglich des politischen Systems steht somit nichts mehr im Wege. Dergestaltete Massenorganisationen dienen so zuerst als Hilfsorgane der KPD und später der SED.<sup>271</sup>

Das neu entstandene Parteiensystem der SBZ blieb zunächst freilich auf ganz Deutschland ausgerichtet, was sich in zweierlei Hinsicht zeigte. Einmal verstanden sich alle 1945 in Berlin

---

<sup>268</sup> ebd. S. 7

<sup>269</sup> Vgl.: ebd. S. 7

<sup>270</sup> ebd. S. 8

<sup>271</sup> Vgl.: ebd. S. 8

gegründeten Parteien als Organisation für ganz Deutschland. Zum anderen prägten die zuerst in der SBZ geschaffenen vier Parteien KPD, SPD, CDU und Liberale in den folgenden Jahren das Parteienspektrum in Ost und West. Doch während sich so in Westdeutschland (bei Zusammenschlüssen wie der CDU oder Ausschaltung der Rechten) das traditionelle Parteiensystem wieder etablierte, vollzog sich in der SBZ durch „Blockpolitik“ und gefördert von der SMAD eine Transformation, mit der die Kommunisten Vorteile und schließlich die Herrschaft erreichten.<sup>272</sup>

Die KPD gilt es jetzt zu disziplinieren und streng zu lenken. Die Partei soll grundsätzlich eine hierarchische Leitung haben, ganz im Sinne des *demokratischen Zentralismus*<sup>273</sup>. Ihr Spitzengremium wird das vierköpfige Sekretariat in Berlin, das die KPD im Reichsstab führt, jedoch vor allem in der SBZ bestimmt. Bereits am 8. Juli 1945 ist die Arbeitsverteilung fixiert. Parteivorsitzender ist Wilhelm Pieck und als solcher für die allgemeine Leitung, Frauenbelange, die Kasse und die Jugend zuständig. Für die Verantwortung über den Parteaufbau in den Bezirken und für Kaderfragen zuständig ist Franz Dahlem. Walter Ulbrichts Verantwortungsbereich ist die Verbindung zu den Parteibezirken und Besatzungsbehörden sowie jenen der Gewerkschaften und Wirtschaftsangelegenheiten. Anton Ackermann ist für Kultur, Verlage und Propaganda zuständig. Diese Führungspersonen betreiben eine systematische Kaderarbeit. Hinzukommt, dass diese aus Moskau zurückkommenden Funktionäre eine Schlüsselstellung innehaben. Sie kontrollieren den inneren Aufbau der Partei und geben so auch die politische Marschrichtung vor. Primär ist es die Aufgabe der KPD-Führung den Partei- und Staatsapparat aufzubauen. Dieser Führungskader – zu Beginn reine Handlanger der russischen Besatzungsinstanzen – übernimmt schließlich nach und nach deren Kompetenzen und Macht. Die Sowjetunion bestimmt in den Jahren 1945/46 über diese Struktur die Politik und festigt auch den Machtanspruch der KPD. Die SMAD bevorzugt die KPD beim Aufbau neuer Verwaltungen, wobei die sowjetische Deutschlandpolitik verwirklicht wird.<sup>274</sup>

Im Juli 1945 setzte die SMAD Landesverwaltungen für die Länder Sachsen, Thüringen und Mecklenburg sowie Provinzverwaltungen für die Provinzen Brandenburg und Sachsen-Anhalt (die 1947 ebenfalls in Länder umgewandelt wurden) ein. Am 1. Juli war die Rote Armee in den Westteilen Sachsens, Thüringens und Mecklenburgs eingerückt (u.a. in die Städte Leipzig, Halle, Erfurt und Schwerin), die bis dahin von den westlichen Alliierten besetzt waren. Damit lagen die Grenzen der DDR fest.<sup>275</sup>

Die SMAD errichtet im Juli 1945 deutsche Zentralverwaltungen, in denen die Kommunisten entscheidende Positionen erhalten. So sind die Präsidenten für Finanzen, Volksbildung,

---

<sup>272</sup> ebd. S. 8-9

<sup>273</sup> ebd. S. 9

<sup>274</sup> Vgl.: S. 8-9

<sup>275</sup> ebd. S. 10



Arbeit- und Sozialfürsorge, aber auch für Landwirtschaft KPD-Funktionäre. Allerdings sind die Zentralverwaltungen nur Hilfsorgane der Militäradministration, demzufolge können sie keine Verordnungen und Gesetze erlassen. Die Potsdamer Konferenz tagt vom 17. Juli bis 2. August 1945, anwesend sind Harry S. Truman, Josef Stalin und Winston Churchill. Am 2. August wird ein Abkommen veröffentlicht, in dem es heißt, dass man sich auf eine längere Besatzungszeit einstellt. Die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands und Abrüstung wird verkündet, auch wird die NSDAP verboten und schlussendlich soll das gemeinsame Ziel der Alliierten die Demokratisierung Deutschlands sein. Daher soll Deutschland eine Wiedergutmachung leisten und der Faschismus sowie der Militarismus zerstört werden. Obwohl die Besatzungsmächte unterschiedliche Gesellschaftsstrukturen und gleichermaßen unterschiedliche Ideologien vertreten, ist es nur logisch, dass man hier auf grundsätzliche Schwierigkeiten, sowohl bei der Auslegung, als auch bei der Anwendung des Potsdamer Abkommens stößt. Mittels personeller Neubesetzung vereinigt die SMAD innerhalb der SBZ den Verwaltungsaufbau auf allen Ebenen, wodurch die Beseitigung des restlichen Hitler-Regimes begründet wird. Die Nationalsozialisten werden nun aus dem beruflichen, politischen und öffentlichen Leben verbannt. Auf diese Weise gelingt der SMAD eine umfangreiche *Entnazifizierung*<sup>276</sup>, immerhin verlieren 520.000 Personen ihre Arbeitsstelle bis August 1947 – überwiegend die, die im Dienst der Öffentlichkeit stehen.

Über 10.000 Angehörige der SS, 2.000 der Gestapo und 4.300 „politische Führer“ der NSDAP wurden nach offiziellen Angaben angeklagt, insgesamt 12.807 verurteilt (darunter 118 zum Tode). Diesen radikalen Schnitt benutzte die SMAD, um nicht nur an den Schaltstellen in den Verwaltungen, sondern vor allem bei Polizei und Justiz deutsche Kommunisten einzusetzen.<sup>277</sup>

Erst 1950 löst die Geheimpolizei der Sowjetunion ihre Internierungslager auf. Dort werden ca. 150.000 Deutsche gefangen gehalten und 70.000 davon sollen ihr Leben verloren haben. Unter den Internierten befinden sich neben Nazi-Aktivisten, NS-Verbrecher, Mitläufer und Minderbelastete, eine Vielzahl willkürlich verhaftete und denunzierte Personen. Ab dem Jahr 1946 sind Demokraten, Sozialdemokraten und oppositionelle Kommunisten inhaftiert. Wer in die Fänge der *operativen Organe*<sup>278</sup> gerät, ist Verdächtigungen und rechtlosen Beschuldigungen ausgesetzt und wird dementsprechend verurteilt und/oder über einen unbestimmten Zeitraum verwahrt. Es gibt also keine Rechtsprechung mehr. Dementsprechend führt die Justizreform 1946 zu einer Veränderung der vorherrschenden Strukturen in der SBZ.

---

<sup>276</sup> ebd. S. 10

<sup>277</sup> ebd. S. 11

<sup>278</sup> ebd. S. 11

Infolge kommt es zum Personalwechsel und zu einer Zentralisierung. Mehr als 85 Prozent der Staatsanwälte und Richter sind ehemalige Mitglieder der NSDAP und werden nun durch Volksrichter ersetzt, die man kurzerhand ausgebildet hat. Die Kommunisten sichern sich so auch den Justizapparat.<sup>279</sup>

Durch den Krieg ist die Zerstörung der Industrie insgesamt geringer ausgefallen als anfänglich befürchtet. Allerdings hat das Transportwesen größere Schwierigkeiten. Zusätzliche Probleme erfolgen aus den wirtschaftlichen Missverhältnissen. Das Industriegebiet innerhalb der SBZ hat zuerst ein Viertel der Produktion erzeugt, jedoch fehlt es an einer Schwerindustrie und an Bodenschätzen. Die ohnehin schon recht ungünstige wirtschaftliche Lage wird durch Reparationsleistungen noch beträchtlich erschwert. Das bedeutet, dass die UdSSR von der laufenden Produktion die Wiedergutmachungsleistungen entnimmt. Die etwa 200 größten und wichtigsten Betriebe gehen als SAG (Sowjetische Aktiengesellschaft) in sowjetischen Besitz über, und machen immerhin 25 Prozent der SBZ-Produktion aus. Bis 1953 wird die DDR/SBZ-Wirtschaft mit 54 Millionen Mark beziehungsweise 14 Millionen Dollar zu laufenden Preisen belastet. Auf diese Weise muss das von den Sowjets besetzte Gebiet mehr an Kriegsentschädigung beitragen als Westdeutschland. Der Lebensstandard ist dementsprechend niedrig. Wie in allen Zonen sind die Lebensmittelrationen gering und die Versorgung ungenügend. Infolgedessen werden die Wirtschaftsmaßnahmen so ausgerichtet, dass das Überleben der Bürger gesichert ist. Die Produktionsverhältnisse und somit auch die Gesellschaftsstrukturen sollen nach den Vorstellungen der Politiker geändert werden. Im Jahr 1946 wird ein Staatssektor der Industrie geschaffen und zwei Jahre später die Planwirtschaft eingeführt. Im Oktober 1945 verfügt die SMAD mit den Befehlen Nummer 124 und 126 die Beschlagnahme des Gesamteigentums des deutschen Staates. Dies inkludiert neben Eigentum der NSDAP und der Wehrmacht auch jene Betriebe der Industrie, die anderen deutschen Verwaltungsorganen unterstehen, einschließlich der Banken. Bis ins Frühjahr 1948 gelangen so ca. 10.000 Unternehmen in Staatsbesitz. Diese Verstaatlichung, gemeinsam mit der bereits im Jahre 1945 vollzogenen Bodenreform ist die Grundlage der Staatswirtschaft nach sowjetischem Vorbild. Die Basis bildet jetzt die neue Wirtschaftsordnung mit staatlicher Planung und „volkseigenen“ Betrieben.<sup>280</sup>

---

<sup>279</sup> Vgl.: ebd. S. 5-11

<sup>280</sup> Vgl.: ebd. S. 12-14

Im April 1946 wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) gegründet. Das bedeutet einen tiefen Einschnitt in der SBZ-Entwicklung und das Parteiensystem.<sup>281</sup> Vor allem aus Furcht vor einem Sieg der SPD bei den für 1946 vorgesehenen Wahlen treibt die KPD die Einverleibung der SPD voran. Von Seiten der KPD wird der Eindruck geschürt, dass die SED eine gänzlich neue Partei sein wäre, die mit der alten nichts zu tun habe. In Wahrheit verändern sich zwar Bezeichnungen – anstelle des Politbüros gibt es nun ein Zentralsekretariat, anstelle des Zentralkomitees einen Parteivorstand und so wird die Abteilung *Agitation und Propaganda* zu einer für *Schulung und Werbung* – die eigentlichen Strukturen werden jedoch nicht angetastet. Versuchten Vertreter der KPD zu Beginn noch die Sozialdemokraten mit Zugeständnissen zu einer freiwilligen Vereinigung der beiden Parteien zu überreden, ist der SMAD schließlich jedes Mittel recht. So werden führende Sozialdemokraten gegeneinander ausgespielt, bestochen, diffamiert, über die Presse verleumdet. Es wird gedroht, verhaftet, bespitzelt gelogen und betrogen<sup>282</sup>. Scheint seit Juni/Juli 1945 durch die Bildung deutscher Parteien ein pluralistisches politisches System auch in der SBZ möglich zu sein, beweist die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED das Gegenteil. Der Machterhalt und die Machtsicherung sowjetischer Pfründe mittels der neuen SED treibt die Spaltung Deutschlands erneut voran. Die Verhandlungen zwischen Kurt Schumacher als Vertreter der westdeutschen Sozialdemokratie und der kommunistischen Einheitspartei der SBZ schaffen ein durchaus feindliches Klima in der Politik Deutschlands, weil Kurt Schumacher eine Zusammenarbeit und gleichwohl eine Vereinigung mit den Kommunisten und später der SED ablehnt.<sup>283</sup>

So galt nun der „besondere deutsche Weg zum Sozialismus“, der weithin als Distanzierung vom sowjetischen Modell verstanden wurde, als ideologische Grundlage der Partei. Hatte sich die KPD auf Lenin und Stalin berufen, so bezeichnete sich die SED bei ihrer Konstituierung als deutsche sozialistische Partei, die nur Marx und Engels als ideologische Leitfiguren akzeptierte.<sup>284</sup>

Dank der SPD-Einschmelzung in die SED versteht sich diese nun auch als Arbeiterpartei. Die SMAD setzt im Juni 1947 die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) ein. Diese soll jetzt die Wirtschaftsplanung ausbauen und die Tätigkeit der Zentralverwaltungen und der Länder koordinieren. Auf diese Weise besteht in der SBZ eine deutsch-zentrale Instanz. Im Februar 1948 erhält sie gesetzgeberische Vollmacht. Die DWK dient der Partei als Instrument ihrer

---

<sup>281</sup> Vgl. ebd. S. 15-16

<sup>282</sup> Vgl.: Leonhard, W.: Das kurze Leben der DDR. Berichte und Kommentare aus vier Jahrzehnten, 1990, S. 35-43

<sup>283</sup> Vgl.: Weber, H.: Die DDR. 1945-1990, 2006, S. 15-17

<sup>284</sup> ebd. S. 17

Machterweiterung. Auch die Bildung von DWK und Wirtschaftsrat kündigt die schrittweise vorstattengehende Spaltung Deutschlands bereits an. Für alle SED-Mitglieder wird das Bekenntnis zur *Kommunistischen Partei der Sowjetunion* (KPdSU) Stalins verpflichtend. Über die „Reinheit“ der Organisation wacht eine Kontroll- und Parteikommission. Mit der Ausschaltung der Sozialdemokraten, der Führungsübernahme der Partei durch die Kommunisten und der Einschwörung auf Stalin erweitert sie sogar die alte Tradition der KPD.<sup>285</sup>

Sie hatte damit zugleich die Voraussetzungen geschaffen, um als führende Staatspartei in einem System stalinistischen Typs in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens allein bestimmen zu können.<sup>286</sup>

Die Spannungen zwischen den Besatzungsmächten verschärfen sich mit dem Kalten Krieg derart rigoros, dass es letztendlich zum Bruch zwischen den westlichen Besatzungszonen und der östlichen kommt. Das Jahr 1947 ist das entscheidende Jahr für die Spaltung. In der Sowjetischen Besatzungszone setzt sich Walter Ulbricht mit den Kommunisten durch, die ihrerseits ihre Macht erweitern und ausbauen wollen. Auch aus diesem Grund fürchten sie eine einheitliche, gesamtdeutsche Entwicklung. Die Wiedervereinigung bleibt offiziell Ziel der deutschen Politik, ist jedoch lediglich Instrument und Inszenierung. Zu Beginn des Kalten Krieges sind die Westmächte kaum noch an einer deutschen Einheit interessiert, da sie eine politische Mitbestimmung der UdSSR beinhalten würde. Zuerst wird die Vereinigung der britischen und amerikanischen Besatzungszone vorangetrieben. Während die Westzonen noch enger zusammenwachsen, wodurch wiederum die Spaltung Deutschlands vertieft wird, forcieren die deutschen Kommunisten den Plan, die SBZ in eine Volksdemokratie umzuwandeln, ganz nach dem Muster der von der Sowjetunion beherrschten Staaten. Diese Entwicklung treibt die SED mit Hilfe der SMAD vor allem im Jahr 1948 voran. Das sowjetisch ökonomische Modell einer zentralen Planwirtschaft soll jetzt schrittweise von der SED eingeführt werden. Das bedeutet, dass die SBZ-Industrie nach einem Halbjahresplan arbeitet, und schon im Juni beschließt der Parteivorstand den ersten Zweijahresplan, der den Zeitraum 1949 bis 1950 umfasst. Walter Ulbricht legt die Grundlinie des Planes vor und sieht jetzt die Möglichkeit einer Planwirtschaft, da die *Schlüsselstellung der Wirtschaft nunmehr in den Händen des Volkes*<sup>287</sup> läge. Konkreter ausgedrückt: Alles ist verstaatlicht. Trotz aller Fortschritte bleibt die wirtschaftliche Lage schwierig. Um dem Schwarzhandel entgegen zu

---

<sup>285</sup> Vgl.: ebd. S.21

<sup>286</sup> ebd. S. 21

<sup>287</sup> ebd. S. 25

wirken und Arbeitsanreize zu schaffen, bildet die DWK im Oktober 1948 eine staatliche Handelsorganisation (HO). Die Bevölkerung kann nun neben den ohnehin rationierten Waren Lebensmittel und Konsumgüter zu überhöhten Preisen kaufen. Mit Anfang des Zweijahresplans 1949 beherrscht die SED nicht nur die Wirtschaft, sondern auch den Staat. Das Bildungswesen bleibt ab 1948 nicht vom Einfluss der SED verschont. Die Lehrer sollen bereits Schulkinder ideologisch indoktrinieren und des Weiteren sollen Arbeiter an Hochschulen studieren können. Im Jahr 1946 werden Vorstudienanstalten geschaffen und später auch Bauern- und Arbeiter-Fakultäten. Die Kunst kann sich jetzt noch ohne Einschränkung entwickeln. Das Hauptaugenmerk von Film, bildender Kunst und Literatur liegt in der Aufarbeitung des Nationalsozialismus und dem Krieg. Schon im Jahr 1949 kommt es allerdings zum Richtungswechsel. Die Kommunisten sind im Besitz der Massenkommunikationsmittel und entscheiden nun über das Verlagswesen und den Rundfunk sowie die Presse, da die SED-Zeitung eine höhere Auflage erzielt. Infolge dessen bekommt sie erheblich mehr Papier zugeteilt. Auf diese Weise besitzt die SED fast das Meinungsmonopol, beziehungsweise kann sie zumindest die öffentliche Meinung maßgeblich beeinflussen. Die Sowjetunion ist demnach in Kultur, Bildung, Wirtschaft und Politik ein nachzuahmendes Vorbild. Hinzukommt, dass die Medien obschon von der SMAD abhängig jetzt auch noch von der SED kontrolliert werden.<sup>288</sup>

### 4.3 Der Beginn der DDR

Am 7. Oktober 1949 wird in Ost-Berlin ein *Deutscher Volksrat* als *Provisorische Volkskammer* errichtet und dieser nimmt die Verfassung an. Im SBZ-Gebiet entsteht damit die Deutsche Demokratische Republik (DDR).

Die Gründung der DDR bedeutete nach der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland (die mit den „Londoner Empfehlungen“ vom Juni 1948 eingeleitet, mit der Annahme des Grundgesetzes vom Mai 1949 vorbereitet, mit den Bundestagswahlen im August und der Regierungsbildung im September 1949 abgeschlossen worden war) die staatsrechtliche Spaltung Deutschlands. Freilich war die Schaffung der DDR keine „Antwort“ auf die Entstehung der Bundesrepublik; vielmehr hatte seit 1947 der Kalte Krieg zur schrittweisen Spaltung Deutschlands und zur Bildung zweier deutscher Staaten geführt.<sup>289</sup>

Am 11. Oktober 1949 wählt die *Provisorische Volkskammer* mit der Länderkammer den Kommunisten Wilhelm Pieck zum Präsidenten der DDR. Der ehemalige Sozialdemokrat Otto Grotewohl wird am 12. Oktober zum Ministerpräsident und Otto Nuschke (CDU), Walter

---

<sup>288</sup> Vgl.: ebd. S. 14-26

<sup>289</sup> ebd. S. 28

Ulbricht (SED) und Hermann Kastner (LDP) als seine Stellvertreter ernannt. Von den insgesamt 14 Fachministern gehören sechs der SED an, unter anderem der Volksbildungs-, der Innen- und der Justizminister. Ferner werden auch die wichtigsten Staatssekretariate von SED-Leuten besetzt. Die UdSSR sichert sich ihre Kompetenzen als Besatzungsmacht auch hinsichtlich der formalen Änderungen. So wird die SMAD durch die Sowjetische Kontrollkommission ersetzt. Im September 1949 sind die Mitglieder des SED-Politbüros Pieck, Grotewohl, Oelßner und Ulbricht für ca. zwei Wochen in Moskau. Dort berät man sich mit den Sowjetführern über die nächsten Schritte zur Staatsgründung. Die Politik Stalins soll ohne Kompromisse mit getragen werden, zumindest ist man sich (die SED-Spitze) in dem Punkt einig. Gleichzeitig erklärt die DDR-Führungsspitze, dass das Ziel die deutsche Einheit sei. Reell gesehen führt jetzt die Verschärfung des Kalten Krieges zur neuerlichen Spaltung Deutschlands. Schritt für Schritt lösen sich die wirtschaftlichen, politischen sowie kulturellen Verbindungen beider deutschen Staaten. Unter der Führung Walter Ulbrichts als Generalsekretär der SED, nimmt die DDR nicht nur das stalinistische Modell zum Vorbild, sondern kopiert dies auch weitgehend. Die ausübende Macht stellt die SED-Führung dar und zwar unter Kontrolle und im Auftrag Russlands. Die gewählte Methodik ist diktatorisch-bürokratisch.<sup>290</sup>

Nach 1949 entwickelt sich eine kommunistische Einparteiherrschaft (wie in Russland), wenn auch angepasst. Die Partei lenkt den Justizapparat, den Staat, die Wirtschaft sowie die Massenorganisationen. In der DDR-Gesellschaft herrscht weder politische- noch allgemeine Meinungsfreiheit. Da jede Form von Opposition verfolgt wird, besteht Rechtsunsicherheit, die im Falle bis zur Willkürherrschaft reicht. *Dieses auf die DDR übertragene stalinistische Regime beruhte auf einer verstaatlichten und zentralistisch geplanten und geleiteten Wirtschaft mit materieller Privilegierung der bürokratischen Oberschicht ohne ernsthafte Mitbestimmung der Arbeiter.*<sup>291</sup> Die Abhängigkeit von der UdSSR geht einher mit dem Personenkult um Josef Stalin. Er gilt in der DDR als *der große Lehrer der deutschen Arbeiterbewegung und beste Freund des deutschen Volkes.*<sup>292</sup>

Das oberste Gericht wird im Dezember 1949 eingesetzt, mit der Generalstaatsanwaltschaft wird auch die gesamte Gerichtsverfassung neu geordnet. Infolge wird die Justiz von der SED-Führung beherrscht und jetzt zu einem Werkzeug ihrer Diktatur. Die DDR-Gerichte sollen

---

<sup>290</sup> Vgl.: ebd. S. 28-30

<sup>291</sup> ebd. S. 30

<sup>292</sup> ebd. S. 30

allein im Jahr 1950 mehr als 78.000 Menschen wegen politischen Delikten verurteilt haben, 15 davon zum Tode. Während man das sowjetische System auf die DDR überträgt, spielen gerade zu diesem Zeitpunkt Terror und Druck eine außergewöhnliche Rolle. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wird auf Geheiß der Volkskammer am 8. Februar 1950 gebildet. Das MfS untersteht nur dem Politbüro der SED welches mit einem Netz aus Agenten jetzt das öffentliche Leben überwacht. Hinzu kommt, dass dieser Apparat jegliche Form von Opposition aufspürt, diese im Keim erstickt und zu guter Letzt ausschaltet.<sup>293</sup>

Die Einheit gilt für die SED als das wichtigste Prinzip: Jede Untergruppe einer Partei oder gar die Opposition wird schlichtweg nicht zugelassen. Die SED entwickelt sich zum politischen Kern der DDR aufgrund ihrer aufsteigenden Monopolstellung. Zusätzlich treten zwar oppositionelle Strömungen auf; um die Einheit zu sichern, kommt es jedoch zu unerbittlichen Säuberungen. In den Jahren 1950/51 kommt es zur Parteiüberprüfung, woraufhin 150.000 Mitglieder der SED ausgeschlossen werden. Die Säuberungen laufen analog zu Schauprozessen ab. *Solche Schauprozesse, die sich nur auf absurde Geständnisse der Angeklagten – ehemals führenden Kommunisten – stützten, hatte Stalin bereits 1936 bis 1938 gegen die Mitkämpfer Lenins veranstalten lassen.*<sup>294</sup> Die Parteiführung der SED will sich die Zentralisierung und die Einheit durch Repressalien beziehungsweise Einschüchterung sichern und als Ergänzung dazu auch noch die Funktionäre disziplinieren. Ab 1950 ist die SED im Parteiensystem dominierend, allerdings kommen den Blockparteien auch künftig gewisse Aufgaben zu. Es obliegt ihnen, die kommunistische Einparteienherrschaft zu verschleiern, eine pluralistische Demokratie vorzutäuschen und ferner die Vorstellungen der SED in andere Bevölkerungsgruppen zu verbreiten. Die Wichtigkeit dieser Erwähnung besteht darin, dass die Parteien bis und auch nach 1949 nicht aufgelöst werden und folglich das russische Modell nicht zur Gänze übertragen wird. Die SED hat eine neue Version kommunistischer Regierungsgewalt gefunden; das sozialistische Mehrparteiensystem. Die Blockpolitik fungiert nun als ein wesentliches Instrument. Im Jahr 1952 ist für die DDR und auch für die Sowjetunion die Voraussetzung für die Übernahme des russischen Modells geschaffen beziehungsweise diese als gegeben hinzunehmen.<sup>295</sup>

Auf dieser 2. Parteikonferenz verkündete Walter Ulbricht vor den 1.565 Delegierten im Juli 1952, das ZK der SED habe „beschlossen“, der Tagung vorzuschlagen, daß in der DDR „der Sozialismus planmäßig aufgebaut“ werde. Mit dieser Formulierung umschrieb die SED ihre wirtschaftlichen Pläne, ideologischen Positionen sowie beabsichtigte Veränderungen in Staat

---

<sup>293</sup> Vgl.: ebd. S. 31

<sup>294</sup> ebd. S. 34

<sup>295</sup> Vgl.: ebd. S. 26-36

und Gesellschaft, die eine noch stärkere Angleichung der DDR an das sowjetische Modell bringen sollten. Damit reduzierte die SED letztlich den Begriff Sozialismus auf das stalinistische System der UdSSR.<sup>296</sup>

Das wirtschaftliche Ziel heißt Fünfjahrplan von 1951 bis 1955. Hierbei soll die Industrieproduktion von 23 auf 45 Milliarden Mark gesteigert werden. Des Weiteren sollen das Volkseinkommen um 60 Prozent und die landwirtschaftlichen Erträge um 25 Prozent sowie die Arbeitsleistungsfähigkeit um immerhin 72 Prozent gesteigert werden. Hinzukommt, dass die volkseigenen Betriebe an Bedeutung gewinnen, da die UdSSR die SAG-Betriebe (Sowjetische Aktiengesellschaft) an die DDR-Wirtschaftsfront übergibt, was nun auch die Erzeugung von Stickstoff, synthetischem Kautschuk sowie den Uran-Erzbergbau, der bis dato allein unter sowjetischer Verfügungsgewalt stand, mit einschließt. Da sich die Wirtschaftsstrukturen nach sowjetischem Vorbild entwickeln, müssen nun auch die Leitungsmethoden diese Praktiken übernehmen. Das bringt natürlich wirtschaftliche Erfolge, aber auch neue Schwierigkeiten, denn die Arbeiter sind skeptisch gegenüber diesen Neuerungen. Vor allem bleibt der Lebensstandard, trotz Verbesserung der Arbeitslage und der Arbeitsproduktivitätssteigerung, niedrig. Nach wie vor gibt es Zucker, Fleisch und Fett in Rationen; viele Produkte sind Mangelware, deren Qualität minderwertig und zu all dem noch überteuert und für viele Menschen schlichtweg nicht leistbar. Die DDR versucht trotz Mangel an Rohstoffen und Betrieben eine Schwerindustrie aufzubauen. Zu kurz kommen Dienstleistungen und Konsumgüter. Die DDR versucht keineswegs moderne oder gar neue modernere Konzeptionen für Gesellschaft und Wirtschaft zu entwickeln. Alles in allem bleibt es bei gängigen Industrialisierungsformen und der Nachahmung des russischen Weges. *Insgesamt zeigte sich: „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR hieß nicht Umsetzung und Realisierung neuer Ideen, sondern Anpassung an das rückständige System des Stalinismus.*<sup>297</sup> Dies beinhaltet auch die Ideologieverbreitung und den Personenkult Josef Stalins, der immer mehr in den Vordergrund rückt. *Zugleich steigerte Ulbricht den Personenkult um Stalin in kaum noch zu überbietender Weise. Sein Schlußwort auf der 2. Parteikonferenz beendete er mit der Parole: „ Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt!“*<sup>298</sup> Bis ins Jahr 1953 hat die SED das Herrschaftssystem Russlands über weite Strecken auf die DDR übertragen. Um sich jetzt die Macht zu sichern sind der DDR folgende Apparate dienlich: der Staatsapparat mitsamt Verwaltung und Regierung, der Parteiapparat, das MfS, Justiz und Armee, andere Parteien und Massenorganisationen und zu guter Letzt die Medien. Die

---

<sup>296</sup> ebd. S. 36

<sup>297</sup> ebd. S. 39

<sup>298</sup> ebd. S. 39



Herrschaft versucht sich die SED mit drei ebenfalls von der Sowjetunion übernommenen Methoden zu sichern. Einerseits wird die Gegnerschaft mit Gewalt unterdrückt: Indem sich das Ministerium für Justiz und Staatssicherheit gegen jene Minderzahl von Leuten richtet, die ihrerseits das System aktiv verändern wollen. Hinzukommt, dass die Führung auf Neutralisierung setzt. Das bedeutet, dass jene Menschen ohne Parteizugehörigkeit, die also, die in den Augen der Staatsgewalt „*unpolitisch*“ sind, mittels kleinen Zugeständnissen des persönlichen Freiraums und steigendem Wohlstand von jeglicher Opposition abgehalten werden sollen. Ebenfalls gilt es durch Indoktrinieren vor allem die Jugend als Anhängerschaft zu gewinnen. Die politische Gesinnung der SED und ihre Dogmen sind dabei nur vordergründig Richtschnur des sozialen- und politischen Handelns. Dieserart instrumentalisiert dient Ideologie vor allem der Verschleierung sowie als politisch-generalisierte Rechtfertigung der Führungsebene.<sup>299</sup>

#### **4.4 Der Aufstand vom 17.Juni 1953 und die Strategie danach**

Die beschleunigte Übertragung der russischen Methoden im Jahr 1952 und zu Beginn des Jahres 1953 führen zu einer Krise. Erst viel später wird von der DDR- Geschichtsschreibung bestätigt, dass der Vorrang der Schwerindustrie, den die SED-Führung absolut setzt, ein Fehler gewesen ist. Die Lebenslage der Bevölkerung verschlimmert sich, gleichzeitig ist die Mangelwirtschaft von dauerhaftem Charakter. Da Zwangsmaßnahmen gegen Selbständige, Bauern und Intellektuelle geltend gemacht werden, verschlechtert sich die allgemeine Stimmung. Ebenso sind die gleichzeitig erfolgten Preissteigerungen einer besseren Laune nicht zuträglich.<sup>300</sup>

Am 5. März 1953 stirbt Josef Stalin und die DDR-Führung zeigt sich bestürzt. Allerdings nicht nur über seinen Tod, sondern vor allem über die neue Spitze der Sowjetunion (Georgi Malenkow, Lawrentija Berija und Wjatscheslaw Molotow), die jetzt eine Kursänderung in Form einer weniger rigiden, stalinistisch geprägten Strategie einfordert und somit einen Bruch mit der bisherigen DDR-Linie darstellt. So wird unter sowjetischem Druck am 9. Juni 1953 vom SED Politbüro ein Beschluss gefasst, der den *Neuen Kurs* einleiten soll. Dieser wird vom Ministerrat am 11. Juni konkretisiert und übernommen. Die Staats- und Parteiführung gesteht, einen Fehler begangen zu haben, und ist um Abhilfe bemüht. Die angewendeten Druckmittel

---

<sup>299</sup> Vgl.: ebd. S. 36-41

<sup>300</sup> Vgl.: ebd. S. 41

gegen gewisse Mitbürger werden als falsch dargelegt und Preiserhöhungen zurückgenommen. Generell soll sich die Lebenslage durch die Konsumgüterindustrie verbessern, die Rechtssicherheit sowie die Annäherung der beiden deutschen Staaten werden versprochen. Die Führung der DDR macht zwar Zugeständnisse, allerdings bleibt sie gegenüber der Arbeiterschicht hart. So kommt es, dass die erst im Mai erhöhte und nicht zurückgenommene Arbeitsnorm, Anlass für einen Streik der Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee bietet, der sich am 17. Juni zu „dem“ Arbeiteraufstand der Deutschen Demokratischen Republik ausweitete.<sup>301</sup>

DDR-Regierung und SED-Führung erwiesen sich als ohnmächtig, der sowjetische Stadtkommandant von Berlin, der den Ausnahmezustand verhängte, ließ Panzer auffahren, mit denen der Aufstand niedergeschlagen wurde. In der DDR gab es am 18. Juni noch Demonstrationen, [...] übernahmen Streikkomitees der Arbeiter zeitweise die Macht, Gefangene wurden befreit und Ziele des Aufstandes formuliert. Hatten die Demonstrationen mit wirtschaftlichen Forderungen begonnen, so bestimmten sofort politische Parolen den Aufstand, u. a. ertönte der Ruf nach freien Wahlen. Die Protestbewegung radikalisierte sich rasch. Die Zahl der Opfer lag nach neuen Informationen bei mindestens 50 Toten während der Demonstrationen. 40 Personen hat die Sowjetarmee standrechtlich erschossen. [...] Die meisten von ihnen wurden wegen Befehlsverweigerung erschossen.<sup>302</sup>

Als der Aufstand niedergeschlagen wird, erklärt das Zentralkomitee der SED, es handle sich um einen *faschistischen Putsch*<sup>303</sup>. Gleichwohl ist man selbstkritisch und verspricht ein Fortfahren des *Neuen Kurses* und weitere Verbesserungen. Trotz allem hat der Arbeiteraufstand weitgehende Auswirkungen: Er entlarvt die Lügen des DDR-Arbeiterstaats und der SED als Arbeiterpartei, und stellt somit ihren Herrschaftsanspruch und ihre gesamte Glaubwürdigkeit in Frage. Infolge bemüht sich die SED zwar um eine langsamere Umsetzung ihrer eigentlichen Ziele, jedoch müssen die Menschen nun erkennen, dass der Versuch, mittels Arbeiteraufstand eine Änderung des Systems zu bewirken, zumindest solange fehlschlägt, als das bestehende DDR-Regime von der UdSSR garantiert wird. Um die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern, wird nun die Erzeugung von Lebensmitteln und Konsumgütern auf Kosten der Produktion der Schwerindustrie gesteigert, was generelle Preissenkungen zur Folge hat. Hinzukommt, dass die Sowjetunion mit 1. Jänner 1954 auf alle Reparationen verzichtet und die Besatzungskosten auf 5 Prozent des DDR- Staatshaushaltes begrenzt. Trotz Verbesserung der Lebenssituation fliehen in den Jahren 1953 über 331.000, 1954 184.000 und 1955 allein 252.000 Menschen nach West-Berlin und in die Bundesrepublik. Nach wie vor bleibt die Parteiführung darum bemüht, das stalinistische

---

<sup>301</sup> Vgl.: ebd. S. 41-42

<sup>302</sup> ebd. S. 42

<sup>303</sup> ebd. S. 42

System in der DDR zu bewahren. Ab dem Jahr 1955 liegt das Augenmerk erneut auf der Schwerindustrie und damit endet auch der erste Fünfjahrplan mit 105 Prozent der Produktion. Der Lebensstandard der Bevölkerung steigt nicht in jenem Maße wie erhofft, beziehungsweise wie von der Politik versprochen. Die wirtschaftlichen Schwächen, die trotz Anstrengungen nicht bezwungen sind, vergrößern ihrerseits die Instabilität der DDR. Bereits zehn Jahre nach dem Krieg kann die SED ihre Macht mit Hilfe der UdSSR zwar festigen, jedoch misslingt ihr die Akzeptanz der eigenen Bevölkerung, die weiterhin die blindgläubige Übernahme der Diktatur Stalins und den Bürokratismus der SED ablehnt.<sup>304</sup>

Im Juli 1955 bringt die Genfer Gipfelkonferenz der vier Großmächte immerhin eine zwischenstaatliche Entspannung, jedoch keine Lösung der deutschen Frage. Nikita Sergejewitsch Chruschtschow und Nikolai Alexandrowitsch Bulganin, die sowjetischen Führer, machen in Ost-Berlin Halt und geben, erstmals die Parole von zwei getrennten Staaten aus. Gleichzeitig wird verdeutlicht, dass die UdSSR einer Wiedervereinigung Deutschlands nur dann zustimmt, wenn die *sozialistischen Errungenschaften*<sup>305</sup> gewahrt blieben. Diese – „Errungenschaften“ – sowie die *Zwei-Staaten-Theorie*<sup>306</sup> begraben für lange Zeit die Aussichten auf freie Wahlen in ganz Deutschland. Infolge dessen wird die DDR sowohl politisch als auch wirtschaftlich immer mehr in den Ostblock integriert. Trotz der weiterhin bestehenden Abhängigkeit von Moskau erfährt die DDR auf diese Weise eine Aufwertung; weg von einem Objekt der Ausbeutung innerhalb der Besatzungszone, hin zu einem Bündnispartner. Die UdSSR löst die Kommission in Ost-Berlin auf und darf nach wie vor den Verkehr der Alliierten nach West-Berlin kontrollieren, gleichwohl erkennt die Sowjetunion die Viermächtevereinbarung über Berlin an. Die Beschlüsse des Kontrollrats von 1945 bis 1948 verlieren an Gültigkeit, dennoch bleiben weiterhin Sowjettruppen in der DDR stationiert.<sup>307</sup>

#### **4.5 Ein frischer Wind aus Moskau**

Am XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 in der Sowjetunion distanziert sich Nikita S. Chruschtschow ganz eindeutig von Josef Stalin und richtet sich gegen seine terroristischen Herrschaftsmethoden. Infolgedessen kommt es zur *Entstalinisierung*, die sich als tiefer

---

<sup>304</sup> Vgl.: ebd. S. 36-46

<sup>305</sup> ebd. S. 47

<sup>306</sup> ebd. S. 47

<sup>307</sup> Vgl.: ebd. S 46-47

Einschnitt innerhalb des Kommunismus weltweit abbildet. Sie ist Angelegenheit aller kommunistischen Parteien, besonders aber für alle kommunistisch regierten Staaten. Auch die SED-Führung ist kurzzeitig verwirrt, Walter Ulbricht passt sich aber schnell der neuen Doktrin der KPdSU an.<sup>308</sup>

Entsprechend behauptete das Politbüro in einem Beitrag im „Neuen Deutschland“ vom 29. April 1956, in der SED habe es niemals einen Personenkult und keine Massenrepressalien gegeben, daher werde eine „rückwärtsgewandte Fehlerdiskussion“ nicht zugelassen. Die 28. ZK-Tagung im Juli 1956 rief zwar zur Überwindung des Dogmatismus in der ideologischen Arbeit auf, sie revidierte auch frühere Beschlüsse gegen den „Titoismus“, jedoch an ihrer Generallinie änderte die Partei nichts.<sup>309</sup>

In beiden Staaten ist die Rechtssicherheit ein Hauptproblem. So gesteht die SED ein, dass so manches Strafurteil im Strafausmaß zu hoch gewesen sei. Das Recht auf Gerichtsverteidigung soll erweitert und unter Aufsicht von Funktionären jetzt Gesetzesverletzungen bestraft werden. Im Juni 1956 begnadigt das Regime 11.000 Personen und lässt bis Oktober 1956 ca. 21.000 Gefangene frei. Nun versuchen überzeugte Stalin-Anhänger neue Wege. Gerade an den Universitäten kommt es zu Diskussionen. Robert Havemann und Ernst Bloch werden zu Oppositions-Leitfiguren des *dritten Weges*<sup>310</sup>. Sie verstehen sich jetzt als antistalinistisch, sind aber dem Kommunismus nicht feindlich gegenüber eingestellt; gleichzeitig richten sie sich gegen die Herrschaftssysteme der UdSSR und der DDR, sowie gegen den Kapitalismus. Die *marxistische* DDR-Schule hat natürlich SED-Anhänger hervorgebracht, die das System stützen, aber gleichzeitig auch *marxistische Rebellen*<sup>311</sup> herangezogen, die nun ihrerseits mit der SED streiten, jedoch mit Demokratisierung und Reformen einen *menschlichen Sozialismus*<sup>312</sup> anstreben.<sup>313</sup>

In der DDR waren die junge Generation und die Parteikader jahrelang an Wertvorstellungen orientiert worden, nach denen der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, der Einsatz für soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Emanzipation die Leitideen der Politik sein sollten. Den Alltag der DDR erfuhren sie völlig anders, statt einer Annäherung an die theoretischen Ideale herrschten Ausbeutung und Unterdrückung ebenso wie Lüge und Karrierismus. Gerade dieser Widerspruch zwischen Theorie und Praxis gab einer Minderheit der geschulten Kader Anlaß zum Revoltieren.<sup>314</sup>

Walter Ulbricht bemüht sich, die Entstalinisierung zu blockieren, was zur Folge hat, dass sich eine Opposition in der Parteiführung selbst bildet. Karl Schirdewan, der zweite Mann der

---

<sup>308</sup> Vgl.: ebd. S. 47-48

<sup>309</sup> ebd. S. 48

<sup>310</sup> ebd. S. 48

<sup>311</sup> ebd. S. 48

<sup>312</sup> ebd. S. 48

<sup>313</sup> Vgl.: ebd. S. 48

<sup>314</sup> ebd. S. 48-49

SED, der Chef des Staatssicherheitsdienstes, Ernst Wollweber, sowie der ZK-Sekretär Gerhart Ziller treten für Reformen der Politik ein und fordern sogar die Ablösung Ulbrichts. Fred Oelßner, der Parteiideologe des Politbüros, und Fritz Selbmann, der stellvertretende Regierungschef, unterstützen deren Ansinnen. Die im November 1957 tagende Weltkonferenz der Kommunisten gibt Ulbricht Gelegenheit, die unumstößliche alte Linie wieder zu etablieren. Bei der im folgenden Februar 1958 stattfindenden 35. Tagung des Zentralkomitees wird die *Schirdewan-Opposition* verurteilt und alle Beteiligten verlieren ihre Funktionen. Trotz aller oppositionellen Versuche bleibt die SED ganz in dem Führungsstil eines Stalins verankert. So gelingt es der SED-Spitze jede Opposition, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei, auszuschalten.<sup>315</sup>

#### 4.6 Ein - Wirtschaftsplan

Im März 1956 wird bei der 3. Parteikonferenz der SED ein zweiter Fünfjahrplan beschlossen. Die Industrieproduktion soll bis 1960 um mindestens 55 Prozent angehoben werden. Dieser zweite Fünfjahrplan gilt als *Beginn einer neuen industriellen Umwälzung auf der Basis der Ausnutzung von Kernenergie*<sup>316</sup>. Die Schwerindustrie soll ausgebaut und der technische Fortschritt weiterentwickelt werden. Hinzukommt, dass die Arbeiterlöhne erhöht und in gewissen Industriezweigen sogar eine 40-Stunden-Woche, sowie ein 7-Stunden-Arbeitstag eingeführt werden. Indessen verbessert sich der Lebensstandard der Menschen. Im Mai 1958 verschwinden selbst in der DDR die Lebensmittelkarten, was mit einem Preisanstieg verbunden ist. Im gleichen Jahr sinken die Flüchtlingszahlen und man erhält den Eindruck, als ob sich die Bevölkerung mit der Situation abfinden würde. Eine gewisse Regimestabilität ist nicht zu leugnen. Deshalb will man den Sozialismus wieder vorantreiben, allerdings vorsichtiger als im Jahr 1952. Aufgrund der positiven ökonomischen Entwicklung lässt sich die SED zu nicht realisierbaren Wirtschaftsplänen hinreißen, um die Bundesrepublik einzuholen. Schon im Jahr 1959 zeichnen sich wirtschaftliche Komplikationen ab, die sich in den Jahren 1960/61 noch steigern und die Utopie dieses Vorhabens endgültig aufdecken. Somit muss der Fünfjahrplan im Jahr 1959 abgebrochen und durch den Siebenjahrplan, 1959 bis 1965, ersetzt werden. Die SED misst der Wirtschaft eine immer größere Wichtigkeit bei, umso entscheidender ist die Rolle des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB), der im

---

<sup>315</sup> Vgl.: ebd. S. 49

<sup>316</sup> ebd. S. 50

Jahr 1958 immerhin 5,7 Millionen Mitglieder hat. Der FDGB hat die besondere Aufgabe, die SED-Politik in die Arbeiterschaft zu tragen.<sup>317</sup>

#### 4.7 Ideologische Schulung in Bildung und Kunst

Die SED ist seit jeher bestrebt, gerade Kinder und Jugendliche auf die Staatsdoktrin einzuschwören. Die Schulreform, die am Parteitag 1959 beschlossen wird, ist die Fortführung dieser Politik. Mit der Einführung der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule, welche zehnklassig und deren Besuch obligatorisch ist, wird nicht nur das Bildungsniveau angehoben und die Jugend auf die Arbeitswelt vorbereitet, sie dient vor allem auch der ideologischen Schulung dieser Bevölkerungsgruppe. Dementsprechende Vorstellungen der *sozialistischen Moral* gibt Ulbricht bereits im Juli 1958 vor den Delegierten des V. SED-Parteitages bekannt. Deren Eckpfeiler – Kameradschaft, Vaterlandsliebe, Solidarität und sozialistische Arbeitsdisziplin – entsprechen dem ideologisch einwandfreien Bild eines heroisch im Arbeitskampf erblühenden „Kindes“ des Arbeiter- und Bauernstaates jener Zeit. Mit der Schulreform erhöht sich das Schulaustrittsalter von 14 auf 16 Jahre, womit auch ein fließender Übergang von der Jugendorganisation der *Jungen Pioniere* in jene der *Freien Deutschen Jugend* (FDJ) gewährleistet wird. Diese seit 1957 bestehende Massenorganisation der Jugend gewinnt als atheistisches Pendant zu vergleichbaren klerikalen Vereinigungen rasch an Zuspruch, verliert diesen jedoch wieder, als die Parteinähe mit der Errichtung freiwilliger Ordnungsgruppen moralisch zu offensichtlich zutage tritt. Der moralisch unantastbare Schlägertrupp der SED und *Hüter sozialistischer Tugenden*<sup>318</sup> geht gegen die *Überreste der kapitalistischen Lebensweise unter der Jugend, Rowdytum, Trunksucht, flegelhaftes Verhalten gegenüber Älteren*<sup>319</sup> vor, wo immer sie sich berufen fühlen, Ordnung zu schaffen. Das Beispiel blaubehemdeter, jugendlicher Eiferer ist bezeichnend für die schrittweise Kontrolle des Privatlebens der DDR-Bürger und deren ideologische Vereinnahmung durch Partei und Staat.<sup>320</sup>

In der *sozialistischen Universität*<sup>321</sup> soll die *sozialistische Schule*<sup>322</sup> fortgeführt werden. Vom 28. Februar 1958 bis 2. März 1958 findet die 3. Hochschulkonferenz statt, die es sich zur

---

<sup>317</sup> Vgl.: ebd. S. 50-51

<sup>318</sup> Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR. München: Verlag C.H.Beck oHG, 4. überarb. Aufl., 2004, S. 90

<sup>319</sup> ebd. S. 90

<sup>320</sup> Vgl.: ebd. S. 87-91

<sup>321</sup> Weber, H.: Die DDR. 1945-1990, 2006, S. 54

<sup>322</sup> ebd. S. 54

Aufgabe macht, die Hochschulen zu *sozialistischen Bildungsstätten zu entwickeln*<sup>323</sup>. Demnach muss die Wissenschaft mit der Landwirtschaft und der Industrie verwoben werden. Studenten sollen sowohl hochqualifizierte Facharbeiter als auch *bewußte Sozialisten*<sup>324</sup> werden. Die DDR-Führung erwartet sich aufgrund dieser Kombination sowohl ideologisch staatsreue Bürger, als auch den Anschluss an das internationale Level der Forschung. Infolge dessen steigt der Akademisierungsgrad in der DDR sprunghaft an. Da dieser Bildungselite jedoch die Kluft zwischen rationalem Denken und der Parteilinie nicht verborgen bleibt, kommt es auch hier zu neuen Schwierigkeiten mit der *Bewusstheit* ihrer Sozialisten.

Eine ernsthafte Konfrontation bewirkt die *sozialistische Revolution*<sup>325</sup> vor allem in der Kultur. Wie im Bildungswesen soll nun auch in Kunst und Kultur die ideologische Änderung des Sozialismus spürbar werden. In der Chemiestadt Bitterfeld werden 1959 bei einem Autorenkongress die Literaten aufgefordert, in die Betriebe zu gehen und den Arbeitsalltag zu erkunden.<sup>326</sup> Ziel ist es, die Ideale des sozialistischen Realismus, wie die neue Richtung genannt wird, möglichst stilvoll und vor allem effizient unter das Volk zu bringen.

Die SED rief die Werktätigen dazu auf, die „Höhen der Kultur zu erstürmen“, die Künstler wurden verpflichtet, die „Kluft zwischen Kunst und Leben“ zu überwinden. Auf einer „Kulturkonferenz“ der SED im Oktober 1957 richtete der Staatssekretär im Kulturministerium, Abusch, den Hauptanstoß gegen die „Dekadenz“, der „sozialistische Realismus“ habe nicht Fernziel, sondern Gegenwartsaufgabe zu sein. [...] In den Mittelpunkt wurde der „Bitterfelder Weg“ gerückt, d. h. mit der Losung „Greif zur Feder, Kumpel!“ einer Bitterfelder Autorenkonferenz (April 1959) sollten tatsächliche und vermeintliche Talente aus der Arbeiterschaft für Literatur und Malerei gewonnen werden. Der „sozialistische Realismus“ galt als verbindliche Kunstrichtung.<sup>327</sup>

Die sich hinter der Fassade, des Stils des sozialistischen Realismus verbergende Alltagsrealität, vor allem für die Autoren und Kunschaffenden selbst, wird in nachstehenden Kapiteln noch eingehend behandelt. So erfahren nun *neue* und *alte* Künstler eine Veränderung der Methode und der Qualität parteipolitischer Einschränkungen, zum Beispiel jene der öffentlichen Brandmarkung.

---

<sup>323</sup> ebd. S. 54

<sup>324</sup> ebd. S. 54

<sup>325</sup> ebd. S. 55

<sup>326</sup> Vgl.: Mählert, U.: Kleine Geschichte der DDR, 2004, S. 89

<sup>327</sup> Weber, H.: Die DDR. 1945-1990, 2006, S. 55

## 4.8 Politik und Mauerbau

Im Februar 1960 verabschiedet die Volkskammer das Gesetz über den Nationalen Verteidigungsrat, und Walter Ulbricht wird Vorsitzender, wodurch sich seine Stellung festigt. Wilhelm Pieck, Präsident der DDR, verstirbt am 7. September 1960. Die SED ersetzt das Amt des Präsidenten durch einen Staatsrat. *Die Funktionen des Staates entsprachen etwa denen des Präsidiums des Obersten Sowjet in der UdSSR, allerdings war die Stellung des Vorsitzenden stärker herausgehoben.*<sup>328</sup> Walter Ulbricht wird nun ebenfalls Vorsitzender des Staates. Überdies werden alle widerstrebenden Kräfte entfernt, d. h. in der SED bestimmen nur noch die Parteianhänger Ulbrichts. Neben seinem Machtanstieg entsteht auch ein Personenkult um ihn. Hinzukommt, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der politisch noch härter werdende SED-Kurs sowie die Kollektivierung der Landwirtschaft in den Jahren 1960/61 zu einer allgemeinen Krise führen.<sup>329</sup> Diese wird erst ein Jahr später nach einer erneuten Rationierung mancher Lebensmittel, wie Fleisch oder Butter, durch Lebensmittelimporte aus der Sowjetunion gemildert.<sup>330</sup>

Bereits im Mai 1960 verschärfen sich die internationalen Spannungen nach dem Abschuss eines US-Aufklärungsflugzeuges über dem Gebiet der Sowjetunion. Auch eine Gipfelkonferenz in Paris ist damit geplatzt. Allerdings verstärkt die Sowjetunion den Druck auf Berlin und geht offen mit den Westmächten auf Konfrontationskurs.<sup>331</sup> *Die SED kündigte sogar eine Regelung „noch in diesem Jahr“ an, denn sie hoffte, mit sowjetischer Hilfe den Luftverkehr und damit West-Berlin in die Hand bekommen zu können.*<sup>332</sup> Inzwischen wird auch der russischen Führung klar, dass ihr Militär keine Überlegenheit besitzt, zumal der Konflikt mit der Volksrepublik China Ressourcen bindet. Der Weltkommunismus-Streit ist es letztlich, der die Sowjetunion zur Kursänderung in Europa veranlasst. Am 25. Juli 1961 stellt John F. Kennedy klar dar, dass für die Vereinigten Staaten der freie Zugang nach Berlin sowie die Anwesenheit der West-Truppen unverzichtbar sind. Folglich trifft die Sowjetunion Vorkehrungen für die Ost-Berlin-Abriegelung. Hinzukommt, dass die harte Politik der DDR-Führung den Flüchtlingsstrom nur noch mehr begünstigt. Allein in den Jahren 1959 und 1960 sind es um die 350.000 Menschen, die die DDR für immer verlassen, und die Zahlen des ersten Quartals 1961 sprechen eine noch deutlichere Sprache. Dies hat verheerende

---

<sup>328</sup> ebd. S. 56

<sup>329</sup> Vgl.: ebd. S. 56

<sup>330</sup> Vgl.: Mählert, U.: Kleine Geschichte der DDR, 2004, S. 103

<sup>331</sup> Vgl.: Weber, H.: Die DDR. 1945-1990, 2006, S. 57

<sup>332</sup> ebd. S. 57



Auswirkungen auf die Volkswirtschaft der DDR, sind es doch Menschen im besten arbeitsfähigen Alter. Gerade deshalb beschließen die DDR-Politiker die Grenzen zu schließen. Auch wenn sich Ulbricht im März 1961, bei einer Warschauer-Pakt-Tagung mit der Idee, einen Stacheldrahtzaun um West-Berlin zu ziehen, noch nicht durchsetzen kann, steigt im August die Flüchtlingswelle derart dramatisch an, dass die UdSSR dem *Mauerbau um West-Berlin*<sup>333</sup> doch zustimmt. In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 versperren die Betriebskampfruppen, die Volkspolizei und die Nationale Volksarmee (NVA), die quer durch Berlin verlaufende Sektorengrenze mit Steinwällen und Stacheldraht. In den Folgemonaten entsteht eine 45 km lange Mauer, die rund um West-Berlin führt. Erich Honecker ist damals Sicherheitssekretär des ZKs der SED und für diese Grenzabspernung verantwortlich.<sup>334</sup>

Schließlich wurde am 22. August durch „Beschuß“ angeordnet, daß durch „Gruppen, Züge oder Kompanien schriftliche Erklärungen abgegeben werden, die beinhalten, daß sie verstanden haben, um was es geht und daß jeder, der die Gesetze unserer Deutschen Demokratischen Republik verletzt – auch wenn erforderlich – durch Anwendung der Waffe zur Ordnung gerufen wird“ [...] Mit diesem Beschluß „Anwendung der Waffe“ an der Mauer wurde jeder Fluchtversuch lebensgefährlich. An der Mauer haben Todesschützen in der Folgezeit die Abriegelung der DDR „vollendet“. Insgesamt wurden bis 1989 235 Menschen erschossen, die eigene Bevölkerung war eingesperrt.<sup>335</sup>

Neben der emotionalen Katastrophe vieler Trennungen kommt es für viele Menschen auch zu einem Verlust ihrer Arbeit. *Bis dahin hatten trotz der staatlichen Teilung täglich 500000 Berliner die Sektorengrenze in beiden Richtungen passiert, 50000 Ostberliner hatten im Westteil, 12000 aus dem Westen im Ostteil der Stadt gearbeitet.*<sup>336</sup> In den folgenden Jahren verlieren auch viele Familien aufgrund der Ausweitung des *antifaschistischen Schutzwalls* ihr Zuhause.<sup>337</sup>

Der Mauerbau im Jahr 1961 ist ein tiefer Einschnitt in Richtung deutsche Spaltung. Eben jetzt treten die Gegensätze dieser beiden Staaten deutlich zu Tage. Das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der DDR knüpft formal an die solidarischen und sozialistischen Ideen der Arbeiterbewegung an. Aufgrund der Rechtsunsicherheit, der fehlenden Freiheiten und der politischen Diktatur ironisieren diese Ideen. Da aber gerade die kritischen Menschen aus der DDR fliehen, verringert sich automatisch die Opposition. Darüber hinaus wird im Osten mit

---

<sup>333</sup> ebd. S. 58

<sup>334</sup> Vgl.: ebd. S. 46- 59

<sup>335</sup> ebd. S. 59

<sup>336</sup> Mählert, U.: Kleine Geschichte der DDR, 2004, S. 99

<sup>337</sup> Vgl.: ebd. S. 98-103

*deutscher Gründlichkeit*<sup>338</sup> der Stalinismus übertragen. Dagegen erhebt sich im Westen der Antikommunismus zur inoffiziellen Staatsdoktrin. Im Westen machen neue kulturelle und politische Bewegungen deutlich, dass der Pluralismus ein demokratisches Merkmal ist. Dem Osten hingegen wird im Zuge der Entstalinisierung eine etwas flexiblere Form der Machterhaltung verordnet. Nach dem Mauerbau kann kein kritischer Bürger ohne Gefahr auf sich zu nehmen, die DDR verlassen, und so kommt es zur Bildung einer versteckten Opposition. Menschen, die nicht mehr fliehen können, sind, falls auffällig, den Schikanen des SED-Apparats ausgesetzt. Zudem gibt es Aufenthaltsbeschränkungen: Arbeitsunwilligen und Staatsfeinden wird der Kampf angesagt. Dieser harte politische Kurs geht nur bis Ende 1961. Danach versucht sich die SED ihrerseits mit subtileren Mitteln der Unterdrückung -, ebenfalls ein Abbild der aktuellen Entwicklung des großen Bruders. Im Oktober 1961 leitet Chruschtschow am XXII. Parteitag der KPdSU eine weitere Entstalinisierung ein. Zu diesem Zweck deckt er den Terror des Stalin-Regimes auf. Selbst Ulbricht verurteilt nun den Personenkult um Stalin und spricht sogar öffentlich von Verbrechen unter dessen Führung. Dogmatisch tauscht die SED die Strategie direkter Gewalt gegen jene der Überwachung und Neutralisierung sowie zugunsten ideologischer Arbeit ein. Die *Neutralisierung* der Bevölkerung funktioniert allerdings nur in Wechselwirkung mit steigender Lebensqualität. Folglich richtet sich die Aufmerksamkeit der SED auf die Wirtschaftsentwicklung. Die DDR-Bevölkerung hat keine Alternative, sie ist demnach gezwungen sich anzupassen. Viele sind bestrebt durch Leistungssteigerung den eigenen Standard zu erhöhen. Diese durchaus positive Entwicklung verringert die oppositionellen Stimmen. Aus diesem Grund versachlicht sich allmählich die Beziehung zwischen der Bevölkerung und der politischen Führung.<sup>339</sup>

Am VI. Parteitag 1963 kommt es zum Höhepunkt der ideologischen SED-Kampagnen. Hier beruft sich die Führung auf eine marxistisch-leninistische Weltanschauung, die als ihre oberste Prämisse den neuen Menschen innerhalb einer klassenlosen Gesellschaft ausruft. Die Geschichte wird, sich auf Lenin und Marx berufend, als Klassenkampf gedeutet, allerdings stehen sich in dieser Variante Sozialismus und Kapitalismus global als konträre Anschauungen gegenüber. Zur Kapitalismusüberwindung ist es unerlässlich, dass die Arbeiter natürlich unter der Führung der marxistischen-leninistischen Partei den Sozialismus aufbauen und die politische Macht erobern. Die SED nennt folgende wichtige Programminhalte: *Steigerung der Produktion und Arbeitsproduktivität, sozialistische Beziehungen zwischen den*

---

<sup>338</sup> Weber, H.: Die DDR. 1945-1990, 2006, S. 61

<sup>339</sup> Vgl.: ebd. S. 60-61

*Menschen*<sup>340</sup>, aber auch die deutsche Wiedervereinigung. An eben diesem VI. Parteitag lässt Walter Ulbricht in seiner Rede erkennen, dass die SED sehr wohl bereit ist, diverse Reformen im bisherigen Wirtschaftssystem umzusetzen. Im Juni 1963 verkündet die Staatsführung das *Neue Ökonomische System der Planung und Leitung* (NÖSPL), mit dessen Hilfe die Wirtschaft aus der Krise geführt werden soll. Die *Vereinigung Volkseigener Betriebe* (VVB) soll über eine Erweiterung der Selbstverwaltung einen dementsprechenden Leistungsschub der Mitarbeiter mobilisieren.<sup>341</sup>

Selbständigkeit der Betriebe in der Material- und Kreditbeschaffung, Initiativen im Außen- und Binnenhandel sowie umfassendere Vollmachten in den Fragen des Preises und des Absatzes sollten das System flexibler gestalten. Kernpunkt des NÖSPL war das „System der ökonomischen Hebel“. Diese „Hebel“, nämlich Selbstkosten, Preis, Gewinn, Kredit, Löhne, und Prämie, mußten so aufeinander abgestimmt werden, daß sie ein einheitliches System bildeten. In den Mittelpunkt rücken dabei die „materielle Interessiertheit“ des einzelnen Arbeiters und des Betriebes; der „Gewinn“, dieser „kapitalistische“ Anreiz, sollte zu höheren Leistungen anspornen.<sup>342</sup>

Tatsache ist, dass der NÖSPL die wirtschaftliche Lage verbessert. Damit wird die DDR neben der Sowjetunion die zweite Industriemacht des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Allerdings fehlt es der DDR noch immer an klarer Konzeption zur erfolgreichen Aufgabenbewältigung ihrer Volkswirtschaft. Die ökonomische Politik bewegt sich stets zwischen Reformforderungen und -ansätzen der Fachleute und der uneingeschränkten Dominanz der Entscheidungen des gesamten Parteiapparats. Die enge Wirtschaftsverflechtung mit der UdSSR hat schwerwiegende Folgen für die DDR, da sie auch noch die Vorgaben der Wirtschaftspolitik von der Sowjetunion übernimmt. Bald darauf merkt die SED-Führung, dass diese zentralistisch-hierarchische Führung das System in Frage stellt. Demzufolge wird noch Ende 1965 eine *zweite Phase* eingeleitet.<sup>343</sup> Das „*Neue Ökonomische System*“, wie es nunmehr hieß, sollte stärker zentralisiert werden.<sup>344</sup>

Um das System zu stabilisieren, erhält die Jugend größere Aufmerksamkeit durch den Staat. Ein DDR-Jugendgesetz vom Mai 1964 macht sich zur Aufgabe, treue Staatsbürger zu erziehen. Indes wird der konformen Jugend eine gewisse Selbständigkeit eingeräumt. Auch in

---

<sup>340</sup> ebd. S. 63

<sup>341</sup> Vgl.: ebd. S. 63-64

<sup>342</sup> ebd. S. 64

<sup>343</sup> Vgl.: ebd. S. 64-65

<sup>344</sup> ebd. S. 65

der Kultur werden die Fesseln etwas lockerer. So durfte der Liedermacher Wolf Biermann im Jahr 1963 sehr wohl seine Lieder in vollen Auditorien präsentieren.<sup>345</sup>

Das 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 brachte nicht nur mit der sogenannten zweiten Etappe des Neuen Ökonomischen Systems eine veränderte Wirtschaftspolitik, sondern Rückschläge vor allem auf kulturellem Gebiet. Erich Honecker kritisierte im Bericht des Politbüros „schändliche Tendenzen“ in Filmen, Fernsehsendungen, Theaterstücken und literarischen Arbeiten, angeblich wurden „Skeptizismus und Unmoral“ verbreitet. Honecker forderte sogar eine „saubere Leinwand“ – ein Terminus, der von Konservativen in der Bundesrepublik geprägt worden war.<sup>346</sup>

Dies führt zur kulturellen Verödung, gleichzeitig betrifft das auch die Wissenschaft und die Technik, da die Orientierung zu westlich ausfällt. Auch Oppositionelle erfahren Sanktionen, beziehungsweise verschärfen sich diese. Die Volkskammer beschließt im Februar 1965 das *Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem*.<sup>347</sup> Dies bestimmt die Einheit von Erziehung und Bildung. Das Bildungsziel ist der *SED-konforme Mensch*.<sup>348</sup> Zudem bindet sich die DDR umso fester an die Sowjetunion und schließt am 12. Juni 1964 einen Freundschaftsvertrag, der gegenseitige Zusammenarbeit und Beistand beinhaltet. Die Hegemonie Moskaus bildet die Grundlage dieser Beziehung. Dessen ungeachtet erweitert allmählich die DDR ihren Spielraum. Nikita S. Chruschtschow wird im Oktober 1964 gestürzt – dieser Umstand trifft die DDR-Führung völlig unvorbereitet. Diesmal verweigert Walter Ulbricht jede kompromisslose Zustimmung zum Vorgehen Moskaus, was letztlich zu seiner Auswechslung durch Erich Honecker im Jahre 1971 führt.<sup>349</sup>

Doch schon bald nach der Absetzung Chruschtschows konnte sich die Position der DDR-Führung im Ostblock weiter konsolidieren. Endete nach der Verdammung Stalins der Satellitenstatus der DDR, so gelangte sie nunmehr sogar zu einer gewissen Selbständigkeit in ihrer Innen- und Außenpolitik. Während der Stalin-Ära, wo jeder politischer Schritt von Moskau diktiert wurde, fungierte die DDR-Regierung als reiner Befehlsempfänger der UdSSR. Das änderte sich schrittweise unter Chruschtschow und seinen Nachfolgern. Ihnen genügte es, die große Linie der Politik zu bestimmen, Einzelheiten und Ausführungen bleiben der DDR- bzw. der SED-Führung selbst überlassen.<sup>350</sup>

Leonid Iljitsch Breschnew wird Chruschtschows Nachfolger. Aufgrund des vorherrschenden politischen und gesellschaftlichen Systems entzündet sich immer wieder der Unwille der Bevölkerung als auch der Opposition an zwei Tatsachen: sowohl an der Einschränkung gesellschaftlicher und politischer Freiheiten, als auch am niedrigen Lebensstandard. Auch mit

---

<sup>345</sup> Vgl.: ebd. S. 66-67

<sup>346</sup> ebd. S. 67

<sup>347</sup> ebd. S. 67

<sup>348</sup> ebd. S. 68

<sup>349</sup> Vgl.: ebd. S. 67-70

<sup>350</sup> ebd. S. 70

einer Programmänderung als Folge des VII. Parteitags 1967, bei der sich die SED-Regierung erneut bemüht mittels neuen Wirtschaftsmethoden letzteren zu heben, werden die Machtmittel des Staates jedoch weiterhin eingesetzt, um das Freiheitsstreben der Menschen zu unterdrücken; obendrein werden die Instrumentarien für weitere Repressalien sogar noch erweitert. Ab Mitte der sechziger Jahre gelten die Staatsapparat-Aktivitäten der DDR nicht mehr nur zum Schutz des Herrschaftssystems im Inneren, sondern sind erstmals auch nach außen orientiert.<sup>351</sup>

Der Begriff Sozialismus, der in der SED-Programmatik einen breiten Raum einnahm, wurde 1970 von der SED konkretisiert [...] Sozialismus bedeutete danach Herrschaft der Arbeiterklasse, gesellschaftliches Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, Planung und Leitung der Produktion, [...] sozialistische Lebensweise und neue Arbeitsdisziplin.<sup>352</sup>

Ebenso mit dem Begriff des Sozialismus festgeschrieben wird die Freundschaft mit der UdSSR, welche ja als Grundmodell für die sozialistische Gesellschaft dient. Eine derartige ideologische Darstellung des Sozialismus ist zwar einschränkend, entspricht aber eher der DDR-Realität als die Lehren eines *Ursozialisten* wie Karl Marx. Die SED verdeutlicht mit ihren programmatischen Aussagen lediglich, dass sie auch in den 1960er und 70er Jahren bereit ist, ihre Ideologie und Macht gegenüber realen Gesellschaftsverhältnissen zu festigen, diese zu rechtfertigen und wenn nötig auch zu verschleiern.<sup>353</sup>

---

<sup>351</sup> Vgl.: ebd. S. 59-74

<sup>352</sup> ebd. S. 74

<sup>353</sup> Vgl.: ebd. S. 74

## 5. Die Entstehung literarischer Institutionen in der DDR

Die Lenkung der Literatur in der DDR beginnt mit der Bildung von Dachverbänden die ihren gemeinsamen und verbindenden Charakter schrittweise zugunsten eines politischen Konformismus ablegen. Ein System wird nicht fertig übergestülpt, sondern etabliert sich in langsamen und kleinen Schritten und dennoch wohl geplant. Im Folgenden sollen zwei Verbände näher beleuchtet werden. Erstens der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ und zweitens der „Schriftstellerverband“. Bevor auf diese Aspekte eingegangen wird, ist es wichtig den allgemeinen Rahmen, das unterschwellige Gefühl der damaligen Zeit einzufangen. Dies wird im Folgenden versucht.

### 5.1 Der Stellenwert der Kultur vor dem Hintergrund des „Neuen“

Ab 1949 trifft man in der DDR immer wieder auf die politische Diskussion zur *Erneuerung der deutschen Kultur*<sup>354</sup>. Mit der Entwicklung einer antifaschistisch-demokratischen Gesellschaft steht zwar nicht die Gesamtheit der demokratischen Grundwerte in Frage, dazu gehören auch liberale und bürgerliche, doch gilt das parlamentarische Regierungssystem als zu schwach, um dem Geist einer neuen Gesellschaft Rechnung zu tragen. Zumindest solange, sich das angestrebte *gemeinsame Ziel* gesellschaftlich nicht abbildet. Das *gemeinsame Ziel* ist ein politischer, aber vor allem wirtschaftlicher Gegenentwurf zum Kapitalismus, der im Faschismus seine ökonomische Steigerung erfahren hat und sich mit Bezug auf die BRD weiter als Imperialismus ausbreitet. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass für damalige Kommunisten die ökonomische- und nicht etwa die humanistische Positionierung des Nationalsozialismus die entscheidende ideologische Trennlinie darstellt. Ein breiter Teil der damaligen Bevölkerung ist von der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft überzeugt, die sich innerhalb eines gesellschaftlichen Konsenses auf ein gemeinschaftliches Ziel fokussiert. Zur Erreichung dieses Ziels soll die Zukunft allerdings dem *neuen Menschen*<sup>355</sup> gehören, der zum Leitbild des Sozialismus als Gesellschaftsform avanciert.<sup>356</sup>

Die Vorstellung basiert zum einen auf einem *universal-humanistischen* Modell, in dem die Selbstverwirklichung und letztlich die Befreiung des Menschen zum wahren Menschsein im

---

<sup>354</sup> Delhey, Yvonne: Schwarze Orchideen und andere blaue Blumen. Reformsozialismus und Literatur in der DDR. Mit Interpretationen zum literarischen Werk Christa Wolfs und Wolfgang Hilbig. Würzburg: Verlag Königshausen & Neumann GmbH 2004, S. 42

<sup>355</sup> ebd. S. 42

<sup>356</sup> Vgl.: ebd. S. 42-44

Mittelpunkt steht. Andererseits basiert sie auf einem gesellschaftspolitischen Konzept, in dem jedoch die Organisation und die Konstitution der Gesellschaft als Staatssystem soweit wie möglich ausgeblendet wurde. Die Praxis der politischen Strategie trat, wie die staatliche Struktur, vor dem geschichtlichen Ziel zurück.<sup>357</sup>

Unter Berufung Lenins gehören zu dieser Schaffung der sozialistischen Gesellschaft: Die *richtigen materiellen Voraussetzungen*<sup>358</sup> und *ein bestimmtes gesellschaftliches Kulturniveau*<sup>359</sup>. Es folgt die Forderung nach einer Erneuerung der Kultur, die als Kontrast zu dem bisher Dagewesenen erscheint. Erst aus dieser kulturbedingten Andersartigkeit entsteht diese neue Gesellschaft und aus ihr resultiert der *neue Mensch*. Aus diesem Verständnis erklärt sich die Kultur als tragende Säule der sozialistischen Gesellschaft.<sup>360</sup>

Da aber noch keine so *neue* Kultur, vor allem aber nicht ihre Protagonisten, historisch unreferenziert agieren können, ergeben sich für die DDR mehrfache praktische Schwierigkeiten. Dieser Bezug ist von der eigenen antifaschistischen Darstellung geprägt, die gleichzeitig Legitimation und zentrale Argumentationsgrundlage ist. Sie dient genauso der Abgrenzung von der eigenen NS-Vergangenheit wie auch von dem imperialistischen Bruderstaat. Der Umgang mit dem politischen, gesellschaftlichen und historischen Erbe ist innerhalb der DDR nie ohne Widerspruch und zumindest latent kontroversiell. Gerne besinnt man sich auf seine Tradition, um dies in Vergegenwärtigung der sozialistischen Zukunft und aktuelle Parteiziele wieder zu relativieren. Was allerdings bleibt, ist die mentale Ausrichtung auf das Neue – das als Ideal fungiert. Interessant daran ist, dass es genügend Studien seitens der DDR gibt, die sich mit den politischen, geistigen und historischen Traditionen – also dem Erbe – beschäftigen, an die die DDR entweder anschließt oder sich programmatisch abgrenzt. Erstaunlicherweise beschäftigt sich die politische Linie mit dem Erbe, ohne sich – und das ist tatsächlich bemerkenswert – mit der historischen Sicht auseinanderzusetzen. Das *Ziel der wie fern auch immer scheinenden sozialistischen Zukunft*<sup>361</sup> ist durch den einseitigen Blick der Geschichte nicht mehr erkennbar. Schlussfolgernd wird die Beschäftigung um das Erbe Teil der Auseinandersetzung der Tagespolitik. Ausschlaggebend ist jetzt, dass *über die eigentliche Funktion dieser Orientierung auf die Vergangenheit*<sup>362</sup> nicht öffentlich reflektiert werden muss und vielmehr nicht öffentlich darüber diskutiert werden kann und soll. Das ist in der offiziellen Leseart deshalb auch gar nicht nötig, da die Wirkung des Neuen bedeutsam im

---

<sup>357</sup> ebd. S. 42

<sup>358</sup> ebd. S. 42

<sup>359</sup> ebd. S. 42

<sup>360</sup> Vgl.: ebd. S. 42-43

<sup>361</sup> ebd. S. 44

<sup>362</sup> ebd. S. 44

Vordergrund steht. Zugegeben, nur so lange sich das Neue vom alten bereits Dagewesenen absetzen kann. Von Anfang an dient das Erbe der DDR als Selbstlegitimation.<sup>363</sup>

Wenn man dann allerdings die Ankunft des Neuen verkündet, es vom bereits Bestehenden scheidet und, von dieser rückgewandeten Perspektive aus, übergeht auf die Planung der Zukunft, dann lässt sich eigentlich nicht genau sagen, was dieses Neue nun ausmacht. Es wird, mit anderen Worten, tabuisiert. ‚Neu‘ ist dann in seiner Bedeutung eigentlich nicht benennbar, bestimmt aber dennoch die Wahrnehmung.<sup>364</sup>

In dieser absurden Komplexität eines historischen Zirkelschlusses der DDR selbst, scheint ein Schlüssel für das Verständnis der gesellschaftlichen Lage ostdeutscher Schriftsteller und Intellektueller zu liegen. Auf das Zukünftige und nicht identifizierbare Neue wird der Fokus gelegt, und damit die Möglichkeit verspielt, gesellschaftliche Vielfalt sowie die Verschiedenartigkeit zeitgleicher Ereignisse und Prozesse wahrzunehmen. Vermehrt wenden sich ostdeutsche Autoren und Intellektuelle der sozialistischen Utopie zu. Letztere ist gesellschaftliches Ideal.<sup>365</sup> *In der Vorstellung einer auf die Zukunft gerichteten Utopie ließen sich alle gesellschaftlichen Differenzen noch zu einem ganzheitlichen Bild der Gesellschaft harmonisieren.*<sup>366</sup> Es darf aus heutiger Sicht jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die damaligen Akteure sehr wohl an ein Gelingen dieser Alternative eines befreiten Deutschlands glauben. Hinzukommt, dass es auch innerhalb der Führungsspitze der Partei Leute gibt, die davon ausgehen, dass es sich bei der Erneuerung der Gesellschaft um ein konsensuales politisches Bündnis handelt. Als Beispiel ist hier Johannes R. Becher (1891-1958), Autor und späterer Kulturminister der DDR, mit seinem Einsatz für den *Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands*<sup>367</sup> zu nennen. Zuerst ist die Rede von *wirklicher Demokratisierung*<sup>368</sup>, der *Erziehung zum Demokratismus*<sup>369</sup> und der *Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk*<sup>370</sup>. Wie Demokratie über den Demokratismus definiert wird beziehungsweise was sich eben hinter Schlagworten wie demokratischer Republik oder Regime verbirgt, ist vor allem aus heutiger Sicht interessant, da sich diese auf die obig genannte Erneuerung der Kultur stützt. Durch Aufklärungsarbeit und organisierte Kulturpolitik will die KPD unmissverständlich

---

<sup>363</sup> Vgl.: ebd. S. 44

<sup>364</sup> ebd. S. 45

<sup>365</sup> Vgl.: ebd. S. 45

<sup>366</sup> ebd. S. 45

<sup>367</sup> ebd. S. 47

<sup>368</sup> ebd. S. 47

<sup>369</sup> ebd. S. 47

<sup>370</sup> ebd. S. 47



erzieherisch wirken. Dabei gilt es, der Mehrheit der Bevölkerung den Sozialismus als gesellschaftliche Notwendigkeit begreiflich zu machen.<sup>371</sup> Nach 1945 steht im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands Folgendes unter dem gesellschaftspolitischen und ideologischen Vorzeichen<sup>372</sup>:

Vertilgung des faschistischen Ungeistes im deutschen Volk, weitere Gewinnung der fortschrittlichen Teile des Bürgertums und Säuberung der fortschrittlichen bürgerlichen Traditionen von ihrer faschistischen Verfälschung; d. h. nun von vornherein: grundlegende Orientierung des gesamten Bildungswesen am klassisch-bürgerlichen Kulturerbe.<sup>373</sup>

Kultur wird in der DDR zu einem Instrument zur Erreichung des Ziels der sozialistischen Gesellschaft. Sie wird Macht- und Erziehungsmittel, hat der vorherrschenden politischen Doktrin zu folgen und ihr willens zu sein. Wenn wir nun von der Kultur als solches sprechen, dürfen wir die Menschen nicht vergessen. Sie sind es, die einerseits als Kulturschaffende und andererseits als Personen der Politik und der Behörden innerhalb dieses Kultur-Systems wirken: Die einen etwas mehr belogen, betrogen und getäuscht als die anderen. Alle jedoch leidende Spielfiguren innerhalb eines seltsamen Plans, am Ende zumindest desillusioniert, wenn nicht gebrochen. Vorerst aber gilt es, dieses System erst zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, den Kulturbund und sein Gründungskonzept vorzustellen, das im Wesentlichen auf den Autor und in weiterer Folge Politiker Johannes Robert Becher zurückgeht.

## **5.2 Johannes R. Becher und der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands**

Der ursprüngliche Gedanke der Partei ist es, jene bürgerlichen Intellektuellen innerhalb des Systems zu integrieren, die bisher der kommunistischen Partei nicht gerade positiv gegenüber standen. Die bürgerliche Intelligenz ist für den sozialistischen Aufbau deshalb so wichtig, da die DDR zu ihrer Gründung auf nur sehr wenige wissenschaftlich qualifizierte und obendrein noch politisch zuverlässige Mitstreiter zählen kann.<sup>374</sup> Mit der Gründung des *Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands* sollen gezielt Intellektuelle eine Plattform für die kulturelle Erneuerungsbewegung bekommen. Durch weitestgehende Aussparung klarer

---

<sup>371</sup> Vgl.: ebd. S. 48

<sup>372</sup> Vgl.: Scharfschwerdt, Jürgen: Literatur und Literaturwissenschaft in der DDR. Eine historisch-kritische Einführung. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz: Verlag W. Kohlhammer GmbH 1982, S. 42

<sup>373</sup> ebd. S. 42

<sup>374</sup> Vgl.: Köhler-Hausmann, Reinhild: Literaturbetrieb in der DDR. Schriftsteller und Literaturinstanzen. Stuttgart: J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung u Carl Ernst Poeschel Verlag GmbH 1984, S. 128

politischer Konzepte erfreut sich der Kulturbund gerade in seinen Anfängen auch großer Beliebtheit bei wenigen Linksorientierten und kann unter den Intellektuellen mit Sympathie rechnen. Er bietet Raum für neue gesellschaftliche Perspektiven und Identifikationsangebote, die eine breite Schicht ansprechen.<sup>375</sup>

Die Rolle Johannes R. Bechers beim Aufbau des Kulturbundes ist dabei reichlich kontrovers. Bereits 1944 gehört er als Vorsitzender einer speziellen Kulturkommission der KPD an, die es zum Ziel hat *Maßnahmen zur ideologischen Umerziehung des deutschen Volkes im antifaschistisch-demokratischen Geist*<sup>376</sup> zu erarbeiten. Im Fokus stehen Theater, Literatur, Rundfunk und Film. Für ihn ist es die wichtigste Herausforderung nach dem Krieg, das *verführte Volk*<sup>377</sup> und besonders die Jugend umzuerziehen. Gleichzeitig ist ihm aber auch das ideologische Vakuum bewusst, welches ein zerfallendes Nazi-Deutschland hinterlässt. Dessen ungeachtet, dass Johannes R. Becher die sozialistische Zielvorstellung mit seiner Kulturkonzeption verbindet, zeigt sich in seinem Bemühen um ihre Repräsentanten und der deutschen Literatur selbst, ein anderes Bild. Eine Betrachtungsweise, die nicht unbedingt einer sozialistischen Tradition entstammt, sondern vielmehr eine Entwicklung der bürgerlichen Intelligenz ist.<sup>378</sup>

Durch die damalige Kulturkonzeption wurde der Kunst, wurde dem Künstler – und speziell der Literatur und dem Schriftsteller – eine Position in der Gesellschaft verliehen, die sehr stark an die deutsche Intellektuellentradition zwischen dem neunzehnten und dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts gebunden blieb und diese in spezifischer Weise fortsetzte.<sup>379</sup>

Gleichwohl liegt in dieser Anfangskonzeption der DDR-Kultur ein gewisser Widerspruch, allerdings ist er maßgeblich für die Weiterentwicklung der DDR und ihre kulturpolitischen Debatten verantwortlich.<sup>380</sup> Am 4. Juli 1945 findet die Gründungskonferenz mittels Reden und Aufrufen des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung statt. Hier wird auf die völlige kulturelle und geistige Zerstörung durch den Nationalsozialismus hingewiesen.<sup>381</sup>

Der Kulturbund wird als „Instrument“ verstanden, das der „Erweckung des Gewissens der Nation“ dienen soll [...]. Die zu bewältigende Aufgabe wird als „nationales Befreiungs- und Aufbauwerk größten Stils auf ideologisch-moralischem Gebiet“ [...] bezeichnet, bei dem „das deutsche Volk zu befreien“ sei. Dementsprechend schließen Aufruf und Manifest dann mit den Worten: „Die Männer und Frauen, die den ‚Kulturbund zur demokratischen Erneuerung

<sup>375</sup> Vgl.: Delhey, Y.: Schwarze Orchideen und andere blaue Blumen. Reformsozialismus und Literatur in der DDR. Mit Interpretationen zum literarischen Werk Christa Wolfs und Wolfgang Hilbigs, 2004, S. 48-51

<sup>376</sup> zitiert aus Vgl.: ebd. S. 48

<sup>377</sup> ebd. S. 49

<sup>378</sup> Vgl.: S. 48-51

<sup>379</sup> ebd. S. 51

<sup>380</sup> Vgl.: ebd. S. 51

<sup>381</sup> Vgl.: ebd. S. 52

Deutschlands‘ ins Leben rufen, wollen *beispielgebend vorangehen*, da es gilt [...] die erste feste *geistige* Grundlage zu schaffen für die *Neugeburt* unseres Volkes.“<sup>382</sup>

Beachtenswert ist, dass ein zu schaffender Sozialismus mit keiner Silbe erwähnt wird. Vordergründig geht es um die deutsche Kultur, die zu diesem Zeitpunkt als die beste Leistung der Nation gilt. Basierend auf dieser neuen Kultur soll eine neue Gesellschaft errichtet werden. Zunächst demokratisch und ohne Politik. Demokratisch bedeutet in diesem Fall das *ganze Volk umfassend und von ihm getragen, und das schloss wegen der noch zu leistenden Umerziehung eine Lenkung von oben nicht aus*<sup>383</sup>. Erklärtermaßen ist der Ansatz des Kulturbundes ein überparteilicher. Intellektuelle sind hinsichtlich des Zwecks der Organisation und dessen Aufgabe durchaus verwirrt. Ein Kommentar von Bernhard Kellermann (1879–1951), Gründungsmitglied des Kulturbundes und Autor, macht dies sehr deutlich, als er zu Beginn seiner Rede auf der Gründungsveranstaltung den Kulturbund als *geistige[s] und kulturelle[s] Parlament unseres Landes*<sup>384</sup> charakterisiert. Das Ziel für die damalige Politik ist die geistig-kulturelle Erneuerung Deutschlands und bildet schlussendlich das Fundament, auf dem sich die DDR-Kultur gründet. Johannes R. Becher ist der führende Kopf hinter diesem Konzept. Immerhin hat er von 1945 bis 1958 die Präsidentschaft des Kulturbundes und besitzt über genügend politischen Einfluss um sich auch durchzusetzen.<sup>385</sup> So wird der Begriff *Literaturgesellschaft* von Becher auf dem VI. Schriftstellerkongress 1956 in seinem Eröffnungsreferat in folgendem gleichnishafte Bild gedeutet und verwendet.<sup>386</sup>

Die Literatur ist nicht nur ein Haus, das unendlich viele Wohnungen hat [...] An diesem gesellschaftlichen Zusammenleben, wie es die Literatur darstellt, nehmen auch alle wahrhaft Interessierten teil, und weder dürfen von dieser Teilnahme die Verleger, Redakteure, die Lektoren, die Buchhändler ausgeschlossen werden, aber schon ganz und gar nicht der Leser [...]<sup>387</sup>

Hier beschreibt Becher ein utopisch-harmonisches Modell, dass die literarischen Beziehungen umfasst und vom Kollektivwesen Literatur in der Gesellschaft sozialistischer Ausprägung überzeugt ist, auch wenn der Mensch zur Vervollkommenung vorangetrieben werden muss.<sup>388</sup> Wie utopisch Bechers Modell ist, zeigt sich anhand der Zensurbehörden, die massiv in die literarische Welt eingreifen, wie anhand des Beispiels Werner Bräunig noch in dieser Arbeit erörtert werden wird.

---

<sup>382</sup> ebd. S. 52-53

<sup>383</sup> ebd. S. 53

<sup>384</sup> ebd. S. 53

<sup>385</sup> Vgl.: ebd. S. 53

<sup>386</sup> Vgl.: Köhler-Hausmann, R.: Literaturbetrieb in der DDR. Schriftsteller und Literaturinstanzen, 1984, S. 81

<sup>387</sup> zitiert aus: ebd. S. 81

<sup>388</sup> Vgl.: ebd. S. 81

### 5.3 Der DDR-Schriftsteller und „sein“ Verband

Auch ein zweites wichtiges Gremium der DDR-Literatur sei an dieser Stelle noch erwähnt. Der Schriftstellerverband entsteht gleich nach dem Krieg, den Besatzungszonen entsprechend paritätisch besetzt, um den noch aus der Weimarer Republik stammenden *Schutzverband Deutscher Autoren* gemeinsam mit dem Kulturbund gewerkschaftlich umzugestalten. Erst am dritten Schriftstellerkongress 1952 formt sich eine eigenständige Organisation, die bis zum Ende der DDR mehr und mehr Einfluss auf DDR-Literaten und ihre Werke nehmen soll. Die Aufnahme in diesen Verband ist nicht nur prestigeträchtig, sondern außerordentlich lukrativ und vor allem existenzsichernd. Dazu ist es vonnöten sich die einzigartige arbeitsrechtliche- und steuerrechtliche Einkommenssituation der DDR-Schriftsteller genauer anzusehen, welche die in obigen Kapiteln angeführte Aufwertung der Kultur widerspiegelt. Die Schriftsteller als Intelligenz werden seit der SMAD und auch danach in der DDR gezielt steuerlich und arbeitsrechtlich gefördert. Sie sind einerseits als Arbeitnehmer mit Renten- und Sozialversicherung abgesichert, andererseits bieten Rahmenverträge großzügig Spielraum für inhaltliche Abmachungen, die Honorarregelungen betreffend. Dies gilt natürlich nur für jene im Berufsverband abgesicherten *Vollzeitschriftsteller*.<sup>389</sup>

Praktisch sah dies so aus, daß dieser Personenkreis von der Umsatzsteuer befreit wurde, der Einkommenssteuertarif reduziert wurde, die Buchführungspflicht wegfiel und zuletzt die Honorarabrechnung an das Lohn- und Gehaltssystem für Arbeitnehmer angeglichen wurde. Die literarischen Institutionen mußten nun die Steuern direkt an das Finanzamt zahlen, und die Autoren wurden wie Gehaltsempfänger netto ausbezahlt.<sup>390</sup>

Hinzu kommen noch staatliche Förderungen über den Schriftstellerverband, wie Stipendien, Kunstpreise und Honorarregelungen mit Absatzbeteiligungen über zehn Prozent, die das Bild abrunden. Das führt dazu, dass etablierte DDR-Schriftsteller drei bis vier Mal so viel verdienen wie die durchschnittliche Bevölkerung. Privilegien wie Westreisen, Devisen, Intershopgutscheine, großzügige Kredite für Neubau und Renovierung des Eigenheims oder bevorzugte Versorgung mit Wohnraum und Brennmaterial belegen den Status der geistigen Elite. Diese Bevorzugungen erklären sich in der DDR durch den hohen gesellschaftlichen Wert des Werks des Künstlers für die Gesellschaft an sich. Die Ähnlichkeit dieses Systems mit dem feudalistischen Mäzenatentums früher Jahre ist unverkennbar. Ebenfalls die parallele Abhängigkeit von deren Vorgaben und Wünschen. Zuckerbrot und Peitsche, soziale Abhängigkeit versus Sonderstellung, bestimmen den Alltag eines DDR-Literaten, möchte er

---

<sup>389</sup> Vgl.: ebd. S. 128-139

<sup>390</sup> zitiert aus: ebd. S. 130

seine Existenz nicht aufs Spiel setzen. Die eigentliche Voraussetzung für ein derart üppiges ökonomisches Leben beziehungsweise die Möglichkeit überhaupt von der Schriftstellerei zu leben, ist die Aufnahme in den Schriftstellerverband. Und diese Organisation ist, je länger die DDR existiert, mehr und mehr der SED verpflichtet. Während sich 1957 lediglich der Verband zum sozialistischen Aufbau bekennt, werden etwa 1969 seine Mitglieder folgendermaßen auf die Parteilinie eingeschworen<sup>391</sup>:

Die Mitglieder des Schriftstellerverbandes der DDR anerkennen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der Kulturpolitik. Sie *bekennen* sich zur *Schaffensmethode des sozialistischen Realismus*. Sie treten entschieden gegen alle Formen der ideologischen Koexistenz und das Eindringen reaktionärer und revisionistischer Auffassungen in die Bereiche der Literatur auf.<sup>392</sup>

Auch der Aufnahmeerfolg verschärft sich im Laufe der Jahre. Ein junger Autor braucht die Fürsprache zweier Bürgen, um überhaupt in den Kandidatenstand zu gelangen. Das bedeutet in der Regel, dass der Autor schon einige Arbeiten veröffentlicht hat. Zumeist dauert es danach noch etliche Jahre, um sein Talent zu beweisen und ein Mitglied des Schriftstellerverbandes zu werden. Für den Nachweis des Talents bestehen, wenn überhaupt nur interne Kriterien, und es ist anzunehmen, dass das politische Wohlwollen eine entscheidende Rolle spielt. So sind doch 80 Prozent des Vorstandes SED-Mitglieder. Auch das Statut inklusive Neuregelungen des Schriftstellerverbandes selbst entspringt dem Ministerium für Kultur.<sup>393</sup>

Untersuchungen haben verdeutlicht, daß der Schriftstellerverband der DDR seiner Struktur nach keine demokratische Interessensvertretung der Autoren darstellt, sondern daß er als eine Art Überleitungsinstanz zwischen dem staatlichen Apparat und der einzelnen Autoren zu werten ist, um Beschlüsse von oben nach unten möglichst reibungslos zu kanalisieren und gegebenenfalls mit Gewalt durchzusetzen.<sup>394</sup>

Interessant ist auch die Tatsache, dass der Verband nur Vertreter *schöngeistiger Werke*<sup>395</sup>, also nicht Autoren von Sachbüchern, wissenschaftlicher Fachliteratur, Übersetzungen oder sonstigen populärwissenschaftlicher Arbeiten zulässt. Nichtschriftsteller, wie Lektoren oder Literaturwissenschaftler und sogar Parteifunktionäre werden jedoch unter der Voraussetzung aufgenommen, dass sie sich *hervorragende Verdienste bei der Förderung der sozialistischen Nationalliteratur erworben haben*<sup>396</sup>. Auch die 1957 vorgesehenen Gründe für einen Austritt,

---

<sup>391</sup> Vgl.: ebd. S. 128-137

<sup>392</sup> zitiert aus: ebd. S. 137

<sup>393</sup> Vgl.: ebd. S. 138-139

<sup>394</sup> zitiert aus: ebd. S. 139.

<sup>395</sup> ebd. S. 138

<sup>396</sup> ebd. S. 138

Tod, Ausscheiden und Ausschluss, werden später durch die *Entlassung aus der Mitgliedschaft* und das *Erlöschen der Mitgliedschaft* erweitert. Vor allem letztere werden in der Praxis dazu verwendet, um politisch unliebsam gewordene Schriftstellerkollegen loszuwerden, beziehungsweise genügend Druckmittel für willkürliche und taktische Maßregelungen zu besitzen.<sup>397</sup>

Alles in allem ist der DDR-Schriftsteller dann finanziell gut abgesichert, sofern er sich an parteipolitisch beziehungsweise verbandspolitisch festgelegte Spielregeln hält. Gesellschaftliche Kritik, das unverhohlene Darstellen von Missständen, das Einfordern von Rechten oder gar Systemkritik gehören nicht dazu. Sollte er sich mit dem System arrangieren, verliert er, nicht zuletzt durch die ihm gewährten Privilegien, mehr und mehr den Kontakt mit dem Boden der gesellschaftlichen Realität, da er ja von elementaren Problemen des Normalbürgers abgeschirmt wird. Gerade die Aufwertung des Arbeiterstandes wird aber in der DDR zumindest offiziell angestrebt. Immer wieder fordern von oben verordnet Initiativen Arbeiter auf, sich literarisch zu betätigen, wie im Kapitel *Der Bitterfelder Weg 1959 und die Rolle Otto Gotsches* noch dargelegt wird. Auch der Kulturbund besitzt eine Quote, um so gerade Literaten, die nicht aus der bestehenden bürgerlichen intellektuellen Elite stammen, zu generieren. Der Hintergedanke, dass diese parteitreu hinter den Ideen der Führung stehen würden, funktioniert nur so lange, als sie selbst mit der von ihnen ja zuerst eingeforderten Meinung aus Sicht der Arbeiterklasse nicht in die Mühlen des konformistischen Systems geraten. Dieser Verrat, der dieses Erkenntnis der Unfreiheit innewohnt, zerstört auch Leben, wie das Beispiel Werner Bräunig später noch veranschaulichen wird. Ist der DDR-Literat also nicht in den erlesenen Kreis des Schriftstellerverbandes aufgenommen worden, oder wird er gar aus diesem wieder ausgeschlossen, geht es nicht nur um eine finanzielle Schlechterstellung und den Wegfall von Privilegien, sondern um eine geistig-literarische, psychische und mitunter soziale Isolierung, die einer existenziellen Vernichtung gleichkommt und oftmals auch die physische nachsichzieht.

---

<sup>397</sup> Vgl.: ebd. S. 138-139

## 6. Zensurbehörden im Dienst politischer „Kreativität“

Die staatlich verordnete „Begutachtung“ der Texte – also die Zensur, verläuft in streng geregelten, bürokratischen Bahnen. Gerade bei der Betrachtung der DDR-Zensur fällt aber auf, dass die Zuständigkeiten nicht eindeutig und die Befugnisse nicht klar geregelt sind. Die in dieser Arbeit vorrangig betrachtete Zeitspanne, zeigt zudem zahlreiche politische Kurskorrekturen, die in ihrer Wirkung an den behördlichen Kontrollstellen nicht spurlos vorüber ziehen. Von oben diktierte Änderungen machen das bereits komplexe System, nicht nur in der Betrachtung von außen, nahezu unüberblickbar. Auch für die Akteure und die von den Maßnahmen betroffenen Personen selbst dürfte dies so gewesen sein. Die Folgenden Kapitel geben einen Eindruck über die von den Zensurbehörden zu leistenden Aufgaben und zeigen die wichtigsten Änderungen und parallelen zu den ausschlaggebenden politischen Vorkommnissen.

### 6.1 Das Amt für Literatur und Verlagswesen und seine Aufgaben

Die DDR-Literatur ist eine geplante, eine gelenkte, eine geleitete und eine kontrollierte Literatur. Sie ist eine Literatur, die nicht primär dem individuellen Selbstausdruck dient, sondern sie erfüllt einen gesellschaftlichen Auftrag im Kontext einer alle gesellschaftlichen und materiellen Bereiche umfassenden Gesamtplanung.<sup>398</sup>

Zwischen 1951 und 1965 entwickelt sich eine Literaturbehörde, die im Laufe der Zeit immer zentralisierter wird und professioneller agiert. Die staatliche Lenkung des Buchhandels und mit diesem eng verknüpft auch die Zensur wächst mit ihren Aufgaben.<sup>399</sup>

Geschichte, Funktionsweise und theoretische Legitimation des Zensurapparates sind letztlich im Rückblick auf seine Wurzeln im Milieu des sozialdemokratischen Buchhandels um die Jahrhundertwende, im kommunistischen Parteibuchhandel der Weimarer Zeit und im sowjetischen Verlags- und Zensursystem der Stalin-Zeit zu interpretieren.<sup>400</sup>

Das im Herbst 1951 entstehende Amt für Literatur ist mit vielfältigen Aufgaben betraut. Das gilt auch für seine durch diverse Strukturänderungen hervorgebrachten Folgeinstitutionen. Die Obliegenheiten erstrecken sich von der Themenplanung und Devisenlenkung über die Literaturpropaganda und Verlagspolitik bis zur Zusammenarbeit mit dem Buchhandel und

---

<sup>398</sup> zitiert aus: ebd. S. 5

<sup>399</sup> Vgl.: Barck Simone, Langermann, Martina, Lokatis, Siegfried: „Jedes Buch ein Abendteuer“. Zensursysteme und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre. Berlin: Akademie Verlag GmbH, 2. Aufl., 1998, S. 21

<sup>400</sup> ebd. S. 21

den Druckereien. Es handelt sich um Elemente der Förderung und Steuerung von Literatur wie zum Beispiel den innerdeutschen Literaturaustausch oder den Import von Sowjetliteratur. Sie bedient sich dabei Verfahrensweisen wie beispielsweise die Organisation des Buchhandels oder die Veranstaltungen von Buchbasaren, die von der Sowjetunion übernommen sind und so literaturpolitische Kennzeichen darstellen, ebenso wie dem Mittel der Zensur. Angesichts der Tatsache, dass der staatliche Literaturapparat in ständiger Bewegung ist, sollen auszugsweise drei Personen namentlich genannt werden, die die Belletristik-Zensur in den fünfziger Jahren maßgeblich beeinflusst haben. Seit der Gründung des Amts für Literatur bis 1958 regeln Oskar Hoffmann, Karl Böhm und Luise Kraushaar die Zensur. Schon im Jahr 1946 wird der *Kulturelle Beirat* als Vorläuferinstitution gegründet. Das damals ehrenamtliche Gremium sorgt beim Prüfen der Manuskripte für langwierige Prozeduren – diese müssen bis zu sieben Prüfungsinstanzen durchqueren. Ab 1951 soll das *Amt für Literatur und Verlagswesen* (ALV) im Gegensatz zum Kulturellen Beirat mit seinen schier endlosen Verfahren die Arbeit schneller erledigen, damit keine Unterbrechung im laufenden Produktionsprozess entsteht. Aus diesem Grunde werden die vom Beirat übernommenen beratenden Fachkommissionen ausgeschaltet. Die Anträge sollen demnach exakt gleichzeitig schnell erledigt<sup>401</sup> und *Ablehnungen von Manuskripten nicht aus Feigheit hinausgezögert, sondern – ebenso wie Abänderungsvorschläge – den Verlagen umgehend in höflicher, taktvoller Form mit klarer sachlicher Begründung mitgeteilt werden [...]*<sup>402</sup> und Missverständnisse und Spannungen seien zu klären. Es gilt also einerseits, die Verlagsvertreter von einer Korrektur zu überzeugen, andererseits die Effizienz zu steigern. So kann das Amt zwar mittels eines internen Wettbewerbs 1952 die durchschnittliche Sichtungsdauer eines Manuskripts durch einen Lektor von 23 auf 9 Tage verkürzen, bei insgesamt 6.000 Einreichungen pro Jahr ist aber weiterhin ein Netz von externen Gutachtern, die aus einer Liste des Kulturellen Beirats ausgewählt werden, nötig. Eine weitere Arbeitserleichterung erreicht die Behörde, indem die eingereichten Manuskripte einer Vorselektion unterliegen. Bereits genehmigte Werke (Nachauflagen) werden ebenso wie technische und mathematische Formelblätter nur ausnahmsweise geprüft, des Weiteren sind Bildproduktionen und Notenblätter nicht sehr arbeitsintensiv. Manuskripte, die redaktionell unvollkommen sind, werden erst gar nicht zu Ende gelesen und aus Erziehungsgründen an die Verlage zurückgegeben. Die Verlagsgutachten sind in Folge mitunter so kritisch, dass eine weitere Verbesserung nicht nötig zu sein scheint. Die Verlage sollen jetzt das eingereichte

---

<sup>401</sup> Vgl.: ebd. S. 21-27

<sup>402</sup> ebd. S. 27



Werk bewerten und charakterisieren. Manchmal versuchen Verlage dies zu umgehen, indem sie in bereits genehmigten Manuskripten nachträglich ganze Kapitel neu anhängen oder Änderungen vornehmen. Auch gibt es für bestimmte Verlage Sonderregelungen. So zum Beispiel für den Parteiverlag Dietz, der als Abteilung dem Zentralkomitee (ZK) untersteht, sowie für den Schulbuchverlag Volk und Wissen, der, wenngleich nur formal, zu dem ALV gehört. Hier werden die Druckgenehmigungen blanko ausgestellt, da die korrekte politische Gesinnung und das Wissen um die aktuelle Parteilinie nicht in Frage gestellt werden muss.<sup>403</sup>

Um geeignete Zensurkriterien herauszufinden und neue Referenten einzuarbeiten, findet innerhalb des Amtes für kurze Zeit auch das *Koppelungsverfahren*<sup>404</sup> Anwendung. Bei diesem Verfahren arbeiten zwei Begutachter an einem Manuskript und kontrollieren sich so gegenseitig. Im Zweifelsfall wird ein Dritter hinzugezogen. Allerdings ist diese Methode aufgrund ihres zeitlichen Aufwands längerfristig nicht finanzierbar. Dazu muss auch erwähnt werden, dass die Kosten für eine derartige Begutachtung beziehungsweise Zensur den Verlagen verrechnet werden. Seit Anfang 1952 informiert das Amt für Literatur und Verlage den *Deutschen Schriftstellerverband* (DSV) über eingehende belletristische Manuskripte, ferner Aufstellungen nicht genehmigter und genehmigter Titel, sowie über bestimmte Verlagsverhandlungen.<sup>405</sup>

Im vierten Quartal 1952 wurden an Belletristik von 209 Manuskripten 122 lektoriert, davon 14 durch Mitarbeiter des Amtes. Sechs Manuskripte wurden abgelehnt oder zurückgezogen, fünf an den Verlag zur Überarbeitung zurückgegeben.<sup>406</sup>

Um eine reibungslose Themenplanung und eine langfristige Literaturpolitik zu gewährleisten, sind klare Regelungen der Zensurtätigkeit innerhalb der Abteilungen des Amtes notwendig. Durch die sich ständig verändernden Vorgaben des ZKs ist es sowohl für die Behörde selbst, im Besonderen aber für Verleger nahezu unmöglich vor auszuplanen. Ein gerade im Verlagswesen unhaltbarer Zustand. Zwar wird schon im November 1951 der erste Maßnahmenkatalog vom ZK an das ALV zur Orientierung ausgehändigt, dieser bietet allerdings nur allgemeine Anhaltspunkte. In seinen 15 Punkten werden die Einfuhr sowjetischer Manuskripte, der Spielraum für wissenschaftliche Diskussionen, die Sonderrolle des Dietz Verlages, der Umgang mit westdeutschen Verlagen, der Aufbau der Literaturkritik, die Geschichtswissenschaft auf der Grundlage des Historischen Materialismus und die

---

<sup>403</sup> Vgl.: ebd. S. 27-29

<sup>404</sup> ebd. S. 29

<sup>405</sup> Vgl.: ebd. S. 28-30

<sup>406</sup> ebd. S. 29

Förderung von Autoren der Arbeiterklasse behandelt.<sup>407</sup> Grundsätzlich sollte laut Punkt 11 „es als eine zentrale Aufgabe unserer Verlagsplanung“ betrachten, bei der politischen, moralischen und ästhetischen „Erziehung des neuen Menschen ... entscheidend mitzuwirken“.<sup>408</sup>

1953 kommt es zu einem politischen Kurswechsel. Dieser zeigt, dass sich Zensurkriterien schriftlich zu fixieren, als durchaus problematisch erweisen kann. Hinzu kommt eine Papierkrise, die Anfang des Jahres wiederum zum Anlass genommen wird, Produktionspläne der Verlage zu sichten und unbequeme Werke nicht in Druck gehen zu lassen. Das ALV Abteilung Begutachtung kreiert dazu einen *Schwerpunkt-Literaturentwicklungsplan*<sup>409</sup>. Im Vordergrund stehen Literaturen zum Fünfjahrplan und zur *Erziehung der Werktätigen*<sup>410</sup>. Sechs Themengruppen sollen eigens gefördert werden.<sup>411</sup>

1. der Kampf um die nationale Einheit und die Entlarvung des Imperialismus;
2. die deutsch-sowjetische Freundschaft, die Freundschaft mit den Volksdemokratien und der Befreiungskampf anderer Völker;
3. die Entwicklung der sozialistischen Industrie speziell auf den Gebieten Bergbau, Maschinenbau und Elektronik;
4. die sozialistische Umgestaltung des Dorfes;
5. die Schaffung der nationalen Streitkräfte und ideologische Hebung der Verteidigungsbereitschaft;
6. die fortschrittlichen Traditionen des deutschen Volkes und speziell der Arbeiterbewegung.<sup>412</sup>

Thematisch nicht in dieses Schema passende Literatur wird entweder ganz gestrichen oder aufgrund des vorherrschenden Papiermangels in der Auflagenstärke herabgesetzt.<sup>413</sup>

Diese Strategie, Bücher zwar nicht zu verbieten, aber in ihrer Wirkung zu drosseln, gehörte bis 1989 mit zu den wichtigsten Taktiken der DDR-Literaturpolitik, eine zwar wirksame, aber zweischneidige Waffe, insofern sie das Publikumsinteresse auf die kontaminierte Ware richtete.<sup>414</sup>

In der Praxis bedeutet jede Kursänderung der Partei eine problembehaftete Kettenreaktion, die sich von der begutachtenden Behörde, dem Amt für Literatur und Verlagswesen, über die Verlage und Autoren bis zum Leser fortsetzt. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen:

„Quasi zufällig“ wurde das Amt z.B. mit wichtigen „Richtlinien“ bekannt gemacht, als der Genosse Schneidewind von ZK Anfang 1953 telefonisch die „Generallinie“ mitteilte, „daß

---

<sup>407</sup> Vgl.: ebd. S. 29-33

<sup>408</sup> ebd. S. 33

<sup>409</sup> ebd. S. 35

<sup>410</sup> ebd. S. 35

<sup>411</sup> Vgl.: ebd. S. 33-35

<sup>412</sup> zitiert aus: ebd. S. 35

<sup>413</sup> Vgl.: ebd. S. 35

<sup>414</sup> ebd. S. 37

kein Werk, das nicht auf der Höhe der Arbeit Stalins [über die *Ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, S.L.] stände, herauskommen dürfe“, bevor es umgearbeitet sei, da „die prinzipielle Frage entscheidend sei.“ Über ein Duzend Titel dringend benötigter ökonomischer Fachliteratur war damit für mehrere Jahre auf Eis gelegt. [...] Nach der Umarbeitung war Stalin nicht mehr zitierbar.<sup>415</sup>

Gerade in dieser Zeit und vor allem mit dem Kurswechsel in Moskau nach Stalins Tod sind Änderungen personeller und ideologischer Art eher die Regel als die Ausnahme und die Verunsicherung bei allen Beteiligten wächst. Begutachter und Verlage werden immer wieder mit neuen Listen konfrontiert, die entweder nicht zitierfähiges politisches Vokabular oder geächtete Personen beinhalten. Trotz allgemeinem Papiermangel kommt es zu zusätzlichen Produktionsleerläufen aufgrund von Zuteilungsproblemen und thematischen Schwerpunktveränderungen. Autoren werden weiterhin der Willkür der Behörde oder ihrer Vertreter ausgesetzt, sowie mit grotesken Fehlinterpretationen und Verbesserungsvorschlägen politischer Ausrichtung konfrontiert, die teilweise kafkaeske Ausmaße annehmen. Auch wenn sich die Literaturbehörde selbst mehr und mehr professionalisiert, ist sie letztlich immer an den ZK weisungsgebunden und kann so die Aufgabe der Steuerung mehr schlecht als recht erfüllen.

## 6.2 Die Strukturerneuerung innerhalb der Literaturbehörden

Mit dem *Neuen Kurs* ändern sich nicht nur die Kriterien der Kontrollen, sondern vor allem die Methoden. Das ALV überdenkt die Sinnhaftigkeit der Kriterienkataloge zugunsten eines flexibleren Ermessensspielraums der einzelnen Zensoren. Die wichtigste Grundlage hinsichtlich der Verfahrensweise mit problematischen Texten sind aber weiterhin die allgemeinen Vorgaben des ZKs sowie die Beschlüsse der Partei. Demzufolge müssen Lektoren und Verlage eine Erziehung unterlaufen, die bei gut begründeten Ablehnungen beginnt. Laut neuer Diktion muss die Zusammenarbeit des Amts für Literatur und Verlagswesen mit den Verlagen intensiviert werden. Das aktuelle Motto lautet: *überzeugen statt administrieren*<sup>416</sup>. Die Zusammenarbeit zwischen den Verlagen gestaltet sich sehr unterschiedlich. Dies ist nicht auf die handelnden Personen allein zurückzuführen, sondern liegt vor allem an den verschiedenen parteiabhängigen Macht- und Kompetenzüberschneidungen zwischen Behörden und den Verlagen übergeordneten Parteiorganisationen oder deren politischen Orientierung. Offiziell hat das ALV die

---

<sup>415</sup> ebd. S. 32-33

<sup>416</sup> ebd. S. 39

kulturpolitische Aufsichtsbezugnis über alle Verlage. Ausnahmen bilden der Dietz Verlag und *Volk und Wissen*, die direkt der SED unterstellt sind. In der Realität entziehen sich große Verlage, volkseigene und parteieigene Unternehmen dieser Aufsicht durch eigene Literaturpolitik, da sie der Kontrolle zweier mit dem Amt konkurrierenden Instanzen unterliegen. Erstens die *Hauptverwaltung Polygraphische Industrie im Ministerium für Leichtindustrie, die die volkseigenen Verlage wirtschaftlich anleitet*<sup>417</sup>, sowie das Druckerei und Verlagskontor (DVK), das als *Holding der Finanzabteilung des ZK die Verlage der SED und die Unternehmen befreundeter Massenorganisationen (z.B. Aufbau-Verlag, Neues Leben, Tribüne)*<sup>418</sup> kontrolliert. Da das DVK außer den Privatverlagen den Volksbuchhandel und den LKG [Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel GmbH], und damit weitgehend das buchhändlerische Vertriebssystem<sup>419</sup> kontrolliert, kommt es bis 1963 zu einer konkurrierenden Literaturpolitik zweier Abteilungen des ZKs. Das DVK und die Hauptverwaltung Polygraphische Industrie haben letztlich auch die Realisierung der Papierzuteilung in der Hand<sup>420</sup>. Zwar genehmigt das ALV den Verlagen das Papier – ob sie das Papier allerdings auch erhalten, liegt nicht in der Macht des ALVs. Verlage nützen im Gegenzug mitunter diese komplexe und verwirrende Situation für die Beschaffung zusätzlichen Papiers, indem sie auf Kontakte in den jeweils richtigen Organisationen zurückgreifen. Auch kommt es immer wieder vor, dass höhere Parteifunktionäre, die vom Amt bereits genehmigte Drucklegung von Manuskripten verhindern. Neben der herabwürdigenden Machtbescheidung, die das ALV hinnehmen muss, besteht sein Grundproblem weiterhin darin, die Begutachtung- und die Planungstätigkeit auf einen Nenner zu bringen. Die Planung arbeitet langfristig und wird durch überaus kurzfristige Zensurmaßnahmen behindert. Die Zensur verhindert oder verzögert die Produktion. Die Zusammenfassung der Abteilungen *Begutachtung* und *Planung*, die durchaus divergierende Interessen vertreten, ist zweifelsohne geeignet, dieses Übel zu mildern. Aus diesem Grunde wird 1955 die Planungsabteilung des Amtes aufgelöst und damit die Themenplanung der Begutachtungsabteilung übertragen. Allerdings wird dadurch ein Prozess in Gang gesetzt, der das ALV zum Versuch verführt, das Druckgenehmigungsverfahren gleich gänzlich abzuschaffen.<sup>421</sup>

---

<sup>417</sup> ebd. S. 39

<sup>418</sup> ebd. S. 39

<sup>419</sup> ebd. S. 40

<sup>420</sup> ebd. S. 43

<sup>421</sup> Vgl.: ebd. S. 37-49

### 6.3 Ein Demokratisierungsansatz?

Zur *Demokratisierung des Verlagswesens*<sup>422</sup> soll ursprünglich am 1. Oktober 1956 die Zensur offiziell aufgehoben werden, ganz ähnlich wie die Eingliederung der Literaturbehörde in das *Ministerium für Kultur* (MfK). Offenbar begünstigt die Tauwetterphase freilich nur die durchzuführende Strukturreform. Die angestrebte Zusammenlegung mit der Hauptverwaltung Polygraphische Industrie ist Ende 1955 bereits beschlossene Sache. Dies erfolgt im Rahmen des Ministeriums für Kultur und führt zu einer außergewöhnlich komplizierten parteipolitischen Situation. Die neue Hauptverwaltung Verlagswesen, ehemals das Amt für Literatur und Verlagswesen, untersteht neben dem ZK auch der Abteilung Wissenschaft. Die Literaturbehörde ist Teil des MfK und gleichzeitig der Kulturabteilung unterstellt.<sup>423</sup>

Deren Position im ZK war, wie der Sturz des zuständigen Sekretärs Paul Wandel 1957 zeigte, allerdings vergleichsweise schwach, zumal bald Alfred Kurellas Kulturkommission beim Politbüro eingesetzt wurde, die Finanzabteilung des ZK eifersüchtig über ihr Verlagsimperium wachte, mit dem Dietz Verlag auch die Abteilung Agitation und Propaganda literaturpolitisch aktiv war, und sich last but not least der Schriftsteller Otto Gotsche, die rechte Hand Walter Ulbrichts, jederzeit einmischen konnte. Aber auch im Ministerium für Kultur saßen außer dem schwerkranken Becher mit Alexander Abusch, Anton Ackermann und Erich Wendt angesehene Funktionäre der Moskau-Fraktion mit erheblichen informellen Einflußmöglichkeiten, die dem Ministerium für Kultur erweiterten Spielraum verschafften.<sup>424</sup>

Anfang der 1950er Jahre, also in der Frühphase der Zensur, verläuft der Dienstweg sozusagen von oben nach unten und die Zensurbehörde führt den vom ZK angegebenen Maßnahmenkatalog aus. Dagegen liegen die Dinge Mitte der fünfziger Jahre zwar anders, wenngleich nicht weniger kompliziert. So erlaubt sich die Literaturbehörde schon einmal die vorgesetzte ZK-Abteilung zu kritisieren, was die Methode der Anleitung betrifft, sowie eigene Konzepte zu verfolgen.<sup>425</sup>

Unter Ausnutzung der komplizierten Machtverhältnisse, der Handlungszwänge im Parteiapparat und der politischen Konjunktur konnte die staatliche Bürokratie der DDR auch in zentralen Fragen relativ selbständig Entscheidungen konzipieren, politisch vorbereiten und durchzusetzen versuchen.<sup>426</sup>

So wird beispielsweise die Aufhebung der Druckgenehmigung zuerst in der Hauptverwaltung konzipiert, und die Durchsetzung dieses Ansinnens auch gegenüber dem ZK überlegt. Das Zensursystem von China und der Sowjetunion wird studiert, um eine Argumentationslinie zu

---

<sup>422</sup> ebd. S. 52

<sup>423</sup> Vgl.: ebd. S. 52-53

<sup>424</sup> ebd. S. 53

<sup>425</sup> ebd. S. 54

<sup>426</sup> ebd. S. 54

finden. Dann erforscht man einen geeigneten Dienstweg und überlegt gezielt, für welche Absegnung, Entscheidung und Unterstützung das ZK überhaupt noch erforderlich sei. *Über die Betriebsorganisation der Zensurbehörde wurde dem ZK die Parole vermittelt: „Kontrolle bleibt, aber anders“.*<sup>427</sup> Dabei rücken jene Überlegungen ins Zentrum, die Zensur öffentlich zu machen, also Literaturkritik der Presse zu überlassen. Wortwörtlich soll *die Presse als Pranger [...] zur ideologischen Vernichtung*<sup>428</sup> organisiert werden. Allerdings verzögert sich die Zensuraufhebung aus bürokratischen Gründen erheblich, und das politische Wetter schlägt erneut um. Walter Janka, der Leiter des Aufbau-Verlages, wird am 6. Dezember 1956 verhaftet. Er hat die Überlegungen der Hauptverwaltung (HV) zur Abschaffung der Zensur zu früh an die Öffentlichkeit weitergegeben. Anfang August 1956 nörgelt er im *Sonntag*<sup>429</sup> über neue Aufgaben im Ministerium für Kultur<sup>430</sup>, und die Verlage wünschen vielmehr<sup>431</sup>

die Abschaffung der Druckgenehmigung die für jedes Manuskript eingeholt werden muß, bevor es in die Druckerei gegeben werden darf. Es handelt sich hier nicht nur um die Einstellung des recht bürokratischen Vorgangs, der mit Antragstellung und mit der Ausfüllung eines vierseitigen Din A4-Formulars verbunden ist, sondern noch mehr um die Grundfrage, wer die uneingeschränkte Verantwortung, für das, was gedruckt wird, zu tragen hat. Wir vertreten die Auffassung, daß nur die Verlage dafür verantwortlich sind und daß man eine solche Verantwortung durch das Hin- und Herwälzen formaler Vorgänge nicht einschränken darf.<sup>432</sup>

Gerade für die SED-Spitze gelten zu dieser Zeit die Verlage nicht mehr als Stützen, denen man durchaus eine gewisse Selbständigkeit gewähren kann, sondern als ein Herd der Konterrevolution.<sup>433</sup>

## 6.4 Reform und Verschärfung des Zensursystems 1958

Seit den Geschehnissen um Walter Janka ist an eine Aufhebung der Zensur nicht mehr zu denken. Bereits im Frühjahr 1957 vertritt Ulbricht einen härteren Kurs der Zensurbehörden mit dem Motto: *Man muß nicht alle Blumen blühen lassen.*<sup>434</sup> Während die verantwortlichen Stellen der Zensur dies noch ignorieren, entsinnt sich Kulturminister Walter Abusch im Juli 1957 am 32. Plenum dieser Worte. Er schiebt die Geschehnisse dem sich in Haft befindlichen Walter Janka in die Schuhe, und fordert die *Verlagsproduktion auf die kulturpolitisch-*

---

<sup>427</sup> ebd. S. 55

<sup>428</sup> zitiert aus: ebd. S. 56

<sup>429</sup> ebd. S. 57

<sup>430</sup> ebd. S. 57

<sup>431</sup> Vgl.: ebd. S. 56-57

<sup>432</sup> zitiert aus: ebd. S. 57

<sup>433</sup> Vgl.: ebd. S. 57

<sup>434</sup> ebd. S. 58

*erzieherische Funktion der Literatur im sozialistischen Sinn einzustellen*<sup>435</sup>. Karl Hagemann und die Hauptverwaltung Verlagswesen müssen *als echte Aufgabe die Zensurfunktion anerkennen*<sup>436</sup>. Trotzdem hofft er vergeblich, ganz im Interesse seiner Strukturreform, die Zensur – wenn schon nicht aufzuheben – so doch an die *Vereinigung Volkseigener Betriebe* (VVB) Verlage abzugeben. Allerdings scheitert das Modell, da man eine Hoheitsaufgabe (Zensur) nicht an die *Spitzenorganisation eines Industriezweiges*<sup>437</sup> übertragen kann, die *als deren Rechtsträger zivilrechtlichen Charakter*<sup>438</sup> haben wird. Weiterhin beharrt Karl Hagemann darauf, dass *neue Formen und Methoden*<sup>439</sup> der *Begutachtung und Druckgenehmigung, wie sie zur Zeit noch an der HV Verlagswesen gehandhabt werden*<sup>440</sup>, notwendig seien, *um die für diese Frage aufzuwendende Arbeitszeit in minimalen Grenzen zu halten*<sup>441</sup>. Der Versuch Hagemanns, die Zensur abzuschaffen, mündet in ihrer Verschärfung – die Nachzensur wird eingeführt. Die Abteilung prüft nun das fertige Buch, die Auslieferung erfolgt jedoch erst nach Freigabe des Titels.<sup>442</sup>

Die Abteilung erteilt nicht mehr Druckgenehmigungen nach Begutachtung der von den Verlagen eingereichten Manuskripte, sondern prüft das fertige Buch (Signalexemplar). Erst nach der Freigabe des Titels kann die Auslieferung erfolgen. Ergibt die Kontrolle durch den Staatsapparat, daß ein Buch nicht ausgeliefert werden kann, so sind die für seine Herausgabe in den Verlagen Verantwortlichen am ökonomischen Verlust zu beteiligen.<sup>443</sup>

Natürlich hätte dieser Schritt die Verantwortung der Verlage verstärkt und durch Auslagerung in der HV Personal eingespart, denn das ist ja das eigentliche Ziel Hagemanns.

Aber wo eine Lücke geschlossen wird, erscheint eine neue. Mit der Nachzensur und der Begutachtung des Signalexemplars anstelle des Manuskripts werden Unmengen von Druckkapazitäten gebunden und viele Extrakosten verursacht. Eine Einsicht, der sich die Kulturkommission und das ZK anschließen. Als Konsequenz fordert letzteres die Auflösung der Hauptabteilung und das Führungsteam als Bauernopfer kaderpolitischer Sanktionen.<sup>444</sup>

Vor allem aber die

Wiederherstellung einer zuverlässigen funktionierenden ideologischen Kontrolle [...] aller Verlagserscheinungen. [...] Lehren aus dem Kampf gegen den Revisionismus und

---

<sup>435</sup> ebd. S. 84

<sup>436</sup> ebd. S. 84

<sup>437</sup> ebd. S. 84

<sup>438</sup> ebd. S. 84

<sup>439</sup> ebd. S. 84

<sup>440</sup> ebd. S. 84

<sup>441</sup> ebd. S. 84

<sup>442</sup> Vgl.: ebd. S. 84-85

<sup>443</sup> zitiert aus: ebd. S. 85

<sup>444</sup> Vgl.: ebd. S. 85-86

Liberalismus [...] erfordern die Schaffung einer politischen und personell stärkeren Begutachtung in dieser Hauptabteilung.<sup>445</sup>

Diese erneute Umstrukturierung mit klarem Rückschritt zu alten Zensurformen erfordert interessanterweise wieder erneutes Personal, um dessen Einsparung es ursprünglich gegangen wäre, wie es die Vorgaben des 32. Plenums verlangen.

Demgegenüber stehen aber erhöhte Kosten durch die notwendige personelle Verstärkung der Hauptabteilung Literatur und Buchwesen, die die ideologische Kontrolle (Begutachtung) aller Verlagserscheinungen sichern muss. Hier handelt es sich um eine erstrangige politische Frage, die durch vermehrte ideologische Kader auf diesem Gebiet gelöst werden muß.<sup>446</sup>

Im Zuge dieser Neustrukturierung werden die Blanco-Druckgenehmigungsformulare wieder eingezogen: Illustrationen, Bilder und satzreife Manuskripte sind vorlagepflichtig. Die Verlage müssen die extern erstellten Verlagsgutachten nun an die Zensurbehörden abgeben. Nach den Änderungen von 1957 wird die Nomenklatur 1958 erneut verschärft, was bedeutet, dass etwa 2.000 von 7.000 Titeln erneut überprüft werden müssen. Alles in allem ein unglaublicher Arbeitsaufwand, der für die Aufrechterhaltung der ultimativen Parteikontrolle betrieben wird. Ebenfalls führen derartige Schnellschüsse meist unbeabsichtigt zu Grotesken, wie folgendes Beispiel belegt: Die Leitung weist die Zensoren darauf hin, dass eingeführte Literatur *mit derselben Sorgfalt und mit denselben Maßstäben zu prüfen [sei]...wie bei der Erteilung einer Druckgenehmigung*<sup>447</sup>. Ebenso ist mit Werken aus den sozialistischen Bruderländern zu verfahren. Diese eigentlich nicht besonders bemerkenswerte Neuerung erweist sich jedoch insofern als gravierend, als nun, ab dem Jahre 1958, auch sowjetische Literatur aus dem Mutterland genauer unter die Lupe der Zensur genommen wird. Eine ausgesprochen paradoxe Situation, die jedoch aus nachvollziehbaren Überlegungen entspringt.<sup>448</sup>

Während es dem staatlichen Literaturapparat allmählich und mit äußerster Anstrengung gelang, die DDR gegenüber „dekadenten“ literarischen Erscheinungen aus dem Westen abzuschotten und die Einfuhr sowjetischer Literatur zu forcieren, entstand gerade dadurch eine für die SED-Spitze ungleich größere Gefahr, ein ideologischer Sprengsatz mit Zeitzündereffekt. Denn anders als westliche Literatur war, was in der Sowjetunion erschien, Maßstab und konnte als Vorbild gelten, um politische Änderungen einzuklagen.<sup>449</sup>

Das Werkzeug der Zensur, vom kommunistischen Mutterland eingefordert und erlernt, richtet sich nun gegen dieses selbst. Eine ungewöhnliche Situation unter welcher vor allem der

---

<sup>445</sup> zitiert aus: ebd. S. 86

<sup>446</sup> zitiert aus: ebd. S. 86

<sup>447</sup> ebd. S. 89

<sup>448</sup> Vgl.: ebd. S. 89

<sup>449</sup> ebd. S. 89



Verlag *Kultur und Fortschritt* leidet, der auf die Einfuhr sowjetischer Literatur spezialisiert ist.<sup>450</sup>

Am besten lässt sich die Lage durch das Schuldeingeständnis des langgedienten Mitarbeiters des ehemaligen Amtes für Literatur und Verlage, Oskar Hoffmann, charakterisieren, wenn er auf der Tagung der Volkseigenen Verlage im Mai 1958 über die Begutachtungsfunktion, beziehungsweise Zensur meint, dass<sup>451</sup>:

[d]iese Funktion ein prinzipielles Erfordernis der Diktatur des Proletariats ist, besonders in Anbetracht der unmittelbaren Nachbarschaft der Imperialistischen Welt. Auf der gleichen Linie lag die falsche Meinung, daß Demokratisierung auf Kosten des Zentralismus vor sich gehen könne.<sup>452</sup>

Generell lässt sich ab dem Jahre 1958 trotz all der wankelmütigen Veränderungen um die Literaturbehörde, eine verstärkte Kooperation der Verlage mit den Literaturbehörden feststellen. Die von diesen Maßnahmen zwar wenig begeisterten Verlage haben keine andere Wahl als mitzuspielen.

## 6.5 Der Bitterfelder Weg 1959 und die Rolle Otto Gotsches

Was in den Geschichtsbüchern als *Bitterfelder Weg* bezeichnet wird, hat ihren Ursprung als Autorenkonferenz des *Mitteldeutschen Verlages* (MDV), die in der Chemiestadt Bitterfeld am 24. April des Jahres 1959 stattfindet. Die dabei neu entstandene kulturelle Bewegung ist insofern von Bedeutung, als sie sich dem Ziel, die sozialistische Kulturrevolution voranzutreiben, einerseits verpflichtet fühlt, andererseits in der Geschichte einzigartig scheint. So werden DDR-Berufsschriftsteller dazu verdonnert, *in die Betriebe zu gehen, um ihre schriftstellerische Tätigkeit mit der materiellen Lebenswelt des arbeitenden Menschen unmittelbar zu verbinden*.<sup>453</sup> Gleichzeitig sollen sich Arbeiter selbst am Schreiben erproben und die Möglichkeit in Betracht ziehen, die Schwierigkeiten der Produktions- und Arbeitswelt zu schildern. Auf diese Weise sollen die Arbeiter zu aktiven Schöpfern ihrer eigenen Realität

---

<sup>450</sup> Vgl.: ebd. S. 89

<sup>451</sup> Vgl.: ebd. S. 86

<sup>452</sup> zitiert aus: ebd. S. 86

<sup>453</sup> Scharfshwerdt, J.: Literatur und Literaturwissenschaft in der DDR. Eine historisch-kritische Einführung, 1982, S. 109

werden. Konkret sollen sie zur *Verwirklichung der sozialistischen Demokratie*<sup>454</sup> im Betrieb, von oben verordnet, aber dennoch kreativ, beitragen.<sup>455</sup>

Zur Entstehungsgeschichte des *Bitterfelder Weges* der mit Otto Gotsche als *kulturpolitischer Referenzmythos zur Legende*<sup>456</sup> wird, sei Folgendes gesagt: Der MDV kann in dieser Zeit mit zwei Autoren aufwarten, die beide einen Nationalpreis erhalten haben: Bruno Apitz, den Verlagsleiter des MDV, und Otto Gotsche, seit 1949 persönlicher Referent Walter Ulbrichts. Der Antifaschist und KPD-Instrukteur Gotsche ist eigentlich gelernter Klempner. Nach dem Krieg ist er unter anderem Landesrat in Eisleben bei Halle und übt das Amt eines Ministerialdirektors der Landesregierung von Sachsen-Anhalt aus. Mit der Schriftstellerei in Kontakt kommt Gotsche in der Arbeiterkorrespondentenbewegung der zwanziger Jahre. Sein Werdegang und vor allem die parteiliche Nähe zu Walter Ulbricht verschafft Gotsche zahlreiche Möglichkeiten der Einflussnahme in die Kulturpolitik der fünfziger Jahre.<sup>457</sup>

Im Unterschied zu Kurt Hager, Alfred Kurella und Erich Wendt, die sonst auf diesem Gebiet die Fäden zogen, war Gotsches Einfluß jedoch informeller Natur und verschaffte sich, wie vor allem bei der Durchsetzung des „Bitterfelder Weges“, eher sporadisch, dafür aber um so nachdrücklicher Geltung.<sup>458</sup>

Gotsches Einfluss kommt vor allem auch dem Mitteldeutschen Verlag zugute.

...ob es darum ging, Gehaltserhöhungen für Mitarbeiter durchzusetzen, um Lektoren aus Berlin anzulocken, den Kulturfonds zur Autorenförderung aufzustocken, beim Zollamt Halle festgehaltene Bücher frei zu bekommen oder außer der Reihe einen Kühlschrank für das Ferienhaus des Verlages in Königswusterhausen zu ergattern, wozu das Sekretariat des Ministers für Handel und Versorgung eingeschaltet werden mußte. Im Kampf ums Papier setzte sich Gotsche allerdings hauptsächlich für seine eigenen Bücher ein.<sup>459</sup>

Gotsche betrachtet den MDV als seinen *Privatverlag*. Als diese Einflussphäre durch Pläne des Schriftstellerverbandes 1960 bedroht wird – diese versuchen den MDV nach dem Muster der organisationseigenen Verlage zu unterstellen, was den Handlungsspielraum der Autoren erweitert hätte – zögert er keine Sekunde, um sich des Themas mit Hilfe einflussreicher Genossen zu entledigen. Laut Erich Loest ist Gotsche:

„ein Stalinmann, ein Ulbrichtmann, starr bis an sein Lebensende. Die wenigen Male, da ich ihm begegnete, flößte er mir Furcht ein ... Seine Knopfaugen waren kalt und wachsam. Solange er es für richtig hielt, schanzte er dem Mitteldeutschen Verlag Papier und Einfluß zu,

---

<sup>454</sup> ebd. S. 109

<sup>455</sup> Vgl.: ebd. S. 109

<sup>456</sup> Barck, S., Langermann, M., Lokatis, S.: „Jedes Buch ein Abenteuer“. Zensursysteme und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, 1998, S. 143

<sup>457</sup> Vgl.: S. 140

<sup>458</sup> ebd. S. 140

<sup>459</sup> ebd. S.141

er funktionierte normal geplante Verlagstreffen – in Bitterfeld sollten sie stattfinden– zu wegweisenden Konferenzen um“.<sup>460</sup>

Fritz Bressau, Leiter des MDV, ist nicht wohl bei dem Gedanken, die jährliche Autorenkonferenz, *auf der die Verlagsautoren zur Unterstützung des Chemieprogramms („Chemie bringt Brot, Wohlstand und Schönheit“) und der neuen „sozialistischen Brigaden“ aufgefordert werden sollten*<sup>461</sup>, zu einer ZK-Kulturkonferenz aufzuwerten. Er sucht nach Beistand, bekommt aber lediglich die Bestätigung, dass auf Vorschlag Gotsches diese Konferenz im Beisein und mit der Unterstützung Walter Ulbrichts stattzufinden hat. Sie möge das Motto *Greif zur Feder Kumpel* aufgreifen, eine Idee eines gewissen Werner Bräunig, Arbeiter der Wismut AG.<sup>462</sup>

„Die Freunde aus Halle“ hatten Gotsche Anfang März 1959 aufgesucht, um ihn als Hauptredner für die Autorenkonferenz und, so Gotsche, „dafür zu gewinnen, mit dem Genossen Walter Ulbricht zu sprechen, um ihn für die Konferenz zu interessieren. Sie glaubten, daß seine Teilnahme nicht nur den Erfolg der Tagung sichern, sondern ihr auch eine höhere prinzipielle Bedeutung verleihen würde. Noch gingen sie von Überlegungen aus, die ihren speziellen Verlagsaufgaben entsprangen.“ Gotsche schien das Programm gut durchdacht und der Tagungsort gut ausgewählt. Neu und richtig fand der Veteran der Arbeiterkorrespondentenbewegung der zwanziger Jahre vor allem, daß auch Arbeiter zum Schreiben aufgerufen waren. [...] In der Absicht, entsprechend der Parole des V. Parteitags („Arbeiter, erstürmt die Höhen der Kultur!“) eine „breite Bewegung der kulturellen Selbstbestätigung für das ganze Volk zu organisieren und „die schöpferischen Energien des Volkes“ zu wecken, habe Ulbricht „in der für ihn typischen Art“ sofort eine neue, umfassende Konzeption entwickelt und „in wenigen kurzen Sätzen“ die Hauptgedanken umrissen: „Damit war in großen Zügen das, was wir später als den Bitterfelder Weg“ bezeichneten, in den Grundlinien abgesteckt.“<sup>463</sup>

Die obige Darstellung bedarf in drei Punkten einer Richtigstellung: Erstens hat der MDV von Walter Ulbricht Mitte Jänner eine mündliche Tagungsteilnahmebestätigung erhalten, zweitens stammt das noch grob ausgearbeitete Konzept von Gotsche und nicht von Ulbricht und drittens ist die Rolle des schreibenden Arbeiters Gotsches eigene Erfindung. Der Titel *Greif zur Feder Kumpel* musste kurz vor der Konferenz noch durch den Zusatz *Die sozialistische Nationalkultur braucht dich* ergänzt werden.<sup>464</sup>

In der Tradition der Arbeiterkorrespondenten aus der Weimarer Republik und in Parallele zu den sog. Volkskorrespondenten bei den Zeitungen, von denen es 1959 schon rund 9500 gab, entstanden Hunderte von *Zirkeln schreibender Arbeiter* auf Betriebs-, später auch Stadtteilebene, in denen hauptsächlich Arbeiter, später auch mehr und mehr Angestellte, Lehrer, Schüler usw. mitarbeiteten. Sie überschritten die passive Konsumhaltung gegenüber der Kultur, indem sie selbst – und zwar kollektiv, nicht als Schriftstellerindividuen – Literatur

---

<sup>460</sup> zitiert aus: ebd. S. 142

<sup>461</sup> ebd. S. 142

<sup>462</sup> Vgl.: ebd. S. 142

<sup>463</sup> zitiert aus: ebd. S. 143

<sup>464</sup> Vgl.: ebd. S. 143

produzieren, die *aus* ihren Interessen entstand und *für* ihre Interessen wirken sollte. Das gilt insbesondere für das neue Genre Brigadetagebuch, das über alltägliche Vorkommnisse im Produktionsprozeß geführt wurde, aber thematisch oft weit darüber hinausgriff, indem es die Beziehungen der Menschen untereinander, von einer Brigade zur anderen usw. darstellte und sich dazu vielfältiger Formen wie Bericht, Notiz, Stellungnahme, Glosse, Satire, Gedicht, Portrait usw. bediente.<sup>465</sup>

Die Ermunterung der Arbeiter zur Eigeninitiative, das Medium der Schriftstellerei zu nutzen, wird der Partei bald unheimlich. Wie durch ein Wunder trifft das schreibende Volk zwar möglicherweise den Nagel auf den Kopf, jedoch nicht den Geschmack der SED-Funktionäre. Diese sehen sich bald genötigt, Grenzen zu ziehen. Schon bei der Kulturkonferenz 1960 wird von einer *Fehlorientierung*<sup>466</sup> der schreibenden Arbeiter und vor *allen einseitigen Formen gezielt politisch-agitatorischer Darstellung der Arbeitswelt*<sup>467</sup> gewarnt. Ferner kann es nicht gebilligt werden, dass die *schreibenden Arbeiter eine Hauptquelle der sozialistischen Nationalliteratur*<sup>468</sup> darstellen, sondern sich in allererster Linie zu Berufsautoren qualifizieren müssen. Vielmehr solle die ästhetische Darstellung in der literarischen Produktion im Vordergrund stehen.<sup>469</sup>

Die erneute Verpflichtung auf das ideologische Grundprogramm des sozialistischen Realismus bedeutete zugleich, daß erstens eine Orientierung der neuen Literatur an den tradierten literarischen Formen wieder erfolgte, und sie zweitens wiederum auf das klassische Literaturerbe im Sinne der Parole »Goethe und Bitterfeld« in ideologisch höchst planer Weise verpflichtet wurde. Damit sollte die Literatur des Bitterfelder Weges sich am Ende als eine Variante des sozialistischen Realismus verstehen, die einen empirisch konkreter gesehenen Kontakt zur Produktionsrealität der Gesellschaft aufzunehmen hat, aber nur nach Maßgabe prinzipiell leitender und die Einzelaufgaben der Literatur festlegender ideologischer Vorgaben, die eine politisch-operative literarische Darstellung der Arbeitswelt, ihrer Strukturen und Probleme, kaum zuließen.<sup>470</sup>

Auch hier gilt es, die sozialistische Parteilichkeit strikt zu befolgen. Mit dem Jahr 1964 kommt es zum Abbruch des *Bitterfelder Weges*, doch ist es verfehlt, dies auf die Sorge einer zu selbständigen Arbeiterliteratur zurückzuführen. Schon der V. SED-Parteitag 1958 – es ist der letzte vor der Konferenz in Bitterfeld – lässt erkennen, dass die Aufgabe, die an die neue literarische Bewegung gestellt wird, nicht erfüllbar ist. Das geistige und kulturelle Niveau der Arbeiterschicht zu heben, um letztlich eine berufliche Qualifizierung der Produktivkräfte zu erreichen, ist auf literarischem Weg nicht erreichbar. Vielmehr erfordert sie einen Bildungsschub in Wissenschaft und Technik, auf den die DDR in Folge auch setzt. Auf dem

---

<sup>465</sup> zitiert aus.: Scharfschwerdt, J.: Literatur und Literaturwissenschaft in der DDR. Eine historisch-kritische Einführung, 1982, S. 109-110

<sup>466</sup> ebd. S. 110

<sup>467</sup> ebd. S. 110

<sup>468</sup> ebd. S. 110

<sup>469</sup> Vgl.: ebd. S. 110

<sup>470</sup> ebd. S. 110

VI. SED-Parteitag im Jänner 1963 wird das *Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft* verkündet und das<sup>471</sup>

Scheitern des Siebenjahrplans von 1959 im Jahre 1961 mit Hilfe des intensivierten Einsatzes wissenschaftlich-technologischer Rationalität, der »wissenschaftlich-technischen Revolution«, die Volkswirtschaft der DDR auf eine neue Grundlage stellen sollte. [...] Gleichzeitig wird der Auftrag erteilt, das Programm zu einem »einheitlichen sozialistischen Bildungssystem« für die Durchführung und schnelle Verwirklichung dieser neuen »Revolution« auszuarbeiten.<sup>472</sup>

Im April 1964 findet die zweite Bitterfelder Konferenz statt. Sie bezieht sich auf diese technologisch-wissenschaftliche Ökonomieumstellung. Am 25. April 1964 redet Walter Ulbricht über die *Entwicklung einer volksverbundenen sozialistischen Nationalliteratur*<sup>473</sup>. Des Weiteren wird unterstrichen, dass die Ankurbelung von Technik und Wissenschaft die Produktion komplexer macht und demzufolge eine Bildungserhöhung der Arbeiter voraussetzt. Aber das ist mit Hilfe des *Bitterfelder Wegs* nicht mehr zu erfüllen. Vordergründig ist der neue Faktor der *wissenschaftlich-technischen Intelligenz*<sup>474</sup>. Jetzt werden die Autoren aufgefordert, sich mit der Sicht der Leiter und Planer der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Seite des Lebens bekannt zu machen, und dann ihr literarisches Schaffen in diesem Sinne zu erweitern.<sup>475</sup> Bis zum VIII. Parteitag 1971 wird die Bewegung der schreibenden Arbeiter noch fortgesetzt.<sup>476</sup>

Als Resümee kann die Zeit des *Bitterfelder Weges* vor allem als ambitionierte Bestrebung charakterisiert werden, die arbeitenden Massen aus eigenem Antrieb sozialistisch zu schulen. Die Anzahl jener Autoren, die sich auf das Wagnis eingelassen haben, in die Rolle eines Arbeiters zu schlüpfen, ist gering. Gleichzeitig sind die Erfahrungen von Arbeitern, die sich ihrerseits als Autoren versucht haben, ernüchternd, wie auch das Beispiel Bräunig beweisen wird. Der Öffentlichkeit selbst wurde das Ergebnis, eine Bündelung von in Wahrheit bereits vor Bitterfeld erdachter Maßnahmen und Pläne, hübsch verpackt, als *sozialistische Kulturrevolution* präsentiert.<sup>477</sup>

---

<sup>471</sup> Vgl.: ebd. S. 109-111

<sup>472</sup> ebd. S. 111

<sup>473</sup> ebd. S. 111

<sup>474</sup> ebd. S. 111

<sup>475</sup> Vgl.: ebd. S. 111

<sup>476</sup> Vgl.: ebd. S. 112

<sup>477</sup> Vgl.: Barck, S., Langermann, M., Lokatis, S.: „Jedes Buch ein Abenteuer“. Zensursysteme und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, 1998, S. 143-149

## 7. Die Zensurpraxis in der DDR am Beispiel Werner Bräunig

In diesem Kapitel sollen die Auswirkungen der bereits zuvor beschriebenen politisch beschlossenen und von der Literaturbehörde als Maßnahmen umgesetzten Regelungen im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Am Beispiel Werner Bräunig und seinem Werk *Rummelplatz* werden zensurbedingte Änderungen sowohl an Textstellen als auch am Werk selbst nachvollziehbar. Ferner die Auswirkungen auf das Leben des Schriftstellers selbst. Auch wird die Bigoterie und Realitätsverweigerung des Regimes vor Augen geführt, das sich wie ja auch dessen Ende viele Jahrzehnte später beweist, mehr und mehr in seinen eigenen Fallstricken verfängt.

### 7.1 Die Zensurmaßnahmen der DDR im Überblick

Die Zusammenarbeit von Spitzel und Zensoren ist charakteristisch für Diktaturen und Polizeistaaten. Die Zensurpraxis gilt als unappetitlich und peinlich, weshalb die Organe es durchaus zu schätzen wissen, wenn sich Leute finden, die für diese vermeintlich *gute Sache* eintreten, oder es Gesetze erlassen werden die den Bürger vor dem schützen, was über das normative Maß des Anstands, die guten Sitten oder Ähnliches hinausgeht. Nichts aber kann den Zensor mehr befriedigen als ein Denunziantentum.<sup>478</sup> Das Phänomen der Zensur oder gar den Beruf des Zensors hat es in der DDR offiziell nicht gegeben. Trotzdem gehen viele Notizzettel und Briefchen über die Schreibtische, um dann doch mit übertriebener Akribie in den Druckgenehmigungsakten als Dossiers zwischen Verlagsbriefen, Gutachten, Korrespondenz mit der SED oder dem ZK, und Protokollen angeheftet zu werden.<sup>479</sup>

Dieser Staat, der mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik nicht Schritt halten konnte, hatte Angst vor der Freiheit des Wortes. Er wollte die Produktion von Literatur koordinieren, kontrollieren und lizenzieren, sie zu einem Gegenstand kulturpolitischer Planwirtschaft machen, um so auch die Gedanken der Leser zu steuern. Damit hat die DDR die Literatur zugleich überschätzt und unterschätzt, und daher rührt auch die Legende, nirgendwo sei Literatur so ernst genommen und so geachtet worden wie in der literarischen Planwirtschaft [...]<sup>480</sup>

Genaugenommen unternimmt die DDR zu Zeiten ihrer Gründung nichts, um die bereits existierende Zensur zu lockern, wie das zum Beispiel in der BRD der Fall ist, wo Freiheit der

---

<sup>478</sup> Vgl.: Wiesner H.: Zensiert-gefördert-verhindert-genehmigt. Oder wie legt man Literatur auf Eis (S. 7-16)? In: „Literaturentwicklungsprozesse“. Die Zensur der Literatur in der DDR. Bd. 782. Hg. v. Ernest Wichner u. Herbert Wiesner, 1993, S. 8

<sup>479</sup> Vgl.: ebd. S. 9

<sup>480</sup> ebd. S. 15

Kunst als Grundrecht verankert ist. Schon die Umerziehung während der Entnazifizierung stützt sich auf die bereits bestehende totale Zensur des Vorgängerregimes. Die Richtwerte und Vorzeichen werden zwar in Richtung des Demokratieverständnisses der Siegermächte verändert, die Zensurverordnungen sind aber ähnlich:<sup>481</sup>

- ein generelles Verbot der Herstellung und Verbreitung jeglicher Publikation, einschließlich Theateraufführungen;
- ein Einfuhrverbot für ausländische Druckerzeugnisse unter Umgehung der militärischen Zensurbehörden;
- die Aussonderung und Vernichtung aller Literatur militärischen, rassistischen oder nationalsozialistischen Inhalts in Bibliotheken und im Buchhandel, wie zwölf Jahre zuvor nach schwarzen Listen; [...]
- ein Verbot jeder Publikation die geeignet erschien, eine der Besatzungsmächte herabzusetzen;
- die Zuteilung von Papier für von den Zensurbehörden approbierte Literatur (in den Westzonen bis zur Währungsreform 1948)<sup>482</sup>

Die politischen Kräfte der DDR setzen bewusst fort, was in Deutschland schon lange Praxis ist, und professionalisieren diese Zensurpraxis zuerst mit den von Sowjets erlernten-, später mit ihren eigenen Methoden. *Der häßliche Begriff Zensur wird in den Verfassungen der DDR seit 1968 nicht mehr erwähnt.*<sup>483</sup> Zuvor aber sehr wohl: Etwa mit der Durchführungsbestimmung vom 13.12.1951, mit der das AVL auf strikte Vorzensur verpflichtet wird:

(§1), alljährliche vorherige Kontrolle der Verlagspläne (§2) und Vorzensur für das einzelne Manuskript (§3: „Die zur Veröffentlichung bestimmten Werke sind dem Amt für Literatur und Verlagswesen zu Begutachtung und Befürwortung vorzulegen.“)<sup>484</sup>

Ob das Wort *Nachzensur* je in einer schriftlichen Weisung gefallen ist, kann hier nicht nachgewiesen werden – dass es sie gibt, ist in vorherigen Kapiteln belegt. Wirklich entscheidend ist, was sich hinter plakativen Vokabeln innerhalb von Gesetzestexten verbirgt oder nicht verbirgt. So zeigen die Änderungen der Grundrechte in der DDR – Verfassung selbst die Kontrollbestrebungen des Staats und nehmen die Zensur in gewisser Weise vorweg:

In den Anfängen (1949) wird verbal die „Freiheit der Kunst, Forschung und Lehre“ ebenso garantiert wie das staatliche Eingriffsrecht. Die späteren Verfassungen verpflichten nur noch zur staatlichen Förderung der „sozialistischen Nationalkultur“ und der Bekämpfung der „imperialistischen Unkultur“ (Artikel 18)<sup>485</sup>

---

<sup>481</sup> Vgl.: Breuer, Dieter: Geschichte der literarischen Zensur in Deutschland. Heidelberg: Quelle und Meyer 1982, S. 239

<sup>482</sup> ebd. S. 239-240

<sup>483</sup> ebd. S. 242

<sup>484</sup> zitiert aus: ebd. S. 243

<sup>485</sup> ebd. S. 242

Selbst das Wort *Zensur* wird tabuisiert und von den DDR-Begutachtern zensiert. Auch die Buchzensur wird nicht einmal in den internen Stasi-Akten erwähnt.<sup>486</sup> Da die Literatur gebraucht wird, und Kultur ja die Basis des Sozialismus darstellt, muss sie, sofern sie nicht schon politisch konform ist, brauchbar gemacht werden. Dies geschieht natürlich in bester Absicht, in Aufrichtigkeit durch ein Amt im Ministerium und mit der Unterstützung des Schriftstellerverbandes, des Staatsicherheitsdienstes, durch die Lektorate der Verlage und das Büro für Urheberrechte. Offiziell ist man bestimmt aber korrekt, es wird nicht vernichtet sondern kritisiert. *Das Ziel kannte keine krummen Wege, keine schmutzigen Mittel, man überzeugte den Irrenden und strafte nur den Uneinsichtigen.*<sup>487</sup> Die Kader und Mitarbeiter von Behörden werden nicht nur politisch erzogen, sondern auch linguistisch programmiert. *Die Tugend der Geduld im Umgang von Genosse zu Genosse, im Reden mit Autoren, im Briefwechsel mit Schriftstellern wurde vorbildlich geübt. »Bitte teile mir Deinen Ratschlag mit«*<sup>488</sup> Dass hinter den formalen Floskeln und Höflichkeiten zur Aufrechterhaltung der Fassade ein wohldurchdachtes System steckt, ist trotzdem nicht zu übersehen. Allein die Anforderungen an Zensoren und deren Tätigkeit verdeutlicht dies. Egon Rentzsch, der stellvertretende Sektorleiter für Belletristik sieht zwar als Basis der Begutachtungstätigkeit ein *begründetes politisches Vertrauensverhältnis*<sup>489</sup> zwischen Amt und Lektor, fordert aber in der Diskussion um die Begutachtung Folgendes ein:

Der Gutachter sollte eine noch auszuarbeitende „Verpflichtung unterschriftlich vollzogen“ abgeben, in der er sich „zu Vertraulichkeit, Verschwiegenheit, die nicht anderweitige Verwendung der im Gutachten fixierten Grundformulierungen die Bereitschaft zur Verteidigung und Erläuterung des Gutachtens ...“ bereit erklärte. Rentzsch fordert die „persönliche Abholung des zu begutachtenden Werkes“, „Heranziehung von Sekundärliteratur“ und „doppelte Ausfertigung in Maschinenschrift“, wobei keine Kopie beim Gutachter verbleiben dürfe. Bei „nichtssagender allgemeiner unverbindlicher (formalschematischer) Bearbeitung“ sei „das Außengutachten ohne Honorarzahlung zurückzuweisen. Ist der Lektor außerstande, ein Gutachten in der gewünschten Qualität zu liefern, so hat er das Werk ohne Zeitverzug umgehend zurückzugeben mit einer kurzen Begründung für sein Versagen.“ Qualifizierungsmaßnahmen sollten „in der Regel zu Lasten des Gutachters“ erfolgen, „da diese Voraussetzung für seine Heranziehung gegen entsprechende Honorierung“ seien. Selbstverständlich hätten die Gutachten gleichzeitig neutral und parteilich zu sein. „Unkritisches Herangehen, aber auch unsachliche Kritik“ wären nicht am Platz, weder „spezifisch-persönliche Sympathien noch unerfüllbare Forderungen“ dürften der Maßstab sein. Der Gutachter sollte sich „der dialektisch-materialistischen Methode bedienen und das Werk

<sup>486</sup> Vgl.: Jäger, Manfred: Das Wechselspiel von Selbstzensur und Literaturlenkung in der DDR (S. 18-49). In: »Literaturentwicklungsprozesse«. Die Zensur der Literatur in der DDR. Bd. 782. Hg. v. Ernest Wichner u. Herbert Wiesner, 1993, S. 18 - 20

<sup>487</sup> Franke, Konrad: »Deine Darstellung ist uns wesensfremd«. Romane der 60er Jahre in den Mühlen der DDR-Zensur (S. 101-127). In: »Literaturentwicklungsprozesse«. Die Zensur der Literatur in der DDR. Bd. 782. Hg. v. Ernest Wichner u. Herbert Wiesner, 1993, S. 103

<sup>488</sup> ebd. S. 103

<sup>489</sup> Barck, S., Langermann, M., Lokatis, S.: „Jedes Buch ein Abenteuer“. Zensursysteme und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, 1998, S. 190



im Lichte des Marxismus-Leninismus einschätzen“, „nicht naturalistisch sein“, sondern „die im Werk sichtbare Perspektive, seine Zukunftsträchtigkeit hinsichtlich der Ausblicke“ zeigen. Vor allem sollten die Gutachten aber in „Aufbau, Abfassung, Gliederung und Stil“ kurz, präzise, verständlich und wissenschaftlich sein. Sie sollten „unklare, gefühlsbetonte Begriffe“, „unnötige Phrasen und sogar „ersetzbare ausgefallene Fremdwörter“ vermeiden. All diese Vorkehrungen und Androhungen dienten dem Zweck, Egon Rentzsch und seinen Kollegen zu erlauben, „ohne eigene Lektüre des Werkes ein richtiges politisches Urteil zu fällen“. Ihnen würde dann die Aufgabe zufallen, die Vorgänge korrekt zu registrieren und sicher zu verschließen.<sup>490</sup>

Diese *Richtlinien für die Begutachtung*<sup>491</sup> entstehen im Sommer 1960 und bilden bis 1989 die einzige Auslegung zur Druckergenehmigungspraxis. Verlegern werden die Richtlinien nur mündlich mitgeteilt. Im halblegalen Charakter findet sich die Ursache für die Geheimnistuerei. Diese Richtlinien werden weder vom Minister noch vom Leiter der Abteilung Literatur und Buchwesen unterschrieben.<sup>492</sup> Die Verpflichtung der Verlage besteht darin, nur *kulturpolitisch wertvolle druckreife*<sup>493</sup> Aufzeichnungen einzusenden. Der Cheflektor bestätigt mit seiner Unterschrift, dass das Erscheinen des Werkes wissenschaftlich und politisch notwendig ist und Form und Inhalt den höchsten Anforderungen entsprechen, und das bedeutet druckreif.<sup>494</sup> Die Gutachter selbst sollen natürlich ein hochgradiges, ideologisch-politisches Niveau, sowie klare Kenntnisse der Partei, Politik und Regierung haben, und außerdem noch eine gute Voraussetzung auf dem Wissenschaftsgebiet besitzen, das sie zu beurteilen haben.<sup>495</sup> Damit verwissenschaftlicht die Zensur. Im Sommer 1960 ist es erwünscht und üblich, dass die Fachleute *des Belletristik-Sektors die literaturwissenschaftlichen Vorlesungen der Humboldt-Universität besuchten*<sup>496</sup> – ein Trend der von Walter Ulbricht unterstützt wird. Die Hauptverwaltung muss jetzt aufhören zu rudern<sup>497</sup> und ihrer Arbeit eine *klare Konzeption zu Grunde legen*<sup>498</sup>.

Das Ministerium für Kultur muß als oberstes staatliches Leistungszentrum eine wissenschaftliche Grundlage für seine eigene Tätigkeit ausarbeiten. Sie fehlt bisher. Für alle Fachgebiete müssen exakte, wissenschaftlich begründete, den kulturpolitischen und künstlerischen Aufgaben entsprechende Konzeptionen erarbeitet werden, die mit den Kunst- und Kulturinstitutionen, mit den Künstlerverbänden und mit Schriftstellern, Künstlern und Kunstwissenschaftlern beraten werden müssen.<sup>499</sup>

---

<sup>490</sup> ebd. S. 190

<sup>491</sup> ebd. S. 191

<sup>492</sup> Vgl.: ebd. S. 191

<sup>493</sup> ebd. S. 192-193

<sup>494</sup> Vgl.: ebd. S. 193

<sup>495</sup> Vgl. ebd. S. 194

<sup>496</sup> ebd. S. 196

<sup>497</sup> ebd. S. 197

<sup>498</sup> ebd. S. 197

<sup>499</sup> zitiert aus: ebd. S. 197

Die Verwissenschaftlichung der Zensur drückt aus, dass die Kunst- und Kulturwissenschaften nun die Kultur bestimmen. Im DDR-Begutachtungssystem, das sich seit den Anfängen der 1960er Jahre entwickelt, verfließen die Grenzen zwischen Wissenschaft und Zensur bis zur Ununterscheidbarkeit. Sogar die Verlage werden in grundlegende Zensurdebatten miteinbezogen und beraten auf diese Art sogar selbst, nach welchen Kriterien sie zensiert werden sollen. Die schwierigsten Fälle können getrost, vor allem den linientreuen Verlagen überlassen werden, die die Auswahl und Begutachtung selbst erledigen.<sup>500</sup>

Kulturminister Becher beschwerte sich im März 1957 bei seiner HV [...] über die Behandlung Prof. Hans Mayers, der aus Protest gegen die staatliche Zensurpraxis seinen Lehrstuhl zur Verfügung gestellt hatte. Man hatte ihm den Druck eines Kapitels über den neuerdings als Konterrevolutionär verpönten Georg Lukács verboten. [...] Schuld war (im direkten Zusammenspiel mit dem ZK) *Rütten & Loening* und die HV nur insofern, als sie die Zensurfunktion dem Verlag überlassen hatte.<sup>501</sup>

Die Zensur bildet in den Verlagen ein selbst regulierendes System. Die Verlage werden so zu ideologisch-politischen Zentren.<sup>502</sup>

Entsprechend unseren Kenntnissen, Informationen und Überlegungen erhalten die zuständigen Verlage laufend Hinweise, Empfehlungen und Begutachtungsaufträge. Die eigentliche Auswahl und Begutachtungsarbeit findet in den Verlagen statt. Unsere Anleitung und Kontrolle orientiert auf gültige, zügige und initiative Verwirklichung unserer Konzeption auf verlegerischem Gebiet.<sup>503</sup>

Bruno Haid formuliert 1960 eine Denkschrift über die politischen Aufgaben eines Manuskriptprüfers<sup>504</sup>:

Grundsatz für den Lektor muß sein, daß er dem Autor verbindliche und überzeugende Hinweise für notwendig erscheinende Änderungen gibt und ihn veranlaßt, diese Änderung selbst vorzunehmen. Bei politisch-falschen Gedankengängen gibt es keine Kompromisse. Der Lektor muß darüber wachen, daß Sektierertum, Dogmatismus oder Revisionismus keinen Eingang ins Manuskript finden, wie überhaupt die von ihm entwickelte Literatur gerade gegen die Einflüsse der bürgerlichen Ideologie gerichtet sein muß.<sup>505</sup>

Die Zensurfunktion an die Verlage zu delegieren, birgt für Schriftsteller einen tatsächlichen unauflösbaren Widerspruch und vorwiegend negative Auswirkungen. Die Verfahren werden,

---

<sup>500</sup> Vgl.: ebd. S. 197-198

<sup>501</sup> ebd. S. 60

<sup>502</sup> Vgl.: ebd. S. 197

<sup>503</sup> zitiert aus: ebd. S. 197-198

<sup>504</sup> Vgl.: ebd. S. 198

<sup>505</sup> ebd. S. 198

obwohl das Gegenteil beabsichtigt ist, unübersehbarer und länger. Während die Literaturbehörde liberalisiert, wird, wird die Zensur der Verlage intensiver und drückender.<sup>506</sup>

Wie im Jahr 1956 gibt es auch in den 1960er Jahren eine Gruppe innerhalb der Zensurbehörde, die eine Zensurabschaffung betreibt und ihr Ziel öffentlich im *Börsenblatt* 1965 verkündet:<sup>507</sup>

Die Anleitung der Verlage durch die staatlichen Organe muß darauf gerichtet sein, in den Verlagen alle nötigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß zu gegebener Zeit eine allmähliche Ersetzung der staatlichen Kontrolle durch die gesellschaftliche Kontrolle und die volle Eigenverantwortlichkeit der Verlage erfolgen kann.<sup>508</sup>

Auf diese Weise soll lediglich die gängige Praxis festgeschrieben und legalisiert werden. Im Vorfeld des 11. Plenums greift Ulbricht in die Diskussion ein und zeigt auf, wo die Grenzen liegen.<sup>509</sup>

Das oberste Kriterium der Kunst ist das Leben, ist der Prozeß der Vollendung des Sozialismus, in dem die objektive Grundlage für ein neues Menschenbild entsteht. Bitterfeld ist damit Kriterium für die Bewertung der Schaffensweise der Künstler, der ästhetischen Kategorien wie der kulturpolitischen Praxis und ihrer Leitung.<sup>510</sup>

Für Schriftsteller zählen aber schon die Jahre 1959 bis 1964/65 zu den bemerkenswertesten, zumal es in diesem Zeitraum durchaus gängig ist, Texte vorher zu publizieren. Gerade jene Schriftsteller, *die ihr Schreiben im Sinne des Bitterfelder Weges verstanden*<sup>511</sup>, sind mitunter auch selbst an einer raschen Veröffentlichung interessiert, da sie sich sehr oft mit aktuellen Geschehnissen auseinandersetzen und geben so Einblicke in ihr literarisches Schaffen. Lesungen und das vorweg Abdrucken noch unfertiger Texte gehört zum Alltag dieser Zeit. Auf diese Art werden Texte mehrfach überarbeitet, sodass bis zur endgültigen Veröffentlichung nur mehr *qualitativ gute Literatur*<sup>512</sup> im Sinne der Parteilinie übrig bleibt. Wie im folgenden Kapitel über den Roman *Rummelplatz* von Werner Bräunig, dessen Rohfassung man ebenfalls vorab veröffentlicht, noch beispielhaft belegt wird, kommt es natürlich auch vor, dass durch die öffentliche Zensur dieser erst gar nicht in Buchform erscheinen darf. DDR-Politiker vertreten die Ansicht, dass *alle gesellschaftlichen Prozesse*

---

<sup>506</sup> Vgl.: ebd. S. 199

<sup>507</sup> Vgl.: ebd. S. 199

<sup>508</sup> zitiert aus: ebd. S. 199

<sup>509</sup> Vgl.: ebd. S. 199

<sup>510</sup> zitiert aus: ebd. S. 199

<sup>511</sup> ebd. S.317

<sup>512</sup> zitiert aus: ebd. S. 317

*ganz nach zentralistischen Prinzipien zu lenken und zu beherrschen*<sup>513</sup> sind. Alle Medien, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und Buchproduktionen, die das geschriebene Wort in Umlauf bringen, werden zu Systemzwecken instrumentalisiert. Leser werden aufgefordert, ihre Ansichten zu veröffentlichen, was natürlich politisch mit durchaus hoffnungsvollen Erwartungen verbunden ist.

Die Geschehnisse in und um Bitterfeld läuten eine Ära ein, die vielleicht unter der *Zensur des Volkes* zusammengefasst werden kann. Hinter diesem Schlagwort versteckt sich in der DDR mehr als die *normale* gesellschaftliche Kontrolle oder marktwirtschaftliche Beschränkung, die Künstler sehr wohl auch in der BRD, in Österreich und heute noch im geeinten Deutschland erlebt haben und erleben, wo deren zugesicherten künstlerischen Grundrechte mitunter durch juristischen Spitzfindigkeiten und meist unter Verweis auf andere Grundrechtsgesetze nachträglich beschnitten werden. Es handelt sich dabei vielmehr um jene gezielten, von den SED-Kadern geplanten öffentlichen Abschlüsse, die nicht nur die Ablehnung eines einzelnen Artikels oder Romans, sondern den Ausschluss aus einem gesamten gesellschaftlichen System zur Folge haben. Nicht nur propagandaartige Kritik, die das Deckmäntelchen eines Leserbriefs des gemeinen Bürgers trägt, wie wir es als Zensurform großer Medienapparate mit quasi Monopolstellung auch in unserer westlichen Welt kennen, sondern die Existenzvernichtung auf allen Ebenen menschlicher Bedürfnisse wird angestrebt. In einer vollkommen indoktrinierten, überwachten und bespitzelten Gesellschaft hat der Staat das Machtmonopol bis in die hintersten Ecken der Privatsphäre, und hier greifen die eigentlichen Druckmittel dieser *Volkszensur*. Auch gibt es keine rechtliche Beschwerdemöglichkeit. Während es in der BRD seit 1949 mit dem Artikel 5 des Grundgesetzes einen geschützten Freiraum der Kunst, der sogar von der *Treue der Verfassung* ausgenommen ist, gibt<sup>514</sup>, oder in Österreich mit der Grundrechtserweiterung des Bundesverfassungsgesetzes vom 12.5.1982 (BGBl 1982 Nr. 262) Art. 17a StGG, der Schutz des Künstlers vor staatlichen Eingriffen garantiert wird<sup>515</sup>, erlebt der DDR-Literat auf eine neue Weise das, was er schon seit Jahren kennt:

Scheinbar unangefochten von der zunehmenden Sinnlosigkeit ihres Tuns basteln die Zensoren bis zum bitteren Ende an einem Lenkungssystem, in dem die Zensur einzelner Wörter, Sätze, Kapitel und Strophen oft nur noch den Sinn hatte, die Schriftsteller zu gängeln und ihnen

---

<sup>513</sup> Brack, S., Langermann, M., Lokatis, S.: „Jedes Buch ein Abenteuer“. Zensursysteme und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, 1998, S. 316

<sup>514</sup> Vgl.: Breuer, D.: Geschichte der literarischen Zensur in Deutschland, 1982, S. 249

<sup>515</sup> Vgl.: [www.advoc.at/fileadmin/user-upload/THEMEN/THKunstfreiheit.pdf](http://www.advoc.at/fileadmin/user-upload/THEMEN/THKunstfreiheit.pdf) zuletzt eingesehen am: 28.1.2013, S.1

bewußt zu machen, daß ihre durchaus mit Privilegien belohnte kreative Tätigkeit letzten Endes diesem System unterworfen war. Es ging um die Hierarchie der Macht.<sup>516</sup>

## 7.2 Werner Bräunig - Ein kurzes Leben

Werner Bräunig erblickt am 12. Mai 1934 in Chemnitz das Licht der Welt. Sein Vater ist Hilfsarbeiter und seine Mutter arbeitet als Näherin.<sup>517</sup> Seine Kindheit und Jugendzeit sind geprägt von den Konflikten seiner Eltern und seiner Niedergeschlagenheit. Der Kontakt zu seinem Vater bricht früh ab und auch zu seiner Mutter baut er eine eher distanzierte Beziehung auf. Bräunig lebt zwischen seinem 12. und 18. Lebensjahr mehr oder weniger auf der Straße und engagiert sich im Schwarzhandel.<sup>518</sup>

Es war das Hungerjahr 1945. Aber es war nicht nur der Hunger, der mich auf die Straße trieb, auf die Schwarzmärkte, hin zu den Rudeln heimatloser Halbwüchsiger, die in den unzähligen Ruinen hausten. Hier, unter elternlosen, lungernden, allein umhergehenden und deshalb zusammenhaltenden jungen Wölfen [...], war alles einfach, überschaubar und klar. Friß oder stirb, der Starke kommt durch [...]<sup>519</sup>

Bräunig kommt in eine Erziehungsanstalt und beginnt eine Schlosserlehre, die er vermutlich nicht abschließt. Zwischen 1950 und 1951 soll er sich in der Bundesrepublik aufgehalten haben, allerdings bleiben seine Aussagen über diesen Aufenthalt sehr vage.<sup>520</sup> 1951 kehrt er in die DDR zurück und beginnt als Schweißer in einem Bergungsbetrieb in Chemnitz zu arbeiten. Daneben betreibt er Schmuggelreisen für seinen Onkel nach Westberlin. Mit Ende Jänner 1953 beginnt er in der SDAG Wismut als Fördermann zu arbeiten, um alsbald (wegen Schmuggelreisen) erwischt zu werden. Zunächst wird Bräunig im Februar zu einer Geldstrafe später im Juni zu einer dreijährigen Haftstrafe verdonnert. Als Strafgefangener arbeitet er im Steinkohlenwerk Oelsnitz und in einer Papierfabrik in Schneeberg. Infolgedessen wird seine Haftstrafe reduziert und Bräunig wird im November 1954 vorzeitig entlassen.<sup>521</sup> 1948 tritt er dem *Jugendverband* (FDJ) der DDR, und dem *Gewerkschaftsbund* (FDGB) bei.<sup>522</sup>

[...] er wurde außerdem Mitglied der Gesellschaft für Sport und Technik, der GST, und übernahm sogar Funktionen wie Gewerkschaftsbibliothekar und – gruppenorganisator [sic], Propagandist in der FDJ und Ausbildungsleiter in der GST, besuchte mehrmonatige

---

<sup>516</sup> Wiesner, H.: Zensiert-gefördert-verhindert-genehmigt. Oder wie legt man Literatur auf Eis?(S. 7-16), 1993, S. 16

<sup>517</sup> Vgl.: Drescher, Angela: »Aber die Träume, die haben doch Namen«. Der Fall Werner Bräunig. In: Werner Bräunig: Rummelplatz. Berlin: Aufbau Verlag GmbH & Co. KG, 3. Aufl., 2007, S. 626

<sup>518</sup> Vgl.: Bräunig, Werner: Ein Kranich am Himmel. Unbekanntes und Bekanntes. Hg. v. Heinz Sachs. Halle-Leipzig: Mitteldeutscher Verlag 1981, S. 468-469

<sup>519</sup> zitiert aus: Drescher, A.: »Aber die Träume, die haben doch Namen«. Der Fall Werner Bräunig, 2007, S. 627

<sup>520</sup> Vgl.: Bräunig, W.: Ein Kranich am Himmel. Unbekanntes und Bekanntes, 1981, S. 469

<sup>521</sup> Vgl.: Drescher, A.: »Aber die Träume, die haben doch Namen«. Der Fall Werner Bräunig, 2007, S. 628

<sup>522</sup> Vgl.: ebd. S. 628-629

Lehrgänge, war im Zentralvorstand der IG Druck und Papier und von August bis Mitte November 1956 hauptamtlich Instrukteur der FDJ-Kreisleitung Schneeberg.<sup>523</sup>

1958 wird Bräunig SED-Mitglied. In diesem Zeitabschnitt heiratet er und bekommt zwei Töchter.<sup>524</sup> Ab 1. März 1958 trägt sein Versicherungsausweis den Verweis *selbst. Journalist*<sup>525</sup>. Im Jahr 1957 wird er Mitglied in der *Arbeitsgemeinschaft Junger Autoren*<sup>526</sup> der SDAG Wismut, für die vor allem Olaf Badstübner und Johannes Schellenberger zuständig sind. Bräunigs Texte erscheinen in der Zeitschrift *Neue Deutsche Literatur* und *Junge Kunst*. Im Jahr 1958 kommt er an das *Johannes R. Becher Institut für Literatur*. Von nun an kann er in Leipzig studieren.<sup>527</sup>

Der inzwischen 25-jährige Bräunig erhält die Aufforderung, bei den Vorbereitungen der 1. Bitterfelder Konferenz, *Greif zur Feder Kumpel*<sup>528</sup>, zu verfassen. Diese Wahl resultiert aus Bräunigs Aktivitäten in der *Volkskorrespondentenbewegung*<sup>529</sup> und seiner Darstellung der Realität, sowie der *Annahme, dass Bräunig aus der Wismut kommt*<sup>530</sup>. Der Kreis um die *Jungen Autoren* zunimmt ständig zu. Joachim Nowotny, Hans-Jürgen Steinmann und Max Walter Schulz gehören diesem Kreis an und begegnen Bräunig.<sup>531</sup>

Zwischen 1960 und 1970 erlebt Bräunig das produktivste, ergiebigste und auch das bewegteste Jahrzehnt: Es ist reich an Erfolgsbestätigungen und Anerkennungen wie auch an Abfuhren und Niederschlägen. Nach Beendigung seines Studiums leitet er am Literaturinstitut ein Seminar für Prosa. Die erste Ehe wird geschieden. Im Jahr 1961 heiratet er Barbara Meinecke, eine Pfarrerstochter und mit ihr hat er zwei Söhne. Nach seiner Übersiedelung nach Leipzig beginnt er seinen ersten Roman *Der eiserne Vorhang*, der später unter dem Namen *Rummelplatz* bekannt werden soll. Sein Essay *Prosa schreiben* erscheint 1968 und in Zusammenarbeit mit Jan Koplowitz, Hans-Jürgen Steinmann und Peter Gosse 1969, die Kollektivreportage *Städte machen Leute* über Halle/Neustadt. Im selben Jahr wird seine Erzählung *Gewöhnliche Leute* veröffentlicht, zudem beteiligt er sich an *Filmszenarien*, [...]Anthologien und veröffentlicht eine schwer bestimmbare Zahl von Reportagen und

---

<sup>523</sup> zitiert aus: ebd. S. 629

<sup>524</sup> Vgl.: ebd. S. 629

<sup>525</sup> zitiert aus: Bräunig, W.: Ein Kranich am Himmel. Unbekanntes und Bekanntes, 1981, S. 471

<sup>526</sup> ebd. S. 471

<sup>527</sup> Vgl.: ebd. S. 471

<sup>528</sup> ebd. S. 471

<sup>529</sup> ebd. S. 471

<sup>530</sup> ebd. S. 471

<sup>531</sup> Vgl.: ebd. S. 471-472

*Porträts*<sup>532</sup>. Seine literarischen Arbeiten drehen sich um die Gestaltung von Personen aus dem Arbeitermilieu.<sup>533</sup>

Im Jahr 1960/61 fängt Bräunig an seinem Roman *Rummelplatz* zu schreiben an. Antrieb dazu geben ihm sein Studium und der Wunsch nach intensiveren Auseinandersetzungen seiner Erfahrungsbereiche. Die Fülle an Erlebnissen, die ihn bedrücken, und sein Bedürfnis, über die Schwierigkeiten seiner Generation zu schreiben, sind zweifelsohne die ausschlaggebenden Gründe.<sup>534</sup>

Ich hatte eine Überfülle an Stoff – oder bildete mir ein, sie zu haben. Ich hatte etwas geschrieben und wollte weiterschreiben. Daß man das, was man in sich glaubt, erst wirklich hat, wenn man es aus sich herauszustellen vermag, wußte ich nicht. Blieb der Trost, einen Satz formuliert zu haben, der nun in aller Munde: Greif zur Feder, Kumpel! – Ein ziemlich leichtfertiger Satz für einen, der gerade die Schwierigkeiten zu ahnen beginnt.<sup>535</sup>

Inzwischen ist sein Name bekannt und seine Fähigkeit findet Bekräftigung. 1965 schließt er den ersten Band, noch im Rohzustand, ab. Ein Gesellschaftsroman, der *die deutsche Nachkriegsentwicklung aus der Sicht einer neuen Generation erfassen sollte*<sup>536</sup>. Im Oktober desselben Jahres wird das erste Kapitel *Rummelplatz* (aus dem Werk *Rummelplatz*) im NDL vorabgedruckt. In einem offenen Brief von Wismut-Kumpeln und weiters noch auf dem 11. Plenum des Zentralkomitees der SED erfährt Bräunig harte Kritik.<sup>537</sup>

1967 zieht Bräunig nach Halle/Neustadt<sup>538</sup>, die nächsten Jahre verfinstern sich aufgrund seiner Alkoholkrankheit. Er stirbt am 14. August 1976 mit 42 Jahren.<sup>539</sup>

Wenn ein Schriftsteller wie Werner Bräunig einen Text veröffentlicht, der die gewalttätige und rohe Alltags- und Arbeitswelt darstellt, und dies im Sinne des DDR-Sozialismus beschreibt, folgen *Disziplinierung und Verbot*.<sup>540</sup> Demzufolge soll die Diskussion um das Werk *Rummelplatz* dargestellt werden.

---

<sup>532</sup> ebd. S. 472

<sup>533</sup> Vgl.: ebd. S. 472

<sup>534</sup> Vgl.: ebd. S. 473-474

<sup>535</sup> zitiert aus: ebd. S. 474

<sup>536</sup> ebd. S. 474

<sup>537</sup> Vgl.: Drescher, A.: »Aber die Träume, die haben doch Namen«. Der Fall Werner Bräunig, 2007, S. 752

<sup>538</sup> Vgl.: ebd. S. 752

<sup>539</sup> Vgl.: Bräunig, W.: Ein Kranich am Himmel. Unbekanntes und Bekanntes, 1981, S. 477

<sup>540</sup> Emmerich, Wolfgang: Kleine Literaturgeschichte. Erweiterte Neuauflage. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag GmbH, 2. Aufl., 2005, S. 196

### 7.3 Bräunigs Roman *Rummelplatz* im Visier des 11. Plenums 1965 und die neue Art der Lesesteuerung

Im Folgenden soll die Anwendung von Vorabdrucken–, zwecks Leser- und Lesestofflenkung anhand Bräunigs *Rummelplatz*, geschildert werden. Bräunig beginnt sein literarisches Schaffen als Arbeiter und Volkskorrespondent und unterstreicht öffentlich:<sup>541</sup>

Die Partei war mein literarischer Lehrmeister..., hier war ein echter gesellschaftlicher Auftrag unter gesellschaftlicher Kontrolle. Sollen die Menschen, die mit ermöglichen, den schönsten Beruf nachzugehen, den ich mir denken kann, sollen diese Menschen nicht das Recht haben, mich zu kontrollieren und zu kritisieren?<sup>542</sup>

Bräunig beginnt 1959 sein Werk vorerst unter dem Titel *Der eiserne Vorhang*. 1963 sind bereits Teile aus seinem Werk in den Zeitschriften *Sonntag, Neues Deutschland* und in der *Neuen Deutschen Literatur* (NDL), sowie in einer IG-Wismut Anthologie abgedruckt. Damit kann man seine literarische Arbeit in aller Öffentlichkeit verfolgen. Er spricht und schreibt über sein weiteres Vorgehen.<sup>543</sup>

Über mein Buch ist schon so viel geschrieben und gesagt worden, daß es mir langsam ein bißchen Bange wird, dieweil [sic] ich ja noch nicht fertig bin ... Dabei ist das meines Wissens der erste Romanversuch, der die Zeit von der Gründung der Republik bis annähernd in die unmittelbare Gegenwart streng chronologisch zu fassen versucht.<sup>544</sup>

Seit 1962 besteht bezüglich des Romans ein Vertrag mit dem Mitteldeutschen Verlag. Das Verlagsinteresse besteht in erster Linie darin, die Öffentlichkeit auf das noch entstehende Werk aufmerksam zu machen.<sup>545</sup> Große Erwartungen verknüpfen sich mit dem Namen Bräunig. Die vereinzelt Leserzuschriften, die 1963/64 als Reaktion auf die Vorabdrucke folgen, ergeben ein durchaus positives Bild. Demgemäß steht Bräunig im Blickfeld allgemeinen Interesses. Außerdem wird sein Werk mit äußerster Neugier erwartet.<sup>546</sup>

Die Geschichte des Projekts zeigt, daß Gegenstände, die sich öffentlicher Aufmerksamkeit erfreuten, in besonderer Weise den wechselnden politischen Interessen ausgesetzt waren. Das Heft der NDL, in dem der umstrittene Ausschnitt erschienen war, stand in mehrfacher Hinsicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit: Es erschien im Monat des „Republikgeburtstages“ und sollte das 10-jährige Bestehen des Leipziger Literaturinstituts bilanzieren. Der abgedruckte Romanausschnitt beschreibt das rauhe Leben der Wismutkumpel nach der Arbeit und auf Rummelplätzen. Mit dem Text knüpfte Bräunig an die genaue und lebendige Milieuschilderung eines bereits ein Jahr zuvor erschienenen Kapitels [...] Diese Tatsache hatte

---

<sup>541</sup> Vgl.: Barck, S., Langermann, M., Lokatis, S.: „Jedes Buch ein Abenteuer“. Zensursysteme und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, 1998, S. 318

<sup>542</sup> zitiert aus: ebd. S. 318

<sup>543</sup> Vgl.: ebd. S. 319

<sup>544</sup> zitiert aus: ebd. S. 319

<sup>545</sup> Vgl.: ebd. S. 319

<sup>546</sup> Vgl.: ebd. S. 320



weniger mit dem konkreten Text zu tun, als mit dem Wechsel äußerer Bedingungen. In diesem Zusammenhang spielt die Vorgeschichte des 11. Plenums eine Rolle. Bräunigs Buchprojekt, aufgeladen mit großen Erwartungen, geriet in die Auseinandersetzungen politischer Führungsgruppen.<sup>547</sup>

Im Sommer 1965 beginnt die SED-Führung die Demokratisierung der DDR-Gesellschaft bezüglich Literatur und Kunst zu unterjochen und damit die Künstler zu erziehen.<sup>548</sup>

Vorbereitung und Durchführung eines Gesprächs des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht mit Schriftstellern und Künstlern am 25. November 1965 lassen eine Strategie unschwer erkennen und ermöglichen Einblicke in deren innere Technologien. Alexander Abusch, seinerseits ZK-Mitglied und als Stellvertreter des Ministerpräsidenten für Kulturfragen an entscheidender Position der kulturellen Administration, und Otto Gotsche, ebenfalls ZK-Mitglied und Sekretär des Staatsrates, beide außerdem Mitglieder der Akademie der Künste und des Deutschen Schriftstellerverbandes, bereiten das Gespräch vor.<sup>549</sup>

Der erste Sekretär des Schriftstellerverbandes, Hans Koch, kennt die Anschauungen vieler Autoren besser als die *Mitglieder der Arbeitsgruppe*<sup>550</sup> und verweist bei der Konferenz am 11. Oktober auf die eindeutigen Widersprüche des Plans. Hinzukommt, dass niemand auf die Idee kommt, die Autoren selbst zu befragen. Gotsche nimmt das wahr *und beruft sich auf*<sup>551</sup> Walter Ulbricht: *Genosse Ulbricht stellt folgende Frage: was erwarten die Künstler und Schriftsteller, wo gibt es Zweifel, welche Fragen haben sie? Das möchte er auf den Tisch gelegt wissen, um in einer Auseinandersetzung den Standpunkt zu erklären.*<sup>552</sup> Keine der anwesenden Personen greift die Fragestellung auf, führt Namen von DDR-Schriftstellern oder die Romantiteln an und niemand empfiehlt eine Umfrage. Scheinbar ohne Richtlinien wird entschieden, dass 25 Literaturwissenschaftler und Kulturpolitiker sowie 45 Autoren zu den Versammlungen geladen werden sollen. Abusch pocht auf seine Position und vertritt damit die Meinung, dass das Augenmerk auf Autoren liegen soll, die sich der Arbeiterschicht angenähert haben.<sup>553</sup>

Am 11. Oktober beschloß das Sekretariat: »Die Abteilung Agitation des ZK wird beauftragt, die Aussprache im Sekretariat des ZK zu Fragen der Jugendpolitik der Partei mit den verantwortlichen Genossen der Presse, des Rundfunks [...] und des Fernsehens vorzunehmen und zu sichern, daß dem Eindringen westlicher Dekadenz kein Vorschub geleistet und in überzeugender Weise entschieden entgegengewirkt wird.« Zwei Wochen danach schreibt

---

<sup>547</sup> ebd. S. 320-321

<sup>548</sup> Vgl.: Agde, Günter: Zur Anatomie eines Tests. Das Gespräch Walter Ulbrichts mit Schriftstellern und Künstlern am 25. November 1965 im Staatsrat der DDR. (S. 128-147) In: Kahlschlag, Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente. Hg. v. Günter Agde. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag GmbH, 1991, S. 128

<sup>549</sup> ebd. S. 128

<sup>550</sup> ebd. S. 131

<sup>551</sup> ebd. S. 131

<sup>552</sup> zitiert aus: ebd. S. 131

<sup>553</sup> Vgl.: ebd. S. 132

Walter Ulbricht einen eindringlichen warnenden Brief an die 1. Sekretäre aller SED-Bezirksleitungen und verquickt Jugendkriminalität und Beat-Musik [...].<sup>554</sup>

In weiterer Folge beschließt die Parteiführung Finanzen und Honorare von Kulturschaffenden nachträglich zu prüfen. Dies gilt sowohl für bereits geschriebene Werke als auch für bereits gedrehte Filme, die innerhalb der SED den Eindruck erwecken, dass sie gegen *die elementarsten Grundsätze der Kulturpolitik*<sup>555</sup> verstoßen. Zur selben Zeit wird Erich Honecker bemächtigt, jene Fälle von Jugendkriminalität auszuwählen, die durch die Presse medial ausgeschlachtet werden sollen. Die Bestrebungen der Parteispitze bleiben natürlich der Öffentlichkeit verborgen.<sup>556</sup>

Mit der Kenntnis um diese unerbittlichen Anordnungen, die faktisch den kompletten Sektor der Kultur anbelangen, gehen Ulbricht, Honecker, Hager, aber auch Gotsche, Abusch, und Korella in den Dialog mit den, in diesem Moment noch völlig ahnungslosen, Autoren. Unter ihnen sind Anna Seghers, Christa Wolf, Erik Neutsch, Dieter Noll und viele andere.<sup>557</sup> Der Dialog im Staatsrat verläuft anfangs wie beabsichtigt: So wird Max Walter Schulzes Referat vorgelesen und die ersten Diskussionsbeiträge von Alfred Kurella, Marianne Lange und Arno Hochmuth finden wie geplant statt. Lange meint, dass eine Literatur vonnöten sei, die die schöpferische Beziehung zur Gesellschaft veranschauliche. Kurella erweitert die *Bündnisproblematik*<sup>558</sup> auf Becher, Aragon, Majakowski und Diego Rivera–, Künstler, die allesamt aus dem Bürgertum zur Arbeiterschicht gekommen sind.<sup>559</sup>

Kurella greift damit eine der Grundthesen Abuschs aus der Arbeitergruppe auf, bezieht aber mit Rivera und Aragon Künstler mit ein, die in ihrer Jugend durchaus zu jener Moderne gehörten, deren »Stammväter« Kafka und Musil Abusch so heftig abgelehnt hatte. Rivera und Aragon hatten auch – im Unterschied zu dem gleichfalls beschworenen Becher – deutliche Spuren ihrer ästhetischen »Herkunft« bis in ihr aktuelles Schaffen übertragen.<sup>560</sup>

Auf diese Weise geht die Auseinandersetzung eher in eine ästhetische Richtung und würde in dieser weiter debattiert werden, müsste der Dialog daher beträchtlich von den angedachten Richtlinien der Planungsspezialisten, sowie Inspiratoren differieren.<sup>561</sup> Ulbricht unterbricht die Versammlung vorzeitig und stellt mit Vehemenz den Kurs der Debatte getreu der Parteilinie wieder her. Als dann greift Ulbricht den Roman *Rummelplatz* von Werner Bräunig

---

<sup>554</sup> ebd. S. 132-133

<sup>555</sup> ebd. S. 133

<sup>556</sup> Vgl.: ebd. S. 133

<sup>557</sup> Vgl.: ebd. S. 134

<sup>558</sup> ebd. S. 134

<sup>559</sup> Vgl.: ebd. S. 134

<sup>560</sup> ebd. S. 134

<sup>561</sup> Vgl.: ebd. S. 134 u. 136

an<sup>562</sup>, und nennt damit zum ersten Mal ein Kunstwerk mit Titel und Autor[...] <sup>563</sup>. Er hinterfragt:

„[...]daß bestimmte moralische Maßstäbe gesetzt werden und Gültigkeit haben? Diese Frage muß man beantworten und der Schriftsteller muß sie in erster Linie beantworten. Ich nehme ein Beispiel. Ich bedaure, daß ich dieses Beispiel nehmen muß, aber ich habe momentan kein anderes zur Verfügung. Auf das, was ich jetzt sage, bin ich nicht vorbereitet, da ich ursprünglich gar nicht die Absicht hatte, darüber zu sprechen. Ich las in der ‚Neuen Deutschen Literatur‘ den ‚Rummelplatz‘ von Werner Bräunig. Es handelt sich um Darstellungen – ich spreche ausdrücklich von ‚Darstellungen‘ – aus einem Roman über die Wismut. Dort werden nun alle Schweinereien geschildert, die möglich sind und damals möglich waren: wie sie saufen, wie sie mit ihren Frauen umgehen, wie sie sich Krankheiten beschaffen usw. Als ich das las, habe ich mich gefragt – und diese Frage stelle ich jetzt an die Schriftsteller: Wem nutzt das?“<sup>564</sup>

Obschon Ulbricht die Härte des Ausgesprochenen innerhalb des Plenums entkräftet, spricht er den Urteilspruch aus und das warnende Beispiel ist damit gegeben.<sup>565</sup> Bräunig wird vor dem Plenum mit der Anschuldigung, er habe in Hinblick auf eine westliche Veröffentlichung geschrieben, konfrontiert. Belegt wird diese Ansicht mit den obszönen Szenen, die sich im Werk finden lassen.<sup>566</sup> Ein Textausschnitt soll veranschaulichen, wie sich in *Rummelplatz* Obszönität lesen lässt:

Der mit der Hasenscharte hieß Heidewitzka, ehemals Leichtmatrose bei der glorreichen KM, in Schleswig aus einem englischen Gefangenenlager ausgebrochen. Heidewitzka meinte: »Wer sich den Tripper holt, der ist selber dran schuld!« Beifällig johlte die Horde, Liebling vor allem, ein spitzgesichtiger Dürrling, der Jüngste hier und deshalb besonders zotig, in Wahrheit aber war nicht viel dahinter, und wenig wußte er von den Fährnissen der Fleischeslust. Da aber auch von den anderen keiner wußte, wie derlei Unfälle zu verhüten wären, ebte der Beifall alsbald ab, man harpte Heidewitzkas Verkündung. Der legte seine braunen Raucherfinger auf den Tisch und sagte: »Das ist ganz einfach. Zuerst gehe ich mit dem Tabakfinder ran. Wenn sie da zuckt, ist die Fregatte leck.«<sup>567</sup>

Im *Neuen Deutschland* wird am 7. Dezember 1965 ein *Offener Brief von Wismut-Kumpeln*<sup>568</sup> veröffentlicht. In dem Brief heißt es:

Du weißt, Bergarbeiter sind nicht zimperlich. Eine harte Arbeit bringt oft auch harte Töne mit sich. Aber Deine literarische Arbeit hat bis jetzt noch keiner von uns seiner Frau oder seinen erwachsenen Kindern zu lesen gegeben. Wir haben Jahre mit vielen Mädchen und Frauen in unserem Betrieb zusammen gearbeitet, wir haben, jeder für sich, unterschiedliche Zeit

---

<sup>562</sup> Vgl.: ebd. S. 136

<sup>563</sup> ebd. S. 136

<sup>564</sup> zitiert aus: Barek, S., Langermann, M., Lokatis, S.: „Jedes Buch ein Abenteuer“. Zensursysteme und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, 1998, S. 321

<sup>565</sup> Vgl.: ebd. S. 322

<sup>566</sup> Vgl.: Hörnigk, Therese: »...aber schreiben kann man dann nicht«. Über die Auswirkungen politischer Eingriffe in künstlerische Prozesse (S. 231-240). In Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente. Hg. v. Günter Agde, 1991, S. 235

<sup>567</sup> Bräunig, Werner.: Rummelplatz. Hg. v. Angela Drescher. Berlin: Aufbau Verlag GmbH & Co KG, 3. Aufl., 2007, S. 78

<sup>568</sup> ebd. S. 235

gebraucht, um den Platz, der der Frau in unserer Gesellschaft zusteht, zu begreifen. Deine Darstellung aber ist uns – vorsichtig formuliert – wesensfremd. Wir empfinden sie ihrem Gehalt nach als eine Beleidigung unserer eigenen Frauen.<sup>569</sup>

Dieser Brief ist in der Führungssprache nur allzu abtrünnig, was seine tatsächlichen Schreiber aus den kulturpolitischen Reihen anbelangt.<sup>570</sup> Christa Wolf erinnert sich:

Bei dieser Konferenz, dann auch beim 11. Plenum, habe ich bewutt [sic] das Gegenteil von dem gesagt, was man dort erwartungsgemäß hätte sagen sollen. [...] Ich habe mich also schon dort ausdrücklich gewehrt gegen Angriffe auf Bräunig, wie auch später in meinem Beitrag auf dem 11. Plenum, weil ich sah, daß diese Angriffe paradigmatisch waren und daß Bräunigs Text als Beispiel erhalten sollte für einen viel umfassenderen Angriff auf die Kultur. Nachdem ich gesprochen hatte – das ist noch so ein kleines Detail –, hat man Walter Ulbricht die NDL erst vorgelegt, mit dem Bräunig-Text und den markierenden Strichen am Rand: Einwände, die er ja schon vorher in seinem Beitrag mit Vehemenz vorgetragen hatte. Also hat er den Text, auf den der sich bezog, da erst bekommen und überlesen. Das weiß ich, weil ich ganz in der Nähe saß und ihn beobachten konnte. Anna Seghers hat auch gesprochen, hat Bräunig verteidigt, hat abgewiegt; [...] im Schlußwort wurde die Aggressivität abgemildert. Bräunig könne natürlich auch über die Wismut schreiben, er müsse nur berücksichtigen, wie damals die Zeiten waren; er müsse nur die richtigen Geschichten schreiben, »wir verbieten doch niemanden etwas«.<sup>571</sup>

In Anbetracht der Tatsache, dass ein offener Brief eine spezielle Form der Literaturkritik darstellt, soll hinzugefügt werden, dass es sich hierbei um *eine Form inszenierter Öffentlichkeit*<sup>572</sup> handelt. Dementsprechend kann aus einer Debatte schnell ein Feldzug werden, wie am Fall Bräunig ersichtlich wird.<sup>573</sup> Für den *Rummelplatz*-Autor hat der brisante Sturz der öffentlichen Meinung, für sein weiteres Vorhaben gravierende Folgen.<sup>574</sup> Die Anschuldigungen sind von so grundlegender Natur, dass Bräunig ein völlig neues Werk zur Druckgenehmigung hätte einreichen müssen. Nach 1965 lauten die offiziellen Erklärungen, die künstlerische Qualität sei nicht ausreichend, sodass sich dieses Vorhaben als unrealisierbar erweist. Werner Bräunig leidet unter diesem Erlebnis.<sup>575</sup> Hinzukommt, dass der HV Verlag dem Kulturministerium und dem ZK Rechenschaft ablegen muss. Die Kulturabteilung kommt mit den Verlagsmitarbeitern überein, dass das Manuskript aus folgenden drei Gründen komplett überarbeitet werden muss:<sup>576</sup>

1. Da es keine genügend klare Konzeption ausweise, gebe es viele ungenügend durchgearbeitete oder nebensächliche Episoden. Die verschiedenen Entwicklungsstränge seien zu wenig miteinander verbunden.

---

<sup>569</sup> zitiert aus: ebd. S. 236

<sup>570</sup> Vgl.: ebd. S. 236

<sup>571</sup> Wolf, Christa: Erinnerungsbericht (S. 263-272). In: Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente. Hg. v. Günter Agde, 1991, S. 264

<sup>572</sup> Barck, S., Langermann, M., Lokatis, S.: „Jedes Buch ein Abenteuer“. Zensursysteme und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, 1998, S. 327

<sup>573</sup> Vgl.: ebd. S. 327

<sup>574</sup> Vgl.: ebd. S. 329

<sup>575</sup> Vgl.: ebd. S. 330

<sup>576</sup> Vgl.: Drescher, A.: »Aber die Träume, die haben doch Namen«. Der Fall Werner Bräunig, 2009, S. 663

2. Die Haltung des Autors zu historischen Ereignissen sei in Grundfragen falsch. Das betreffe den 17. Juni 1953, das Verhältnis von ZK zur SED-Gebietsleitung der Wismut sei unreal, die Darstellung der Auswirkung des »Personenkults um Stalin« subjektivistisch.
3. Es gäbe Mängel in der Erzählhaltung und der Figurenperspektive und einen uneinheitlichen Stil. Der Handlungsstrang in Westdeutschland sei überflüssig und nicht überzeugend.<sup>577</sup>

Wie sähe wohl sein Leben aus, wenn sein Roman nicht so hart kritisiert worden wäre? *Ob man nun änderte, hinzufügte oder sich weigerte, ob man sich der Zensur widersetzen konnte oder ihr Opfer wurde – immer war Lähmung das Ergebnis des Zusammenstoßes.*<sup>578</sup>

#### 7.4 Weitere in Bräunigs *Rummelplatz* zensierte Stellen

Die letzte Version hat 711 Typoskriptseiten, die vier Hefter ergeben, und von einer außenstehenden Person mit handschriftlichen Bleistift-Ausbesserungen versehen sind.<sup>579</sup>

Alle Seiten sind fortlaufend paginiert, auch nach dem ersten VIII. Kapitel, das mitten im Satz auf S. 211 abbricht. Es gibt ein zweites VIII. Kapitel, das sich durch die Paginierung nach dem IX. Kapitel einordnet, danach ist die Zählung fortlaufend.<sup>580</sup>

Das Werk ist dreiteilig, allerdings fehlt im ersten Teil der *Zwischentitel*<sup>581</sup>. Nicht durchgängig sind die nummerierten Abschnitte innerhalb der Kapitelunterteilung gesetzt. Das handgeschriebene Werk hat kein Datum. Auf der allerersten Seite findet sich der Titel *Rummelplatz*, wodurch diese Version als letzte Fassung gilt.<sup>582</sup>

Werner Bräunig hat im November 1965 ein Rohmanuskript im Verlag abgegeben, das ohnehin stark hätte be- und umgearbeitet werden müssen. Die aggressive Kritik, die nach dem Vorabdruck am »Rummelplatz«-Kapitel geübt wurde und in der Erzählstrategien und Stil ebenso zum Gegenstand ideologischer Auseinandersetzung wurden wie der politische Gehalt, mußte die Überarbeitung verkomplizieren.<sup>583</sup>

Die Textstellen, die er aufgrund der politischen Lage gestrichen hat, sind jetzt wieder eingearbeitet.<sup>584</sup> Im Folgenden soll ein Textbeispiel herangezogen werden, dass eine verbale Degradierung der Sowjetunion und Schachtleitung veranschaulicht: *In Polotnikows Arbeitszimmer roch es immer ein wenig nach Wodka [...]*<sup>585</sup> und *Russen kamen, zogen ein auf*

---

<sup>577</sup> ebd. S. 663

<sup>578</sup> Vgl.: Franke, Konrad: »Deine Darstellung ist uns wesensfremd«. Romane der 60er Jahre in den Mühlen der DDR-Zensur (S. 101-127), 1993, S. 127

<sup>579</sup> Vgl.: ebd. S. 755

<sup>580</sup> ebd. S. 755

<sup>581</sup> ebd. S. 755

<sup>582</sup> Vgl.: ebd. S. 755

<sup>583</sup> ebd. S. 761

<sup>584</sup> Vgl.: ebd. S. 761

<sup>585</sup> Bräunig, W.: *Rummelplatz*, 2007, S. 13

*Panjewagen und in ausgefranst Mänteln, sie paßten genau in die Landschaft, wie sie nun war: Hunger, Seuchen, Ruinen, Flüchtlingstrecks.*<sup>586</sup> Gleichfalls beschreibt er die bedrückende Gegend wie folgt: *Die Wismut ist ein Staat im Staate, und der Wodka ist ihr Nationalgetränk*<sup>587</sup> oder: *Bermsthal aber war ein Ort, der von allen guten Geistern verlassen war; hier besaß jeder nur sich selbst, und geschenkt wurde keinem.*<sup>588</sup> Schilderungen sozialer Bedingungen lassen sich so in seinem Werk lesen und gleichzeitig die Trostlosigkeit nachempfinden:

Zwanzigjährige saßen da, Dreißigjährige und Fünfzigjährige, alle mit den gleichen Flügen, schlugen die Zeit zwischen den Schichten tot, lebten. Lebten? Was unterschied die Zwanzigjährigen von den Fünfzigjährigen? Glänzende Augen, wenn zwei sich prügeln; ein Achselzucken, wenn einer dran glauben muß; Lärm, Langeweile, lieblos-leblos, Meister der Empfängnisverhütung beiderlei Geschlechts, ein ganzes Leben auf demselben Gleise, und immer im Kreis herum, immer im Kreis, manchmal schnell, manchmal langsam, manchmal rotes Licht, aber nie eine Weiche, nie eine andere Strecke, manchmal Trittbrett, manchmal Stehplatz, vielleicht einmal erster Klasse, aber nie in eine andere Richtung, nie.<sup>589</sup>

Die Beschreibung einer verschlammten Dorfstraße mitsamt den Häusern findet folgende Darstellung, und fällt gleichzeitig den Zensoren zum Opfer:

An den Hangausläufern des Rabenbergs gähnten zehn, zwölf geräumte Häuser, überall warnten Holztafeln und Stacheldrahtzäune: Einsturzgefahr, die Gangstrecken verliefen dicht unter der Erdoberfläche. Viele Häuser waren seit langem nicht getüncht; warum auch, die Kipper spritzten den Dreck ja doch wieder an die Wände, Ziegel klafften, pappvernagelte Fenster, schmutzige Vorgärten.<sup>590</sup>

Derbe Darstellungen werden ebenfalls zensuriert:

Steht da einfach bei seiner Bahnhofsschönheit und glotzt, und macht das Maul nicht auf, und läßt uns warten. Er hatte noch immer ihre Hand in seinen Händen, ihre Hand, die kalt war und weiß und glatt, und er hatte ihr Haar vor sich und ihr Lächeln und auch den Hunger in den Augen.<sup>591</sup>

Als letztes soll noch die Kritik an *Staat, Gesellschaft, Politik*<sup>592</sup> illustriert werden: *Unser wertees Wohlbefinden interessiert im neuen Deutschland keinen Hund*<sup>593</sup> und *Ein bißchen Anpassungsfähigkeit fehlt dir [...]* und *ein bißchen fortschrittsträchtige Skrupellosigkeit [...]*<sup>594</sup>. Das Gespräch zwischen Christian Kleinschmidt und Hermann Fischer verwundert

---

<sup>586</sup> ebd. S. 81

<sup>587</sup> ebd. S. 76

<sup>588</sup> ebd. S. 208

<sup>589</sup> ebd. S. 243

<sup>590</sup> ebd. S. 27

<sup>591</sup> ebd. S. 89-90

<sup>592</sup> ebd. S. 762

<sup>593</sup> ebd. S. 80

<sup>594</sup> ebd. S. 82

kaum das es der Zensur zum Opfer fällt, da es eine eindeutige Kritik an dem vorherrschenden politischen System darstellt:

Christian wußte: Jugendbrigade, das ist keine Brigade schlechthin, da kommt sofort die Politik ins Spiel. Zwei Drittel der Brigademitglieder mußten in der FDJ sein. Da gibt es wieder einen FDJ-Sekretär, politische Versammlungen und Agitation, Blauhemden und »Bewußtseinsfragen«. [...] dahinter würde nicht nur der Jugendverband stehen, sondern die Partei. [...] Du weißt nicht genau, wer schuld ist – aber auf alle Fälle gehören die Partei und die Regierung dazu. [...] Er ärgerte sich sofort darüber. [...] Fischer dachte: Ich kann ihm doch keinen Vortrag halten, weshalb es notwendig ist, die Arbeiterkinder, die bisher immer benachteiligt waren, zuerst studieren lassen. Das muß er doch begriffen haben. [...] Soviel muß er doch gelernt haben [...] Christian dachte: »Wer hat denn die Welt so eingerichtet, wie sie ist? Ich vielleicht? Aber jetzt will es natürlich keiner gewesen sein. [...] Da brauch' einer bloß in die BGL gewählt zu werden [...] niemand hat überhaupt nur etwas gewußt. Sie sind alle Patentengel gewesen, und heute wollen sie wieder Patentengel sein, und wehe, wer ihnen nicht glaubt!

Wenn man sich nun die Strenge der Zensurrichtlinien vergegenwärtigt, verwundert es kaum, dass es sich bei diesen angeführten Textstellen um politisch fragwürdige Szenarien handelt. Wollte doch Bräunig, wie soviele andere, an der Entwicklung des Sozialismus beteiligen, mit seinen Aufzeichnungen. Den perfekten Staat aufbauen.<sup>595</sup>

Welch Enttäuschungen – auf beiden Seiten. Enttäuschungen, aus denen beide Seiten nur mühsam lernten, weil eine Alternative ausschließlich jenseits des »Schutzwalls« der Mauer realisierbar zu sein schien und daher für sie unreal war.<sup>596</sup>

## 7.5 *Rummelplatz* von Werner Bräunig – Die Veröffentlichung als Nachruf

Werner Bräunig hinterlässt zwei Versionen seines Werkes *Rummelplatz*, ein paar entworfene Szenen, handgeschriebene Entwürfe und Notizblätter. Sein Nachlass wird in die Hände eines Nachlasspflegers gegeben, da seine Söhne nach seinem Ableben noch nicht juristisch volljährig sind, und im Stadtarchiv, Abteilung Inneres, in Halle/Neustadt deponiert. Heinz Sachs stellt für den MDV(Mitteldeutscher Verlag) den Sammelband *Ein Kranich am Himmel* und *Unbekannten und Bekannten* mit den Texten von Werner Bräunig zusammen. Im Stadtarchiv leiht sich Sachs den letzten Entwurf. Der Bürgermeister der Stadt Halle übergibt den Nachlass Bräunigs Söhnen mit Ende 1990, jedoch ohne den Originaltext *Rummelplatz*. Nach Heinz Sachs' Tod bleibt das Originalschriftstück im MDV und gilt im Folgenden als verschwunden.<sup>597</sup> 1991 kommt es, ganz zur Verwunderung der Söhne, in der Ausstellung

<sup>595</sup> Vgl.: Franke, K.: »Deine Darstellung ist uns wesensfremd«. Romane der 60er Jahre in den Mühlen der DDR-Zensur (S. 101-127), 1993, S. 127

<sup>596</sup> ebd. S. 127

<sup>597</sup> Vgl.: Drescher, A.: »Aber die Träume, die haben doch Namen«. Der Fall Werner Bräunig, 2007, S. 754

*Zensur in der DDR*<sup>598</sup> im Berliner Literaturhaus zum Vorschein. Im Februar 1993 erhalten sie das Original von den *Leihgebern*<sup>599</sup> zurück. Seit dieser Zeit keimt die Überlegung einer posthumen Veröffentlichung und Mitte der neunziger Jahre treffen sich die Erben erstmals mit einem Verlag, um diese in die Wege zu leiten. Die verlagsinternen Entscheidungen lassen lange auf sich warten, *besonders wenn es sich um ein so umfangreiches, kompliziertes und aufwendiges Projekt handelt*<sup>600</sup>. Erst im Jahr 2005 tritt Claus Bräunig während der Leipziger Buchmesse an den Aufbau Verlag<sup>601</sup> heran, der bald darauf mit der Manuskriptbearbeitung beginnt und eine sehr vorsichtige Wiederherstellung des Textes vornimmt.<sup>602</sup> Dass gerade der ehemals SED- treue Aufbauverlag dieses Werk publiziert, ist letztlich eine Ironie der Geschichte.

---

<sup>598</sup> ebd. S. 754

<sup>599</sup> ebd. S. 754

<sup>600</sup> ebd. S. 754

<sup>601</sup> ebd. S. 755

<sup>602</sup> Vgl.: ebd. S. 755



## 8. Schlussbetrachtung

Laut Foucault unterliegt der Diskurs gewissen Spielregeln die er Prozeduren nennt. Wie bereits in der Einleitung ausgeführt gehören dazu Ausschließungssysteme wie besondere Verbote und Tabus, oder auch Rituale. Der Diskurs bewegt sich in seiner eigenen „realen“ Welt und Wirklichkeit. Dazu gehört ein Schwarz-Weiß-Denken, wie es gerade totalitären Systemen eigen ist. In der Sowjetunion und der DDR sind auf der einen Seite die parteitreuen Genossen und die Diktatur des Proletariats, auf der anderen Seite der imperialistische Klassenfeind und die Kollaborateure der Bourgeoisie. Eine Konsequenz daraus ist, dass jeder Einfluss der außerhalb dieses Diskurses besteht mit allen nur erdenklichen Mitteln aus dem Diskurs ferngehalten werden muss. Dazu gehört zum Beispiel das „westliche Gedankengut“. Unter diesem Begriff wird nahezu alles subsummiert was dem Ansehen des Regimes schaden könnte, oder etwas, das Teil des Gesamten ist - also alles – mit Prädikaten versieht, die das vermeintliche ideale Ziel nicht ruhmreich und glanzvoll erscheinen lassen. Die Absurdität des Unterfangens belegen sowohl Bräunigs Beschreibung der Dorfstrasse Rabenbergs (siehe Zitat auf S. 117) und noch deutlicher Margaritas Traumlandschaft bei Bulgakow (siehe Zitat auf S. 46). In beiden Fällen werden Landschaften mit nicht besonders einladenden Eigenschaften beschrieben. Während es sich bei Bräunig vielleicht noch um einen unschönen, aber realen Zustand einer tatsächlich existierenden Ortschaft handelt, ist es bei Bulgakow eben die Seelenlandschaft, die nicht so sein darf wie sie ist. In gleicher Weise gibt es andere Tabus: Dinge, die nicht stattgefunden haben, weil sie nicht stattfinden dürfen. So werden Übergriffe sowjetischer Soldaten während der SMAD auch noch Jahrzehnte danach nicht nur einfach ignoriert, sondern in Diskussionen mit Autoren und Verlegern umformuliert und verharmlost, bis sie für die deutsch-sowjetischen Beziehungen keine direkte Gefahr mehr darstellen. Gerade die Zensur wird auch gezielt dazu eingesetzt, Phänomene sowie Anschauungen und Haltungen Andersdenkender nicht nur nicht aus dem öffentlichen Leben, sondern sogar aus der Literatur zu verbannen. So wird in der DDR 1952 etwa *die „Ausmerzung pazifistischer Tendenzen“ im Rahmen des „Friedenskampfes“ vorgeschrieben*.<sup>603</sup> Dabei wird vor allem die Gründlichkeit des Vorgehens und die Steuerung der Zukunft sichtbar: *Angeordnet wurde sowohl eine entsprechende Sichtung des vorhandenen „Arsenals“ des „kulturellen Erbes“ als auch „die planmäßige Anregung und Förderung von Neuschöpfungen, die genau nach Maß*

---

<sup>603</sup> Barck, S., Langermann, M., Lokatis, S.: „Jedes Buch ein Abenteuer“. Zensursysteme und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, 1998, S. 33

den Forderungen des Tages“ entsprechen.<sup>604</sup> An diesem Beispiel ist auch die Verschränkung und der fließende Übergang zwischen den foucaultschen Prozeduren deutlich. Die internen Prozeduren, die ihren eigenen Diskurs durch *Klassifikations-, Anordnungs- und Verteilungsprinzipien*<sup>605</sup> kontrollieren, um die Zufälligkeit des Geschehens zu *bändigen*<sup>606</sup>. Um mögliche Zufälle zu vermeiden, beziehungsweise um etwaigen antikommunistischen Einstellungen vorzubeugen, wird auch in der Sowjetunion und der DDR, wie in allen totalitären Regimen, die Gleichschaltung der Menschen angestrebt und setzt bei den jüngsten Staatsbürgern an. Durch Erziehung soll in der DDR *der SED-konforme Mensch*<sup>607</sup> kreiert und seitens der Sowjetunion eine neue kommunistische Gesellschaft einfallsreich geschaffen werden.

In der Schule sagte man uns: »Seht nur, wie sie uns nicht im Kommunismus leben lassen wollen – wie sie Fabriken in die Luft jagen, Züge zum Entgleisen bringen und Menschen ermorden. All das tun die Feinde des Volkes. « Man hämmerte uns die Worte so oft ein, dass wir nicht mehr selbständig dachten. Überall sahen wir » Feinde «. Wir wurden ermahnt, falls wir eine verdächtige Gestalt auf der Straße sahen, ihr zu folgen und sie anzuzeigen – es könnte ja ein Spion sein. Die Behörden, die Partei, unsere Lehrer – alle sagten das Gleiche. Was hätten wir denn sonst denken sollen?<sup>608</sup>

Die DDR übernimmt dabei den sowjetischen Diskurs bezüglich seiner ideologischen Vorstellungen, wenngleich auch auf deutschen Begebenheiten zugeschnitten. Die Erziehung hat unter den Bolschewiki eine Schlüsselfunktion und zwar soll damit eine neue Gesellschaft entstehen. Mit Hilfe kommunistischer Jugend- und Kinderverbänden (Komsomol, Pioniere) und den Schulen planen sie mit Vehemenz eben diese Altersgruppen für ihre neue Lebensweise zu belehren. Im Jahr 1918 erläutert Wladimir Michailowitsch Sensinow, ein sowjetischer Pädagoge<sup>609</sup>:

Wir müssen aus der jungen Generation eine Generation von Kommunisten machen. Wir müssen aus den Kindern, denn sie lassen sich formen wie Wachs, echte, gute Kommunisten machen [...] Es gilt, die Kinder von dem rohen Einfluss der Familie zu befreien. Wir müssen sie [...] nationalisieren. Von den ersten Lebenstagen an werden sie unter dem segensreichen Einfluss der Kindergärten und Schulen stehen [...] Die Mutter zu bewegen, uns, dem Sowjetstaat, das Kind zu überlassen, das soll unsere praktische Aufgabe sein.<sup>610</sup>

Die Schule soll den Kindern die öffentlichen Werte der kommunistischen Denkweise einprägen und sie aus dem verderblichen Familienverband herauslösen - ein kollektives Wir-

---

<sup>604</sup> ebd. S. 33

<sup>605</sup> Foucault, M.: Die Ordnung des Diskurses, 1991, S. 17

<sup>606</sup> ebd. S. 17

<sup>607</sup> Weber, H.: Die DDR. 1945-1990, 2006, S. 68

<sup>608</sup> zitiert aus: Figes, O.: Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland, 2007, S. 405

<sup>609</sup> Vgl.: ebd. S. 64-65

<sup>610</sup> zitiert aus: ebd. S. 65

Denkmuster soll ins Bewusstsein aller treten.<sup>611</sup> Auch in der DDR wird die Erziehung durch Bildung bestimmt. Das Gesetz und das Bildungsziel der Volkskammer ist die *sozialistische Persönlichkeit*<sup>612</sup>, der SED-konforme Mensch.

Das Gesetz forderte, die Schüler und Studenten „zur Liebe zur DDR und zum Stolz auf die Errungenschaften des Sozialismus zu erziehen“. [...] Schließlich wurden 1964/65 neue, präzisierte Lehrpläne eingeführt [...], aber im Staatsbürgerkunde-Unterricht in den Klassen 9 bis 12 die Schüler auch obligatorisch mit der Ideologie des Marxismus-Leninismus indoktriniert.<sup>613</sup>

Mit diesen schulischen Erziehungsmethoden wird eine kommunistische Einheit geschaffen. Gleichzeitig gelingt es regimekonformen Politikern alles zu kontrollieren und Willkür nicht mehr zuzulassen. Auch die dritte von Foucault formulierte Prozedur, die *Verknappung der sprechenden Subjekte*, beziehungsweise deren Unterwerfung, dient der Kontrolle und der Regelung des Zugangs zum Diskurs. Autoren sind an ein bestimmtes Vokabular – die Sprache der Partei – gebunden. Demzufolge müssen sie sich an die Regeln des Diskurses halten, anderenfalls sind sie, wie beispielsweise Michail Bulgakow oder Werner Bräunig, massiven Repressalien ausgeliefert. Die Zensur funktioniert in der Sowjetunion, ebenso wie in der DDR, fast lückenlos und eben dieser Aufbau eines solchen zentralen Systems von Weisungs-, Kontroll-, Zensur-, und Verfolgungsmechanismen wird durch Indoktrinierung des öffentlichen Bewusstseins vervollständigt. Folglich kommt es zu einer Einheitskultur, die vom Staat kontrolliert wird. Der GLAVLIT und das ALV prüfen die Druckerzeugnisse und nehmen Einfluss auf den Inhalt des Werkes. Die oberste Kontrollinstanz ist in beiden Fällen das Zentralkomitee. Aber es sind nicht nur die Entscheidungsträger und Führerfiguren, die da wie dort Macht über das System ausüben. Um das Funktionieren totalitärer Regime zu ermöglichen, braucht es vor allem auch einen großen bürokratischen Apparat, der über all diese Verbote und Tabus wacht, der die Form des Denkens und des Seins kontrolliert. Diese Funktion übernimmt in der Sowjetunion Stalins die GPU und in der DDR Ulbrichts das MfS. Sie sind es, die Personen überwachen, bespitzeln, verhören, foltern und verbannen. Sie steuern die Bevölkerung durch Bedrohung, Terror und Furcht, und ersticken jegliche Opposition im Keim.

[...] durch die Konzentration seiner durch Gesetz niemals definierten, weder behördlich noch parlamentarisch kontrollierten Kompetenzen als politische Geheimpolizei, als

---

<sup>611</sup> Vgl.: ebd. S. 65

<sup>612</sup> Weber, H.: Die DDR. 1945-1990, 2006, S. 68

<sup>613</sup> ebd. S. 68

Hier bewahrheitet sich Canettis Befehlsmodell. Das Uniforme der Masse wirkt innerhalb einer Befehlskette. Personen des Überwachungsapparats handeln auf Befehl und fühlen sich frei von Schuld. So wie das Individuum selbst durch die Geheimpolizei überwacht wird, kontrollieren separate Abteilungen ihre literarischen Produkte. GLAVLIT und ALV zensurieren innerhalb einer Befehlskette. Mit der systematischen Übernahme der sowjetischen Wertvorstellungen betreibt auch die DDR eine Kulturpolitik mit stalinistischer Färbung. Seit der Machtübernahme Josef Stalins im Jahr 1928 steigt sein Machtanspruch ebenso wie seine Paranoia. Dieser Anspruch überträgt sich ebenso auf die Kultur, was auch eine völlige Unterwerfung der Literatur zur Folge hat. Die freie literarische Arbeit ist unter Stalin nicht möglich, das beweist das Beispiel Michail Bulgakow. Seine Werke *Sojkas Wohnung*, *Die Tage der Geschwister Turbin*, *Die Flucht* und *Die Purpurinseln* werden allesamt verboten. Nach der Lesung eines Kapitels aus dem Werk *Der Meister und Margarita* im engsten Freundeskreis raten ihm diese, eine Veröffentlichung erst gar nicht zu versuchen, um sein Leben nicht aufs Spiel zu setzen. Stalin führt 1922 die zaristische Vorzensur wieder ein. Diese wird von der DDR kaum verändert übernommen, indem der ALV 1951 mit einer Durchführungsbestimmung zu strikter Vorzensur verpflichtet wird. Im gleichen Herbst wird in der DDR das Amt für Literatur gegründet und bedient sich in Folge weiteren sowjetischen Verfahrensweisen, zum Beispiel der Organisation des Buchhandels und der Zensurmethode. In beiden Regimen werden Listen benutzt, um die Zensurarbeit zu vereinheitlichen. Seien es Listen geächteter Personen des GLAVREPERTKOM-Registers oder jene mit zitierfähigem politischen Vokabular oder sonstigen Nomenklaturen der DDR.

Gemeinsam ist den Methoden der beiden Staaten, das öffentliche Vernichten durch Kritik, der abschreckenden Wirkung wegen. Die Kultur ist die Basis des Sozialismus, daher muss Literatur, wenn nicht politisch korrekt, brauchbar gemacht werden. In den Jahren 1959 bis 1964/65 ist es durchaus gängig, Texte vorher zu publizieren, wie anhand Werner Bräunigs Roman *Rummelplatz*, der im NDL 1965 vorabgedruckt wird, ersichtlich. Ein offener Brief von Wismut-Kumpeln bildet hier eine spezielle Form der Literaturkritik und stellt eine besondere Form inszenierter Öffentlichkeit dar. Gleichmaßen wird Bulgakow von Zeitungsdenunziationen nicht verschont, allerdings nicht in der Form eines offenen Briefes, sondern mit lancierten Artikel, die nur von der GPU selbst verfasst werden konnten, da das

---

<sup>614</sup> zitiert aus: ebd. S. 209

Werk ja nie über die Zensur der GLAVLIT hinaus gelangt ist. So oder so erfolgt der Angriff auf den Autor von vermeintlich neutralen Bürgern. Der »Offene Brief«, den angeblich aufgebrauchte IG Wismut Kumpel als Reaktion auf die Veröffentlichung von Teilen des Romans *Rummelplatz* verfasst haben sollen, ist nur ein Teil einer Show. Seit dem 11. Plenum ging es eigentlich nur darum ein Exempel zu statuieren. Auch der lektorierende Verlag, der zwar konzeptionelle Mängel erkannte – die aber leicht zu korrigieren gewesen wären – findet plötzlich politische Schwächen und Unzulänglichkeiten. Die während der Kampagne vorgebrachten Vorwürfe der falschen Darstellung der Sowjetsoldaten, sowie der Wismut oder pornographische Stellen, sind in offiziellen Stellungnahmen nie Thema. Auch werden die angeprangerten Beschreibungen des Verhaltens von im Werk paraphrasierten Personen durch Arbeiter der Wismut AG eher bestätigt, als negiert.<sup>615</sup> Wo sich die Sowjetunion Stalins mehr mit der Umsetzung der Androhung von Deportationen in Straflager behilft um politische Ziele durchzusetzen, ist die Zensur in der DDR ein stetiger Verlagerungsprozess von institutionellen Behörden in Richtung gesellschaftlichem Gehorsam. Zwar gibt es auch in der Sowjetunion Stalins „öffentliche“ Kritik in der Presse mit dem Ziel, den Autor kulturell und sozial zu diskreditieren, dies aber erst nach Vollendung des Werkes. Die in der DDR stattfindende, verbale Hinrichtung geschieht aufgrund eines Vorabdrucks. Das Werk wird danach entweder derart abgeändert, dass es entweder linientreu zum gerade postulierten Parteijargon passt, oder seine Fertigstellung wegen der Unmöglichkeit einer Veröffentlichung abgebrochen. Das hätte natürlich auch den Vorteil, dass es auch nicht im Westen erscheint. Die DDR verfeinert die von der Sowjetunion erlernten Praktiken und Methoden der Zensur. Während in der Sowjetunion Stalins die GPU noch einmal das prüft, was die Vorzensur übersehen haben könnte<sup>616</sup>, führt die ALV das Koppelungsverfahren ein. Eine weitere Neuerung in der DDR ist das Einbeziehen der Verlage in den Prozess der Zensur. Einerseits werden Manuskripte, die redaktionell unvollkommen sind aus erzieherischen Gründen an die Verlage zurückgegeben. Andererseits werden deren Mitarbeiter derart von der ALV geschult, dass diese in vorausseilendem Gehorsam die Verlags-Selektion so kritisch gestalten, dass eine Korrektur durch die Behörde nicht mehr notwendig erscheint. Die behördliche Zensur wird mehr und mehr ausgelagert: Zuerst an die Verlage und danach, so der Wunsch der Partei, als gesellschaftlicher Auftrag an die Öffentlichkeit selbst delegiert. Gerade in der

---

<sup>615</sup> Vgl.: Drescher, A.: »Aber die Träume, die haben doch Namen«. Der Fall Werner Bräunig, 2007, S. 662-664

<sup>616</sup> Vgl.: Bljum, A. V.: Zensur in der UdSSR. Hinter den Kulissen des „Wahrheitsministeriums“. 1919-1929, 1999, S. 116

Vorveröffentlichung von Textauszügen, sich noch im Entstehen befindlicher Literatur, wird die subtile Erweiterung der Methodik sichtbar.

Trotz einer zeitlichen Trennung und der Verschiedenheit der beiden Autoren hinsichtlich über familiärer Herkunft erfahren sie als Autoren die volle Härte der Zensur. Während Michail Bulgakow, der sein literarisches Schaffen fernab der Politik versteht, als sowjetfeindlich eingestuft wird, hält sich Werner Bräunig selbst für einen SED konformen Schriftsteller, wenn er von sich sagt, dass die Partei sein literarischer Lehrmeister gewesen ist. Während Bulgakow unwahrscheinlichen Repressalien der Behörden ausgeliefert ist, indem er sich immer wieder geradezu „trotzig“ mit Stalins Machtapparat anlegt, will sich Bräunig am Aufbau des Sozialismus aktiv beteiligen, und gerade dieser Umstand wird ihm zum Verhängnis. Großes Leid ist bei beiden Fällen die Folge. Ebenso der Umstand, dass die Werke beider Autoren erst posthum veröffentlicht werden. Bei genauerer Betrachtung dieser Thematik ist ersichtlich, dass allfällige vorgebrachte Gründe formaler oder literarischer Natur, die zu einer Ablehnung der Veröffentlichung eines Werkes führen, nur vorgeschoben werden. Eigentlich geht es immer um die Treue zur Parteilinie, um das höhere Ziel der sozialistischen Gesellschaft, um die Utopie in weiter Ferne, der letzten Endes alles untergeordnet wird. Die Familie, das Sozialleben, das Individuum, ja selbst die Kultur, aus der der neue sozialistische Mensch erst hervortritt. Canettis Einschätzung, dass Masse Richtung braucht, ist in diesen Regimen bis zur Vollendung verwirklicht, indem sie dem unsteten Ziel der Zukunft die gesamte Gegenwart opfert. Weiters ist beiden Autoren gemeinsam, dass sie dem Regime auf jeweils unterschiedliche Art und Weise gefährlich erscheinen. Die Brisanz entsteht aus einem gewissen Nonkonformismus heraus. Dieser lässt immerhin die Möglichkeit zu, dass es Wahrheiten abseits der Parteilinie gäbe. In der Realität der Bevölkerung, sowohl der DDR als auch der Sowjetunion, gibt es demzufolge zwei Realitäten, auch wenn die Agitation und Manipulationsversuche des Systems nahezu undurchschaubar sind: Jene Wahrheit, die der Erfahrung entspringt und die Parteiwahrheit.<sup>617</sup>

Generell lässt sich feststellen, egal in welchem totalitären System agiert wird: Zensur steht in Großbuchstaben über dem freien literarischen Schaffen. Die DDR kopiert über weite Strecken das Sowjetische System. Es überrascht also kaum, dass sich auch die Apparate der Zensur an diesem orientieren. Methoden werden an DDR-Begebenheiten angepasst und entsprechend weiterentwickelt. Der Diskurs ist in der DDR natürlich ein anderer als in der Sowjetunion. Er

---

<sup>617</sup> Vgl.: Figes, O.: Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland, 2007, S. 404

findet aber in einem ähnlich abgeschlossenen System statt und es ist fraglich, ob in diesem Zusammenhang überhaupt von einer Erweiterung des Diskurses gesprochen werden kann.

## **9. Anhang**

### **9.1 Bibliographie**

#### **A. Primärliteratur**

Bulgakow, Michail: Der Meister und Margarita. Aus dem Russischen v. Thomas Reschke. München: Sammlung Luchterhand 2005

Bräunig, Werner: Rummelplatz. Hg. v. Angela Drescher. Berlin: Aufbau Verlag GmbH & Co KG, 3. Aufl., 2007

#### **B. Sekundärliteratur**

Agde, Günter: Zur Anatomie eines Textes. Das Gespräch Walter Ulbrichts mit Schriftstellern und Künstlern am 25. November 1965 im Staatsrat der DDR (S. 128-147). In: Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente. Hg. v. Günter Agde. Berlin: Aufbau Verlag GmbH 1991

Bljum, Arlen, V.: Zensur in der UdSSR. Hinter den Kulissen des „Wahrheitsministeriums“. 1917-1929. In: Dokumente und Analysen zur russischen und sowjetischen Kultur. Bd. 13/1. Hg. v. Karl Eimermacher u. Klaus Waschik. Bochum: projekt Verlag 1999

Blumberg, Igor: Die satirische Lesart des Romans „Der Meister und Margarita“. München: GRIN Verlag 2005

Brack, Simone, Langermann, Martina, Lokatis, Siegfried: „Jedes Buch ein Abenteuer“. Zensursysteme und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre. Berlin: Akademie Verlag GmbH, 2. Aufl., 1998

Bräunig, Werner: Ein Kranich am Himmel. Unbekanntes und Bekanntes. Hg. v. Heinz Sachs. Halle-Leipzig: Mitteldeutscher Verlag 1981

Breuer, Dieter: Geschichte der literarischen Zensur in Deutschland. Heidelberg: Quelle und Meyer 1982

Curtis, Julie (Hg): Manuskripte brennen nicht Michail Bulgakow. Eine Biographie in Briefen und Tagebüchern. Aus dem Russischen v. Svetlana Geier. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag GmbH 1991



Canetti, Elias: Masse und Macht. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 32. Aufl., 2011

Delhey, Yvonne: Schwarze Orchideen und andere blaue Blumen. Reformsozialismus und Literatur in der DDR. Mit Interpretationen zum literarischen Werk Christa Wolfs und Wolfgang Hilbigs. Würzburg: Verlag Königshausen & Neumann GmbH 2004

Drescher, Angela: »Aber die Träume, die haben doch Namen«. Der Fall Werner Bräunig. In: Werner Bräunig: Rummelplatz. Berlin: Aufbau Verlag GmbH & Co. KG, 3. Aufl., 2007

Emmerich, Wolfgang: Kleine Literaturgeschichte der DDR. Erweiterte Neuauflage. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag GmbH, 2. Aufl., 2005

Fieseler, Margret: Stilistische und motivische Untersuchungen zu Michail Bulgakows Romanen „Belaja gvardija“ und „Master i Margarita“. Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag 1982

Figes, Orlando: Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland. Aus dem Englischen v. Bernd Rullkötter. Berlin: Berlin Verlag 2007

Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses. Aus dem Französischen von Walter Seitter. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag GmbH 1991

Franke, Konrad: »Deine Darstellung ist uns wesensfremd«. Romane der 60er Jahre in den Mühlen der DDR-Zensur (S. 101-127). In: »Literaturentwicklungsprozesse«. Die Zensur der Literatur in der DDR. Bd. 782. Hg. v. Ernest Wichner u. Herbert Wiesner. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1993

Freud, Sigmund: Massenpsychologie und Ich-Analyse. Die Zukunft einer Illusion. Frankfurt am Main u. Hamburg: Fischer Bücherei GmbH 1967

Hörnigk, Therese: »...aber schreiben kann man dann nicht«. Über die Auswirkungen politischer Eingriffe in künstlerische Prozesse (S. 231-240). In: Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente. Hg. v. Günter Agde. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag GmbH 1991

Jäger, Manfred: Das Wechselspiel von Selbstzensur und Literaturlenkung in der DDR (S. 18-49). In: »Literaturentwicklungsprozesse«. Die Zensur in der Literatur in der DDR. Bd. 782. Hg. v. Ernest Wichner u. Herbert Wiesner. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1993

Köhler-Hausmann, Reinhold: Literaturbetrieb in der DDR. Schriftsteller und Literaturinstanzen. Stuttgart: J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung u. Carl Ernst Poeschel Verlag GmbH 1984

Kuhnau, Petra: Masse und Macht in der Geschichte. Zur Konzeption anthropologischer Konstanten in Elias Canettis Werk Masse und Macht. Würzburg: Königshausen und Neumann 1996

Leonhard, Wolfgang: Das kurze Leben der DDR. Berichte und Kommentare aus vier Jahrzehnten. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH 1990

Lorenz, Richard: Sozialgeschichte der Sowjetunion I 1917-1945. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1976

Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR. München: Verlag C.H. Beck oHG, 4. überarb. Aufl., 2004

Plachta, Bodo: Zensur. Stuttgart: Philipp Reclam jun. GmbH & Co 2006

Scharfschwerdt, Jürgen: Literatur und Literaturwissenschaft in der DDR. Eine historisch-kritische Einführung. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz: Verlag W. Kohlhammer GmbH 1982

Schröder, Ralf: Literaturgeschichtliche Anmerkungen. In: Michael Bulgakow: Der Meister und Margarita. Aus dem Russischen Thomas Reschke. München: Sammlung Luchterhand 2005

Weber, Hermann: Die DDR. 1945-1990. In: Oldenbourg Grundriss der Geschichte. Bd. 20. Hg. v. Lothar Gall, Karl-Joachim Hölkeskamp u. Hermann Jakobs. München: R. Oldenbourg Verlag, 4. Aufl., 2006

Wiesner, Herbert: Zensiert – gefördert – verhindert – genehmigt. Oder wie legt man Literatur auf Eis (S. 7-16)? In: »Literaturentwicklungsprozesse«. Die Zensur der Literatur in der DDR. Bd. 782. Hg. v. Ernest Wichner u. Herbert Wiesner. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1993

Wolf, Christa: Erinnerungsbericht (S. 263-272). In: Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente. Hg. v. Günter Agde. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag GmbH 1991

### **C. Internetquellen:**

[www.zeit.de/1958/51/Allrussischer-Schriftstellerverband](http://www.zeit.de/1958/51/Allrussischer-Schriftstellerverband) zuletzt eingesehen am: 15. Mai 2011

[www.advoc.at/fileadmin/user-upload/THEMEN/THKunstfreiheit.pdf](http://www.advoc.at/fileadmin/user-upload/THEMEN/THKunstfreiheit.pdf) zuletzt eingesehen am: vom 28.1.2013, S.1-6

## 9.2 Abkürzungsverzeichnis und Glossar

ALV	Amt für Literatur und Verlagswesen
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DKW	Deutsche Wirtschaftskommission
DSV	Deutscher Schriftstellerverband
DVK	Druckerei- und Verlagskontor
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GLAVLIT	Zentralstelle der staatlichen Zensur in der UdSSR
GLAVREPERTKOM	Abteilung die innerhalb der GLAVLIT alle Repertoire- und Schauspielvorstellungen zensiert
GPU	oder OGPU (Vereinigte staatliche politische Verwaltung) ist seit 1922 die Geheimpolizei der Sowjetunion, Nachfolgeorganisation der WTSCHK und Vorläuferin des KGB
GRK	dreibändiges GLAVREPERTKOM-Register
HO	Handelsorganisation
HV	Hauptverwaltung
HVV	Hauptverwaltung Verlage
IG	Industrie Gewerkschaft
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LenOBLLIT	Literatur-Zensurbehörde in der Sowjetunion
LKG	Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel GmbH
LPD	Liberal-Demokratische Partei
MDV	Mitteldeutscher Verlag
MfK	Ministerium für Kultur
MfS	Ministerium für Staatssicherheit

NDL	Neue Deutsche Literatur – eine Literaturzeitschrift (1952-2004)
NKWD	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten von 1934-1946, wird danach durch das Ministerium für innere Angelegenheiten ersetzt (MWD); Im Sprachgebrauch bleibt aber die Bezeichnung NKWD erhalten.
NÖP	Neue Ökonomische Politik
NÖSPL	Neue Ökonomische System der Planung und Leitung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (1954-1991); vormals SABM oder SAG Sowjetische Staatliche Aktiengesellschaft der Buntmetallindustrie Wismut (1947-1953)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
TRAM	Arbeiterjugendtheater in Moskau, gegründet 1927, heißt seit 1938 „Komsomol Lenin“ (Lenkom) Theater
WTSCHK	oder auch TSCHEKA bedeutet: „All-Russische Außerordentliche Kommission“ und ist eine Geheimdienstorganisation der Bolschewiki und wird vor allem gegen die Opposition sowie im Ausland eingesetzt; wird im Dezember 1917 gegründet und ist Vorläuferorganisation der GPU
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
ZK	Zentralkomitee

### 9.3 Abstract

Zielsetzung der vorliegenden Diplomarbeit ist es, herauszuarbeiten, inwiefern die DDR ein eigenständiges System der Literaturzensur entwickelt oder den Diskurs der Sowjetunion übernimmt. Die Auseinandersetzung erfolgt insbesondere unter dem historischen Gesichtspunkt. Anhand der DDR unter Walter Ulbricht sowie der Sowjetunion unter Stalin sollen Ähnlichkeiten und Unterschiede, sowohl der Zensurmaßnahmen, als auch der dahinterliegenden Systeme beleuchtet werden. Die Funktionsweise gruppenprozessualer und psychologischer Phänomene solcher diktatorischen Regime wird in den Werken von Michel Foucault *Die Ordnung des Diskurses*, *Masse und Macht* von Elias Canetti und Sigmund Freuds *Massenpsychologie und Ich-Analyse – Die Zukunft einer Illusion* aufgegriffen, die gleichzeitig den Rahmen dieser Arbeit bilden.

Aus komparatistischer Sicht werden zwei Autoren für die Auswirkungen der Zensurpraxis herangezogen: Michail Bulgakow, der sowjetische Vertreter, mit seinem Roman *Der Meister und Margarita* und Werner Bräunig mit dem Werk *Rummelpaltz* aus der DDR, sind beispielgebend dafür, wie massiv in die Werke und in das Leben der Schriftsteller eingegriffen wird. Aufgrund ihrer Behörden funktioniert die Zensur in beiden Staaten fast lückenlos. Die oberste Kontrollinstanz ist in beiden Fällen das Zentralkomitee. Die Form des Denkens und des Seins kontrolliert in der Sowjetunion Stalins die GPU und in der DDR Ulbrichts das MfS. Beide Staaten haben eine gemeinsame Methode: die Zeitungsdenunziationen, in denen negative Kritik geübt wird und das folglich eine abschreckende Wirkung auf andere Autoren hat. Die DDR verfeinert die von der Sowjetunion erlernten Praktiken und Zensurmethoden in Form des Vorabdrucks. Daraufhin nimmt die verbale Hinrichtung Bräunigs ihren Lauf. Auch Bulgakow ist Presseverleumdungen ausgeliefert, und so kommt es, dass er zu Lebzeiten nichts veröffentlichen kann. Desweiteren wurden zensierte Textstellen, aus beiden Werken herausgegriffen, die beispielhaft für nicht regimekonforme Aussagen gelten. Sieht sich Werner Bräunig zum Aufbau des Sozialismus berufen, so hält sich Michail Bulgakow von der Politik fern. Trotz dieses Gegensatzes wird beiden Schriftstellern ihre Einstellung zum Verhängnis.

Es lässt sich generell feststellen, dass die DDR über weite Strecken das Sowjetische System kopiert. Egal in welchem totalitären System agiert wird: Zensur steht in Großbuchstaben über dem freien literarischen Arbeiten.

## 9.4 Danksagung

An erster Stelle möchte ich Dr. Ernst Grabovszki für seine Betreuung und für seine Geduld danken.

Vom ganzen Herzen möchte ich DI Christoph O. Puschmann und Mag. Swantje Musa für die Korrekturen und die damit verbundenen Verbesserungsvorschläge sowie den regen Austausch danken.

Ein herzlicher Dank gilt Regina Hrdina, die mich im Laufe des Studiums mit Rat und Tat begleitet hat.

Ein besonderer Dank gebührt meinen Freunden Andrea Ebenhofer, Mag. Miriam Lotz-Scheibenpflug, Roman Weigel, MMag. Yasmin I. Hrdina für die aufmunternden Worte, den Glauben an mich und die rege Anteilnahme an meinem Studium.

Mein aufrichtigster Dank gebührt meinem Freund Christoph für seine Liebe, Geduld, Freundschaft und Unterstützung in jeder Hinsicht und unserer ungeborenen Tochter, die mir einen stressfreien Abschluss ermöglichte.

An der Stelle möchte ich nochmals meinen aufrichtigsten Dank an Swantje Musa richten, ohne ihre Freundschaft, ihre Zusprache und die Stunden des Lachens wäre ich nicht so weit gekommen.

Mein herzlichster Dank gilt natürlich auch meinen Eltern für ihren Glauben an mich, ihre Geduld und die Stunden der Fröhlichkeit und des Verwöhnens. Meinen Schwestern Eva und Anita fürs Zuhören und Lachen. DI Christian Schwarzingler für Literaturtipps und die heiteren Gespräche.

Mein tiefster Dank gilt auch der Familie Gaunersdorfer für ihre Zusprache, aufmunternden ihre Worten, die Stunden des vergnüglichen Beisammenseins und die temporäre Herberge.

## **9.5 Curriculum Vitae**

Barbara Mold

Geboren am 6. August 1978 in Zwettl, Niederösterreich. Berufsreifeprüfung 2006 an der Volkshochschule Ottakring, Wien. Studium der Komparatistik (Vordiplom 2009) an der Universität Wien. Auslandsaufenthalt in London 1996-1997. Praktika im Kleinsten Theater Wien 2010, Stadtarchiv Zwettl 2008 sowie 2009.